



Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich

Herausgeber und Vertrieb

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Artikel-Nr.

8036 24001

Collage

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

© Kartengrundlage

GfK GeoMarketing GmbH

Karten erstellt mit RegioGraph

© Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg, Stuttgart, 2024

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

2024

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Liebe Leserin, lieber Leser,



die Südwestwirtschaft stand die letzten Jahre im Zeichen des globalen Preisdrucks, der mit den Energiepreiserhöhungen 2022 infolge des Ukraine-Kriegs seinen Höhepunkt erreichte. Wenngleich sich die Teuerung 2023 abschwächte, blieb die Kerninflation weiterhin auf hohem Niveau und sorgte unter anderem für eine abnehmende Wirtschaftsdynamik: Mit einem Rückgang des baden-württembergischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2023, preisbereinigt um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr, bewegt sich die konjunkturelle Entwicklung im Südwesten im EU-Vergleich im unteren Drittel.

Die vorliegende Broschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“, die nunmehr bereits in 21. Auflage erscheint, beleuchtet die Position des Landes bei wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Themenfeldern im nationalen und internationalen Kontext.

Die Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs, gemessen am nominalen BIP, das heißt in jeweiligen Preisen, lag im Jahr 2023 bei 615 Mrd. Euro. Bezogen auf jede Person im Südwesten waren dies im Durchschnitt 54.339 Euro. In Kaufkraftstandards (KKS), zum Ausgleich regionaler Preisdifferenzen, war die hiesige Wirtschaftskraft damit um 27 % höher als im EU-Durchschnitt und lag auf Platz 4 im europäischen Ranking.

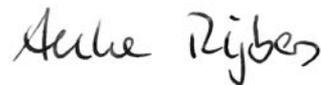
Baden-Württemberg ist eine der führenden Forschungsregionen in Europa und leistet mehr als ein Viertel der gesamtdeutschen Investitionen in Forschung und Entwicklung. Zuletzt wurden hierzulande rund 5,6 % des BIP in Forschung und Entwicklung investiert. Der Südwesten belegt mit dieser hohen FuE-Intensität in der Europäischen Union den Spitzenplatz.

Das Altern der Gesellschaft gehört zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.

Betrag der Altenquotient – das heißt der Anteil der Personen, die bereits 65 Jahre oder älter sind, an den Personen im erwerbsfähigen Alter – im Südwesten im Jahr 1993 noch 20,7 %, steigerte sich dieser bis 2023 auf 32,3 %. Damit lag Baden-Württemberg leicht unter dem EU-Durchschnitt von 33,4 %.

Nach dieser kleinen Auswahl der hier präsentierten Indikatoren wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre und lade Sie ein, unser vielfältiges Datenangebot auch auf www.statistik-bw.de zu erkunden.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Dr. Anke Rigbers

Präsidentin

Stuttgart, im November 2024

Die in 21. Auflage erscheinende Broschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“ bietet anhand von ausgewählten Indikatoren einen aktuellen Überblick zu einer Auswahl von wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich sowie ökologisch relevanten Themenfeldern, ausgehend von Bevölkerung und Soziales über Wirtschaft, Einkommen und Arbeitsmarkt bis hin zu Bildung, Umwelt und öffentlichen Finanzen.

Zur Frage, welche Position Baden-Württemberg hierbei im nationalen und internationalen Vergleich einnimmt, sind als Benchmark die Bundesländer und die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgewiesen, und soweit verfügbar auch Daten für die Vereinigten Staaten, Japan, die Schweiz sowie die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China.

Entwicklung und Realisierung

- **Autorinnen und Autoren:** Jan Breitschwert, Gentiana Cacaj-Hajdini, Ruth Einwiller, Nicole Gurka, Eva-Marie Jäkh, Tatjana Kampffmeyer, Janett Leonhardt, Marcel Nesensohn, Katharina Schmidt, Annette Schnetz-Gessler, Inga Schweizer, Martina Stroh, Tobias Teuber, Frank Thalheimer
- **Repro/Druck:** Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Inhalt

Vorwort.....	2
Karte: Die Länder der Bundesrepublik Deutschland.....	8
Karte: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.....	9

Bevölkerung und Soziales

Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer.....	10
Gebiet und Bevölkerung der Europäischen Union und ausgewählter Länder.....	12
Ausländerinnen und Ausländer.....	14
Europawahl.....	16
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen.....	18
Anzahl Patienten je Pflegevollkraft.....	20
Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen.....	22
Lebenserwartung.....	24
Bevölkerungsstruktur.....	26
Geburtenrate.....	28
Eheschließungen und Ehescheidungen.....	30

Wirtschaft

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft.....	32
Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen der Europäischen Union.....	34
Wirtschaftswachstum.....	36

Wirtschaftsstruktur.....	38
Exporte Baden-Württembergs.....	40
Importe Baden-Württembergs.....	42
FuE-Intensität.....	44
Investitionsquote.....	46
Inflationsraten.....	48
Tourismus.....	50

Einkommen

Bruttolöhne und -gehälter.....	52
Sparquote.....	54
Unbereinigter Gender Pay Gap.....	56

Arbeitsmarkt

Erwerbstätigenquote.....	58
Erwerbslosenquote.....	60
Jugenderwerbslosenquote.....	62
Teilzeitquoten der Erwerbstätigen nach Geschlecht.....	64
Bewerber-Stellen-Relation.....	66
Arbeitsvolumen.....	68

Bildung

NEET-Rate.....	70
Hochqualifizierte.....	72
Betreuungsquote.....	74
Gesamtausgaben für Bildungseinrichtungen.....	76

Umwelt und Verkehr

Treibhausgasemissionen.....	78
Bruttostromerzeugung nach Energieträgern.....	80
Siedlungsabfälle.....	82
Pkw-Dichte.....	84
ÖPNV.....	86
Ökolandbau.....	88

Öffentliche Finanzen

Schuldenstand der Bundesländer.....	90
Finanzkraftausgleich.....	92
Glossar.....	94
Quellenverzeichnis/Linkliste.....	101

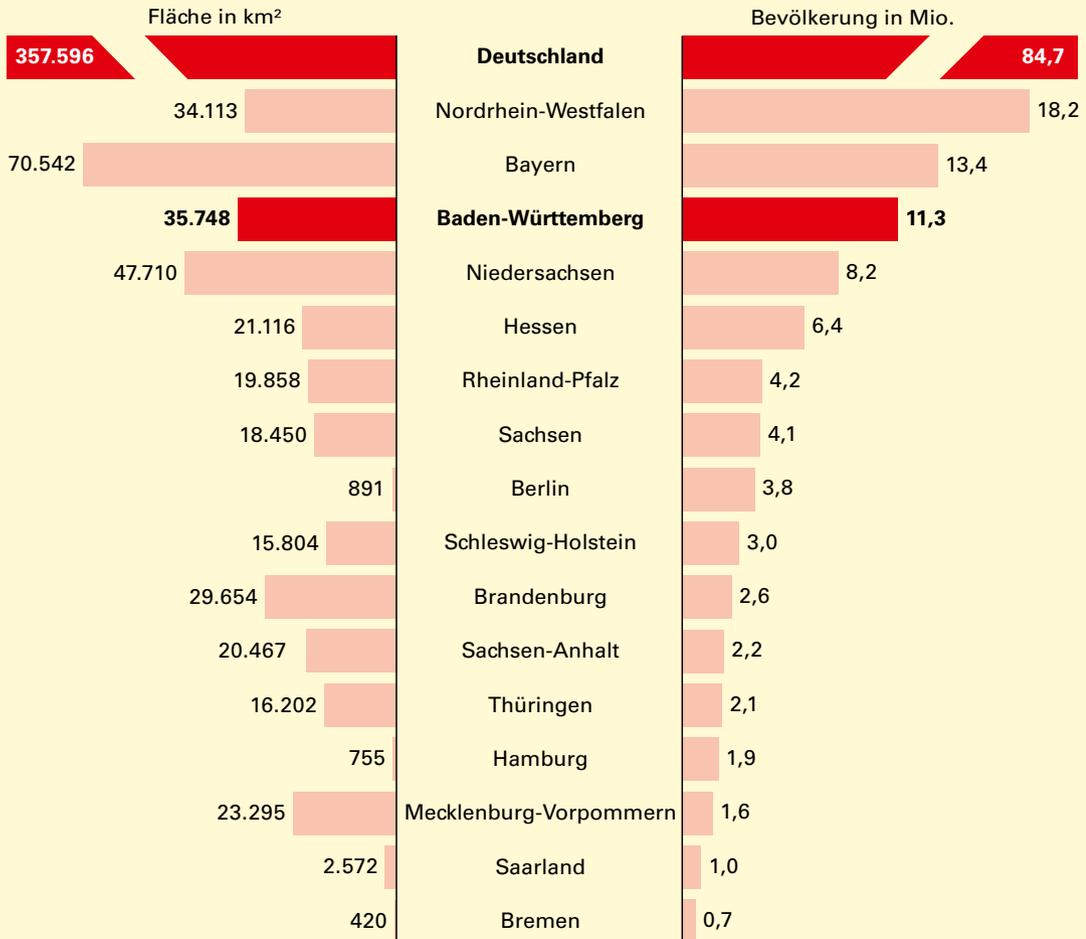
Die Länder der Bundesrepublik Deutschland



Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union



Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer



Daten: 2023 bzw. letztes verfügbares Jahr.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt.

Im Südwesten leben 11,3 Millionen Menschen

Mit seinen rund 11,3 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern beheimatete Baden-Württemberg im Jahr 2023 rund 13 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands (84,7 Mio.). Damit belegte Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich den dritten Platz. Lediglich in Nordrhein-Westfalen (18,2 Mio.) und in Bayern (13,4 Mio.) lebten 2023 mehr Menschen.

Baden-Württemberg ist mit 35.748 Quadratkilometern (km²) das drittgrößte Bundesland und umfasst knapp ein Zehntel der Gebietsfläche Deutschlands (357.596 km²). Nur Bayern mit 70.542 km² und Niedersachsen mit 47.710 km² sind flächenmäßig größer. Das kleinste Bundesland ist Bremen – sowohl von der Gebietsfläche (420 km²) als auch von der Einwohnerzahl (0,7 Mio.). In dem Stadtstaat lebten 2023 knapp 60.000 mehr Menschen als in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart.

Setzt man die Einwohnerzahl ins Verhältnis zur Gebietsfläche, belegt Bremen im Bundesländervergleich allerdings Rang 3. 2023 lebten dort 1.648 Personen auf einem Quadratkilometer. Dichter besiedelt sind nur Berlin und Hamburg mit 4.244 bzw. 2.530 Menschen je km². Hinter den drei Stadtstaaten folgt das bevölkerungsreichste Bundesland, Nordrhein-Westfalen, mit 533 Personen je km² auf dem vierten Platz. Baden-Württemberg rangiert mit 317 Menschen je km² auf Platz 6 und liegt damit bei der Bevölkerungsdichte über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 237 Menschen je km². Mit Brandenburg (87) und Mecklenburg-Vorpommern (70) weisen zwei im Nordosten gelegene Bundesländer die niedrigsten Einwohnerzahlen je km² in der Bundesrepublik auf.

Gebiet und Bevölkerung in der Europäischen Union und ausgewählter Länder

Fläche in 1.000 km²

4.225,1

357,6

638,5

302,1

506,0

311,9

238,4

37,4

30,7

35,7

78,9

92,2

447,4

131,7

93,0

83,9

111,0

42,9

338,4

49,0

69,9

56,6

65,3

20,3

64,6

45,3

9,3

2,6

0,3

EU-27

Deutschland

Frankreich

Italien

Spanien

Polen

Rumänien

Niederlande

Belgien

Baden-Württemberg

Tschechien

Portugal

Schweden

Griechenland

Ungarn

Österreich

Bulgarien

Dänemark

Finnland

Slowakei

Irland

Kroatien

Litauen

Slowenien

Lettland

Estland

Zypern

Luxemburg

Malta

Indien

China

Vereinigte Staaten

Brasilien

Russland

Japan

Vereinigtes Königreich

Schweiz

Bevölkerung in Mio.

449,2

84,7

68,4

59,0

48,6

36,6

19,1

17,9

11,8

11,3

10,9

10,6

10,6

10,4

9,6

9,2

6,4

6,0

5,6

5,4

5,3

3,9

2,9

2,1

1,9

1,4

0,9

0,7

0,6

1.438,1

1.422,6

343,5

211,1

145,4

124,4

68,7

8,9

3.287,3

9.597,0

9.833,5

8.515,8

17.098,2

377,9

243,6

41,3

Daten: 2023 bzw. letztes verfügbares Jahr.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat, Vereinte Nationen, World-Factbook.

Im „Ländle“ leben mehr Menschen als in Portugal

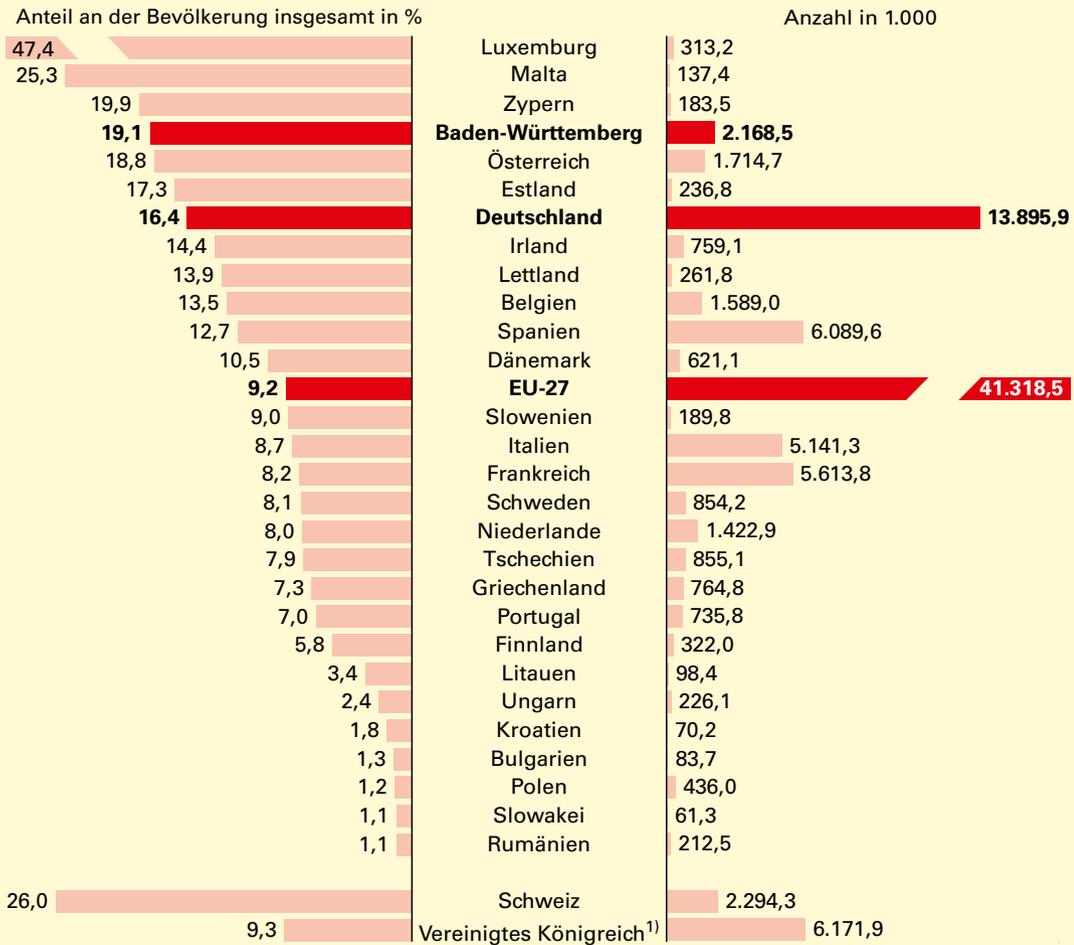
Nach Angaben der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung lebten zum Jahresende 2023 schätzungsweise 8,1 Mrd. Menschen auf der Erde. Dabei ist Asien der bevölkerungsstärkste Kontinent, der 59,0 % der Weltbevölkerung beheimatet, gefolgt von Afrika (18,3 %). Die Europäische Union fasste insgesamt 449,2 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Zum Vergleich: Die beiden weltweit bevölkerungsreichsten Staaten Indien und China zählten mit jeweils 1,4 Mrd. mehr als das Dreifache der EU-Bevölkerung.

Innerhalb der EU ist Deutschland mit 84,7 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern der bevölkerungsstärkste Mitgliedstaat, darauf folgen Frankreich und Italien mit 68,4 Mio. bzw. 59,0 Mio. Damit lebten 2023 fast die Hälfte der EU-Bevölkerung in diesen drei Ländern (47,2 %). Wird Baden-Württemberg in diesem Ranking miteinbezogen, stünde der neun-

te Platz zu Buche (11,3 Mio.). Demnach wohnten im „Ländle“ mehr Menschen als beispielsweise in Tschechien, Portugal oder Schweden. Den Status als flächengrößter Mitgliedstaat der EU hat Frankreich inne, vor Spanien und Schweden. Deutschland rangiert mit seiner Gebietsfläche von 357.596 km² auf dem vierten Platz.

Fünf EU-Mitgliedstaaten sind kleiner als Baden-Württemberg (35.748 km²). Der Kleinste davon ist Malta, der sowohl der flächenkleinste (316 km²) als auch der bevölkerungsärmste (0,6 Mio.) Staat der EU ist. Dagegen hat Malta mit 1.783 Menschen je km² die höchste Bevölkerungsdichte. Über dem EU-Durchschnitt von 106 Menschen pro km² liegen sowohl Baden-Württemberg als auch Deutschland mit 317 bzw. 237 Bürgerinnen und Bürger je km².

Ausländerinnen und Ausländer



Daten: 2023. – 1) 2019.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

In Baden-Württemberg lebten 2023 mehr als 2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer

Zum Jahresende 2023 lebten in Baden-Württemberg rund 2,2 Mio. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer um rund 78.500 zu auf einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von nunmehr 19,1 %. Damit weist der Südwesten den zweithöchsten Ausländeranteil unter den Flächenländern auf. Den höchsten Anteil hat Hessen mit 20,8 %, während Mecklenburg-Vorpommern mit 7,6 % das Schlusslicht bildet.

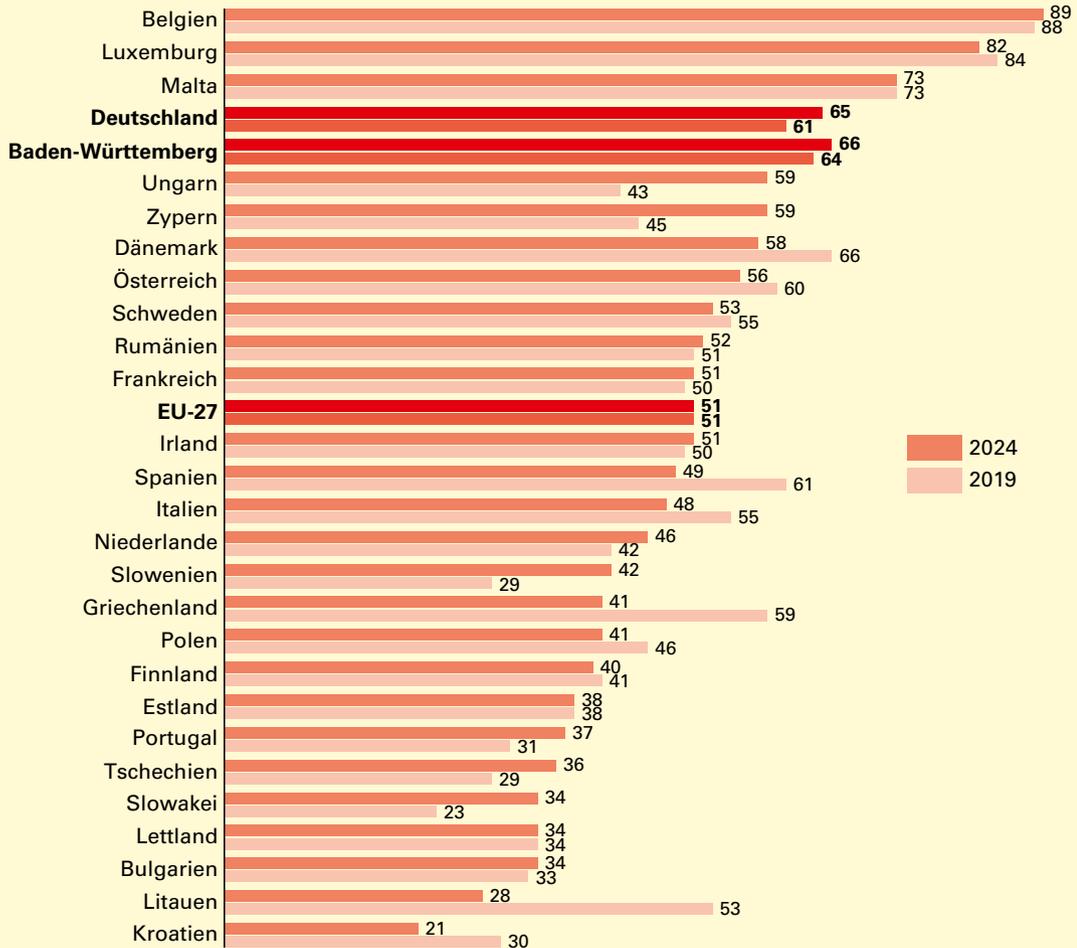
Der Großteil der ausländischen Bevölkerung Baden-Württembergs stammt aus der Türkei. Mit rund 268.000 Personen bzw. 12,4 % der gesamten ausländischen Bevölkerung ist die Türkei die am stärksten vertretene nichtdeutsche Nationalität hierzulande. An zweiter Stelle folgt Rumänien mit 8,4 %. Auch bundesweit haben die meisten Ausländerinnen und

Ausländer einen türkischen Pass (11,1 %). An zweiter Stelle folgt die Ukraine (8,9 %), nachdem seit Beginn des russischen Angriffskriegs viele Schutzsuchende von dort nach Deutschland kamen.

Insgesamt lebten in Deutschland 2023 rund 13,9 Mio. Ausländerinnen und Ausländer. Dies entspricht einem Anteil von 16,4 % an der Gesamtbevölkerung. Unter den EU-Mitgliedstaaten belegte Deutschland Rang 6. Da aufgrund der großen Anzahl an EU-Institutionen und internationaler Unternehmen, viele ausländische Arbeitskräfte ihren Wohnsitz in Luxemburg haben, steht das Großherzogtum mit 47,4 % Ausländeranteil an der Spitze der EU-Länder. Baden-Württemberg würde sich auf Platz 4 reihen, wogegen am unteren Ende des Rankings in Rumänien und der Slowakei jeweils lediglich 1,1 % der Bevölkerung einen ausländischen Pass besitzt.

Europawahl

Wahlbeteiligung in %



Datenquelle: Europäisches Parlament.

Anstieg der Wahlbeteiligung bei der Europawahl

Die Direktwahl zum Europäischen Parlament hat im Jahr 2024 zum zehnten Mal stattgefunden. Zur letzten Wahl im Jahr 2019 wurde das Alter der Wahlberechtigten in Deutschland erstmalig auf 16 Jahre abgesenkt. Außerdem haben sich die Sitzverteilungen der EU-Staaten im Europäischen Parlament nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU im Jahr 2020 verringert.

Die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten in der Europäischen Union hat sich insgesamt seit 20 Jahren wieder erhöht und lag im Jahr 2024 bei 51 %. Mit Blick auf die einzelnen Länder in der EU ist zu erkennen, dass die Wahlbeteiligung in Kroatien mit 21 % am niedrigsten war. Im Vergleich zum letzten Wahljahr 2019 ist das ein Rückgang um neun Prozentpunkte. Die höchste Wahlbeteiligung konnte in Belgien festgestellt werden mit 89 % und

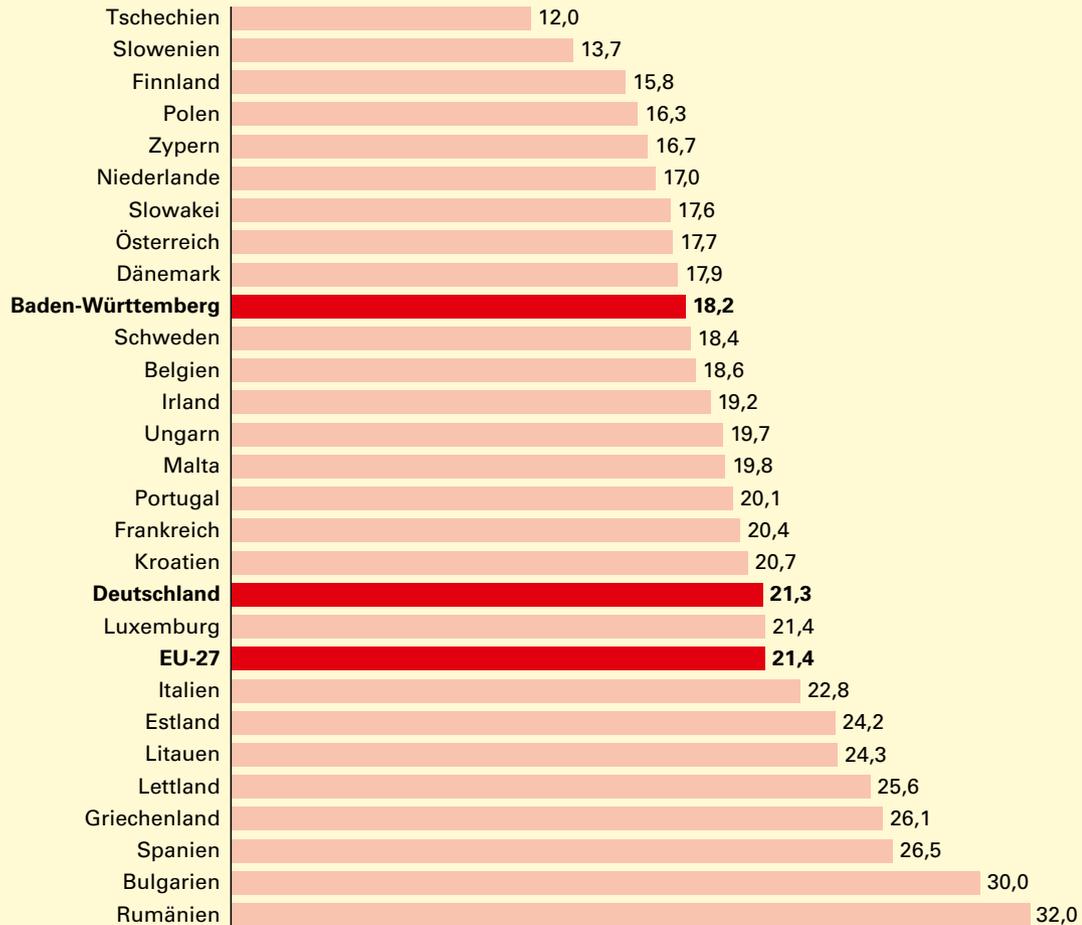
war bereits bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament mit 88 % am höchsten. In Litauen ist die Wahlbeteiligung um 25 Prozentpunkte auf nur 28 % im Jahr 2024 zurückgegangen. Auch in Griechenland war der Rückgang deutlich (-18 Prozentpunkte).

Im Wahljahr 2024 gingen in Deutschland 65 % zur Europawahl. Im Vergleich zum Wahljahr 2019 ist das ein Anstieg um 4 Prozentpunkte. In Baden-Württemberg lag die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten im Jahr 2024 bei 66 % und damit 15 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnittswert.

In den deutschen Bundesländern gaben am 9. Juni 2024 die meisten der Wahlberechtigten ihre Stimme zur Wahl des Europäischen Parlamentes in Sachsen ab. Hier betrug die Wahlbeteiligung 69 %. Im Vergleich dazu gingen in Bremen nur etwa jede und jeder Zweite zur Wahl (57 %).

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

Anteil an der Bevölkerung in %



Daten: 2023.

Datenquelle: Eurostat.

Steigendes Armutsrisiko im Südwesten

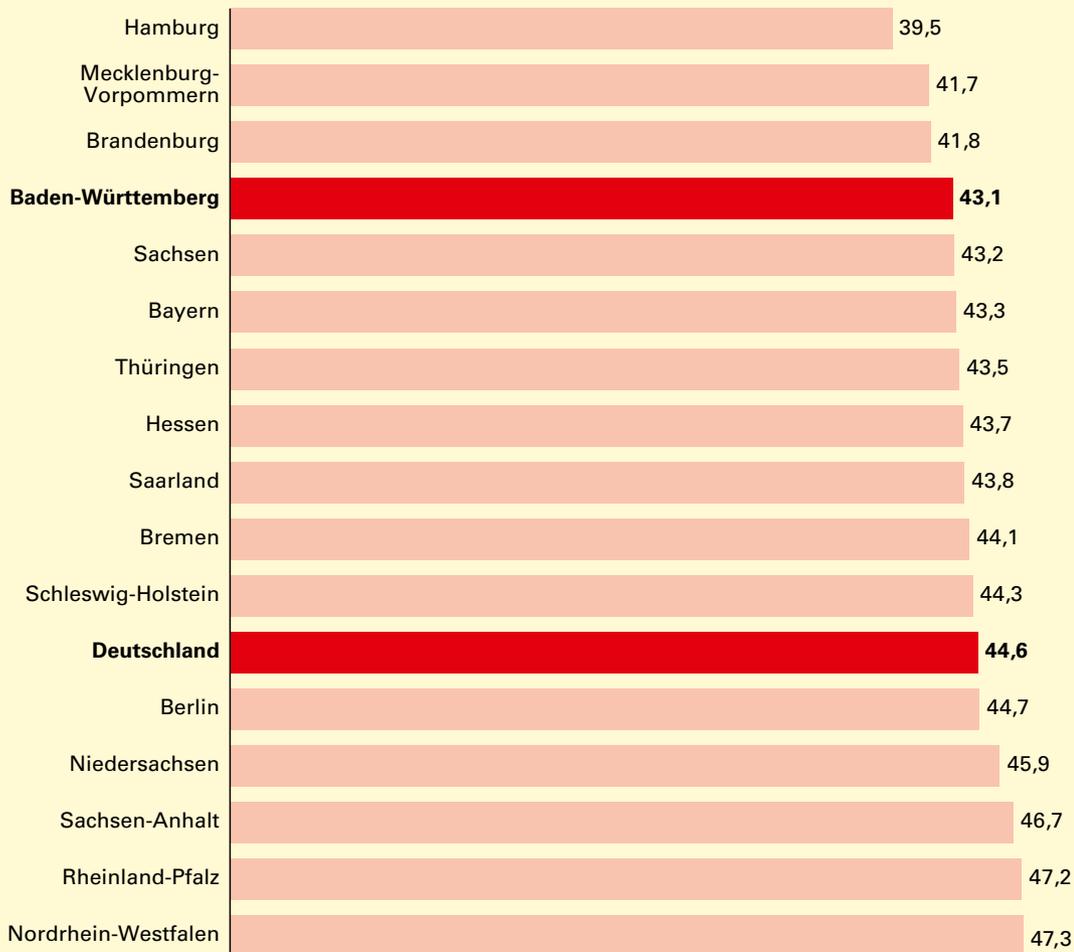
Eine Person gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn sie sich mindestens in einer der drei folgenden Situationen befindet: Ihr Nettoäquivalenzeinkommen liegt unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze, die Person leidet unter erheblicher materieller und sozialer Entbehrung oder sie hat eine sehr geringe Erwerbsbeteiligung.

In der Europäischen Union lag der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2023 durchschnittlich bei 21,4 %. Der höchste Anteil der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen wurde in Rumänien (32 %) und Bulgarien (30 %) gemessen. In Tschechien, Slowenien und Finnland waren die Anteile mit 12,0 %, 13,7 % und 15,8 % am geringsten. Während Deutschland mit 21,3 % knapp unter dem EU-Durchschnitt lag, fiel der Anteil in Baden-Württemberg mit

18,2 % noch niedriger aus. Zwar konnten 2023 im EU-Vergleich nur neun Staaten eine geringere Quote vorweisen, allerdings ist der Anteil der Personen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, im Südwesten seit 2021 um 2,6 Prozentpunkte gestiegen.

Bei der Betrachtung der deutschen Bundesländer war das Risiko für Armut oder soziale Ausgrenzung 2023 in Bayern mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 16,1 % am geringsten. Baden-Württemberg steht bei diesem Vergleich an zweiter Stelle (18,2 %). In Bremen war das Armutsrisiko mit 32,3 % am höchsten. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen war jede vierte Person von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht (25,2 %).

Anzahl Patientinnen und Patienten je Pflegevollkraft



Daten: 2022.

Datenquelle: Krankenhausstatistik, eigene Berechnungen.

Krankenhäuser in Baden-Württemberg vergleichsweise gut mit Pflegepersonal ausgestattet

In den 249 Krankenhäusern Baden-Württembergs wurden im Jahr 2022 über 1,86 Mio. Patientinnen und Patienten behandelt. Um eine grobe Einschätzung bzw. einen Vergleich der Versorgungssituation in den einzelnen Krankenhäusern zu erhalten, kann der Indikator „Patientenfallzahl pro Pflegevollkraft“ herangezogen werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Verweildauer der Patientinnen und Patienten in den Ländern unterschiedlich ausfallen. Die Spannweite bewegte sich 2022 dabei von 6,7 Tagen im Saarland bis 7,9 Tagen in Brandenburg und Schleswig-Holstein.

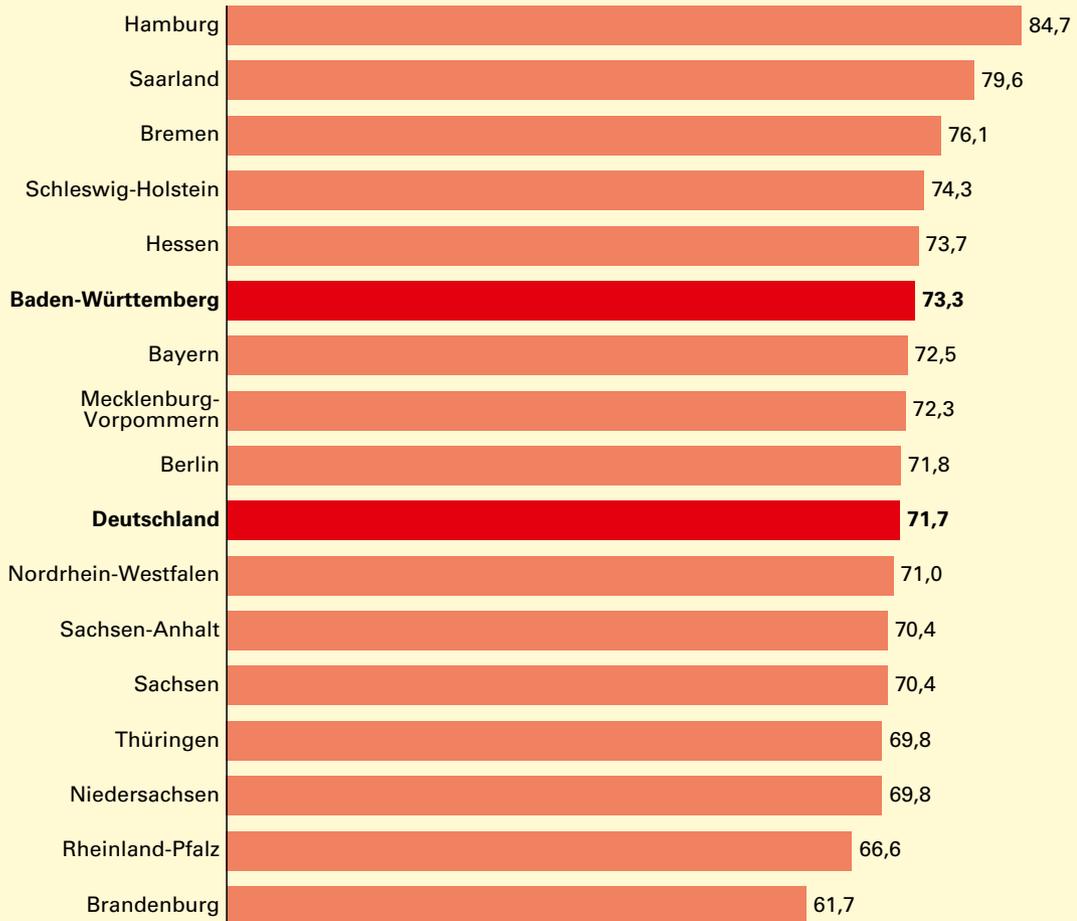
Während im Jahresdurchschnitt 2016 in den damals insgesamt noch 266 Krankenhäusern Baden-Württembergs Pflegepersonal im Umfang von umgerechnet 37.804 Vollzeitkräften für knapp 2,17 Mio. Patientinnen und Patienten zur Verfügung stand, nahm das Pfe-

gepersonal 2022 auf 43.164 Vollzeitkräfte zu. Somit versorgte 2022 im Südwesten rein rechnerisch eine Pflegevollzeitkraft durchschnittlich 43,1 Patientinnen und Patienten, verglichen mit einem Wert von 57,3 im Jahr 2016. Im Ländervergleich wies Baden-Württemberg 2022 somit die viertbeste Versorgungssituation auf, nach Hamburg (39,5), Mecklenburg-Vorpommern (41,7) und Brandenburg (41,8). Im Bundesdurchschnitt belief sich diese Kennzahl 2022 auf 44,6.

Im Vergleich mit den anderen Ländern der Bundesrepublik zeigt sich zudem, dass die Patientenzahl, bezogen auf die Bevölkerung, in den Krankenhäusern Baden-Württembergs mit 16.610 Patientinnen und Patienten je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2022 am niedrigsten ausfiel.

Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen

Anzahl je 1.000 Einwohner/-innen



Daten: 31.12.2022.

Datenquelle: Gesundheitspersonalrechnung der Länder.

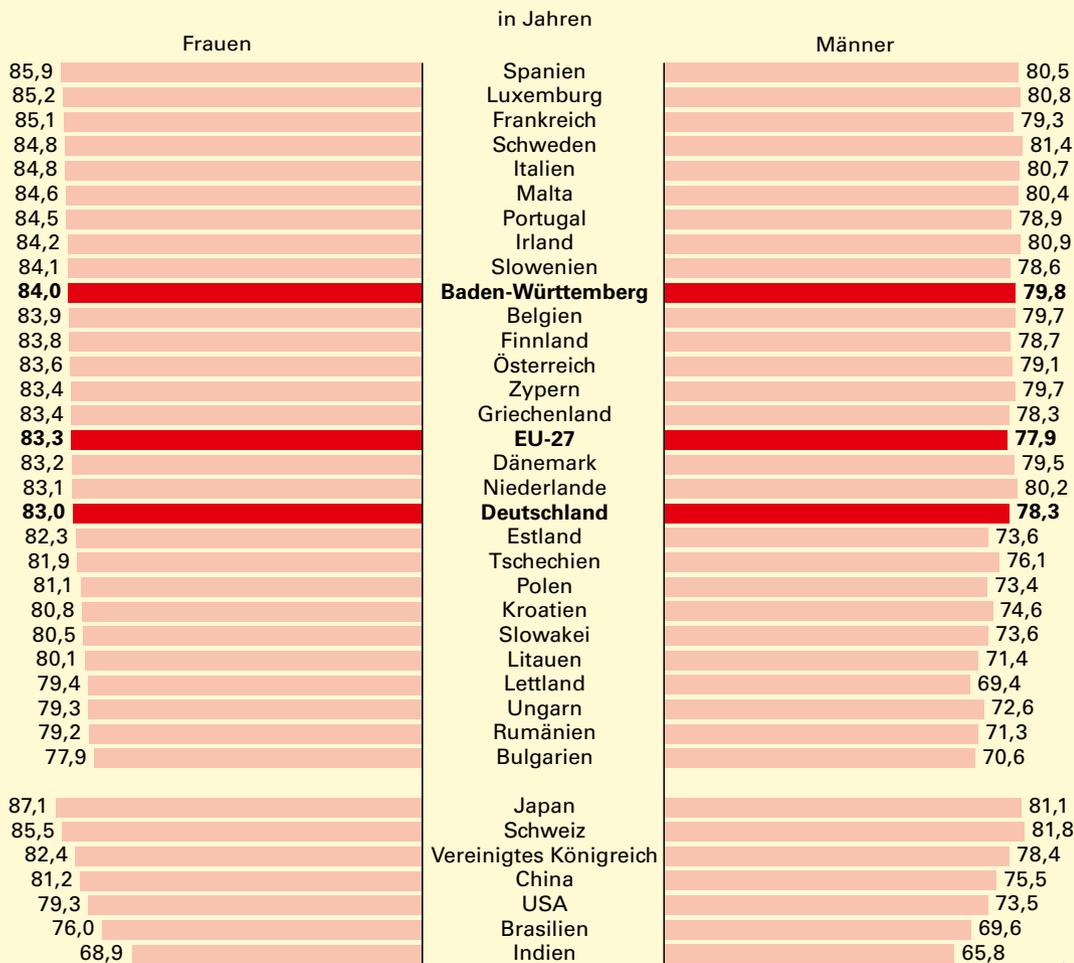
Überdurchschnittliche Anzahl an Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen

Zum Jahresende 2022 zählte das baden-württembergische Gesundheitswesen rund 826.600 Beschäftigungsverhältnisse. Knapp 309.600 Arbeitsplätze waren dabei den ambulanten Einrichtungen, wie z.B. Arztpraxen und Einrichtungen der ambulanten Pflege, zugeordnet. Weitere rund 285.600 Beschäftigungsverhältnisse entfielen auf stationäre und teilstationäre Einrichtungen.

Von allen Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen waren 609.400 Stellen mit Frauen besetzt, was einem Anteil von knapp 74 % entsprach. Im Bundesdurchschnitt lag der Frauenanteil mit rund 75 % etwas höher. Das Gesundheitswesen ist auch durch einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigung geprägt. Auf 100 Stellen entfielen rein rechnerisch hierzulande nur 71 Vollzeitstellen, bzw. genauer Vollzeitäquivalente. Im Länderdurchschnitt lag dieser Wert bei 71,5.

Wird das Gesundheitspersonal in Bezug zur Bevölkerung gesetzt, zeigt sich, dass die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse in Baden-Württemberg in diesem Bereich überdurchschnittlich hoch liegt. Mit 73,3 Gesundheitsjobs je Einwohnerin und Einwohner befand sich Baden-Württemberg im Ländervergleich 2022 auf Rang sechs. Die höchste Anzahl Beschäftigungsverhältnisse je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde für Hamburg ermittelt (84,7), gefolgt vom Saarland (79,6) und Bremen (76,1). Im Bundesdurchschnitt belief sich dieser Indikator auf 71,7. Mit 61,7 Arbeitsstellen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde der im Ländervergleich mit Abstand geringste Wert für Brandenburg errechnet. Auf dem vorletzten Rang fand sich 2022 Rheinland-Pfalz (66,6) wieder.

Lebenserwartung*)



Daten: 2022 bzw. USA: 2021, Vereinigtes Königreich: 2020. – *) Lebenserwartung bei Geburt.

Datenquellen: Eurostat, OECD.

Lebenserwartung in Baden-Württemberg bundesweit am höchsten

Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt weiter: Im europäischen Vergleich hat sich in den letzten 20 Jahren die Lebenserwartung für neugeborene Mädchen um gut 2 Jahre und für Jungen sogar um knapp 4 Jahre verbessert. Gründe hierfür sind beispielsweise neben der Reduzierung der Säuglingssterblichkeit auch die stetige Verbesserung der medizinischen Versorgung sowie allgemein der Lebensbedingungen.

Vergleicht man die Lebenserwartung der im Jahr 2022 geborenen Kinder in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ist die statistische Lebenserwartung von spanischen Mädchen mit rund 86 Jahren am höchsten. Bei den neugeborenen Jungen liegen schwedische Kinder mit gut 81 Jahren vorne. Im EU-Durchschnitt werden im Jahr 2022 geborene Mädchen fast 83 Jahre und Jungen

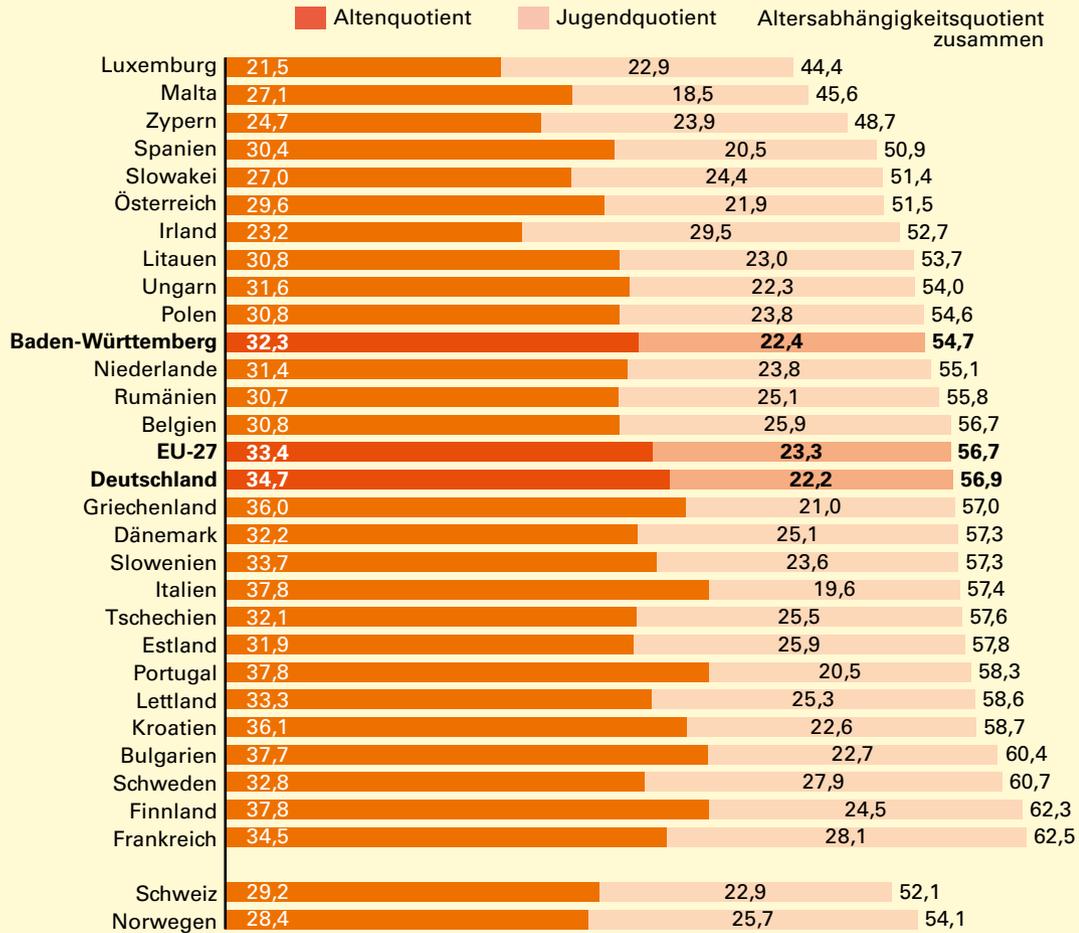
78 Jahre alt. Dagegen zeigt die Statistik auch, dass die Lebenserwartung von Mädchen in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Lettland unter 80 Jahren liegt und die der Jungen in Lettland sogar nicht einmal die 70-Jahres-Marke erreicht.

Die höchste Lebenserwartung im Bundesländervergleich haben baden-württembergische Babys. Im Durchschnitt werden 2022 geborene Mädchen voraussichtlich 84 Jahre alt und Jungen 80 Jahre. Hingegen wird für neugeborene Mädchen in Bremen sowie Saarland und Jungen in Sachsen-Anhalt die geringste durchschnittliche Lebenserwartung vorhergesagt (je 82 bzw. 76 Jahre).

Außerhalb der EU ist die Lebenserwartung in Japan und in der Schweiz besonders hoch: Für 2022 geborene Mädchen gut 87 bzw. knapp 86 Jahre.

Bevölkerungsstruktur

Belastungsmaße in %



Daten: 2023.

Datenquelle: Eurostat.

Alterungsprozess der Bevölkerung setzt sich fort

Der demografische Wandel, insbesondere das Altern der Gesellschaft, gehört zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Junge und alte Menschen müssen unter anderem finanziell von den erwerbstätigen Personen unterstützt werden. Anhand der Bevölkerungsstruktur lassen sich sogenannte Belastungsmaße darstellen, wie der Jugendquotient als das Verhältnis der unter 15-Jährigen zur erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, und der Altenquotient, dem entsprechenden Anteil der 65-Jährigen und Älteren. Ihre Summe, der Altersabhängigkeitsquotient, beschreibt schließlich das Verhältnis insgesamt der Bevölkerung, die noch nicht bzw. nicht mehr arbeitet zu den erwerbsfähigen Personen.

Die Altersstruktur hat sich in allen Mitgliedsstaaten der EU weiter in Richtung der älteren Generation verschoben. Insbesondere der Altenquotient ist enorm gestiegen.

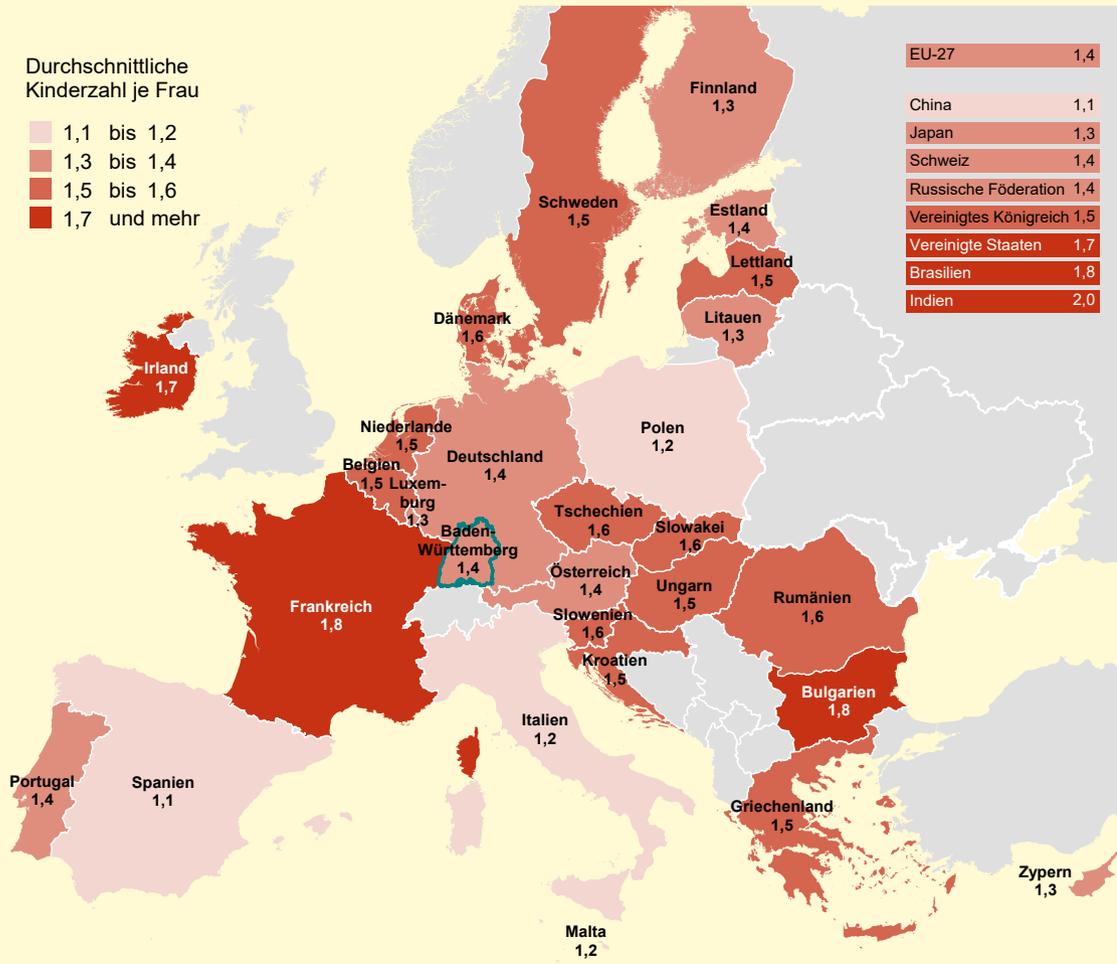
Im Südwesten betrug der Altenquotient im Jahr 1993 noch 20,7 % und stieg innerhalb der nächsten 10 Jahre auf 24,7 %. Im Jahr 2013 lag der Altenquotient dann bereits bei 29,4 % und steigerte sich bis 2023 noch einmal auf 32,3 %. Das heißt auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kamen gut 32 Personen, die bereits 65 Jahre oder älter sind. Damit lag Baden-Württemberg 2023 beim Altenquotient leicht unter dem EU-Durchschnitt von 33,4 %. Innerhalb der EU trifft die Überalterung der Gesellschaft Italien, Finnland, Portugal und Bulgarien mit Werten von knapp 38 % am stärksten.

Der Jugendquotient ist im Südwesten in den letzten 30 Jahren dagegen um 1,6 Prozentpunkte auf 22,4 % gesunken. EU-weit kamen 2023 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 23,3 Kinder im Alter von unter 15 Jahren. An der Spitze lagen Irland, Frankreich und Schweden mit 29,5 %, 28,1 % und 27,9 %.

Geburtenrate

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau

- 1,1 bis 1,2
- 1,3 bis 1,4
- 1,5 bis 1,6
- 1,7 und mehr



Daten: 2023.

Datenquellen: Datenreport 2023 der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Statistisches Bundesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

99-SO-24-01S
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph 2023

Weniger Kinder im Südwesten

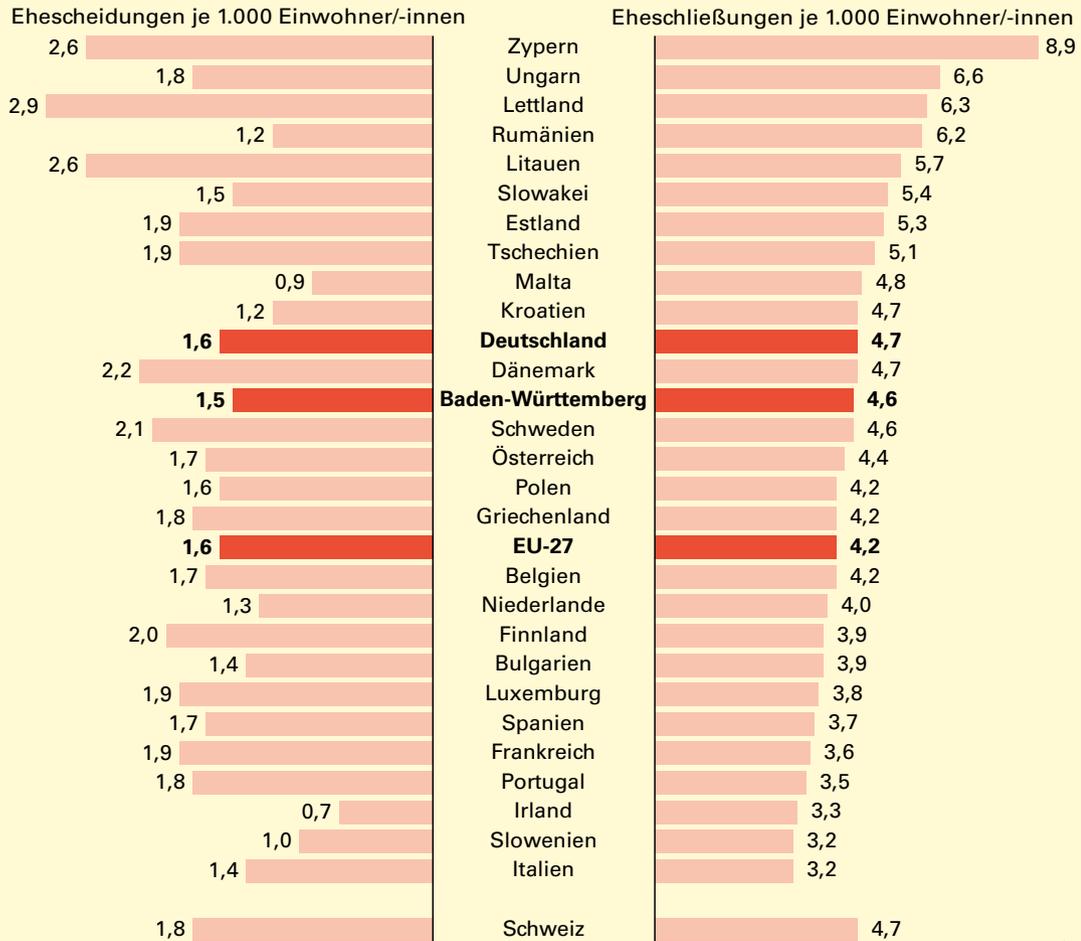
In Baden-Württemberg erblickten im Jahr 2023 über 98.400 Kinder das Licht der Welt. Das waren rund 6.100 Kinder weniger als noch im Vorjahr. Damit erfuhr die Geburtenrate, als Maß für die durchschnittliche Anzahl an Babys, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, das 2. Jahr in Folge einen Rückgang auf 1,39. Unter anderem führten eine höhere Zuwanderung und günstigere Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern ab 2010 zu einem positiven Trend der Geburtenrate im Südwesten, der seinen Höhepunkt im Jahr 2016 (1,59) erreichte. Danach ging die Geburtenrate kontinuierlich zurück, um im Jahr 2021 im Zusammenhang mit der Pandemie erneut auf einen neuen Höchstwert von 1,63 Kinder pro Frau zu steigen. Bundesweit lag die durchschnittliche Geburtenrate 2023 bei 1,35. Unter den Ländern wies Bremen mit 1,46 die höchste Rate aus, während Berlin mit 1,17

das Schlusslicht bildete. Der Südwesten reiht sich in diesem Ranking auf Platz 5 ein.

Auch in den 27 Mitgliedstaaten der EU ist ein rückläufiger Trend der Geburtenrate in den vergangenen Jahren zu beobachten. 2023 betrug sie im Durchschnitt 1,4. Spitzenreiter waren Frankreich und Bulgarien. Hier brachte eine Frau durchschnittlich jeweils 1,8 Kinder zur Welt. Deutschland und Baden-Württemberg lagen im EU-Ranking im Mittelfeld, während Spanien mit einer Geburtenrate von 1,1 den letzten Platz belegte.

Weltweit steht bei den Geburtenzahlen seit einigen Jahrzehnten Indien auf Platz 1. Hier betrug die Geburtenrate 2023 rund 2,0. Die Schweiz und Russland lagen auf dem Niveau des europäischen Mittelfelds, während China mit 1,1 das Schlusslicht des abgebildeten Rankings bildete.

Eheschließungen und Ehescheidungen



Daten: 2022 bzw. letztes verfügbares Jahr.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

2022 gaben sich im Südwesten rund 52.000 Paare das „Ja-Wort“

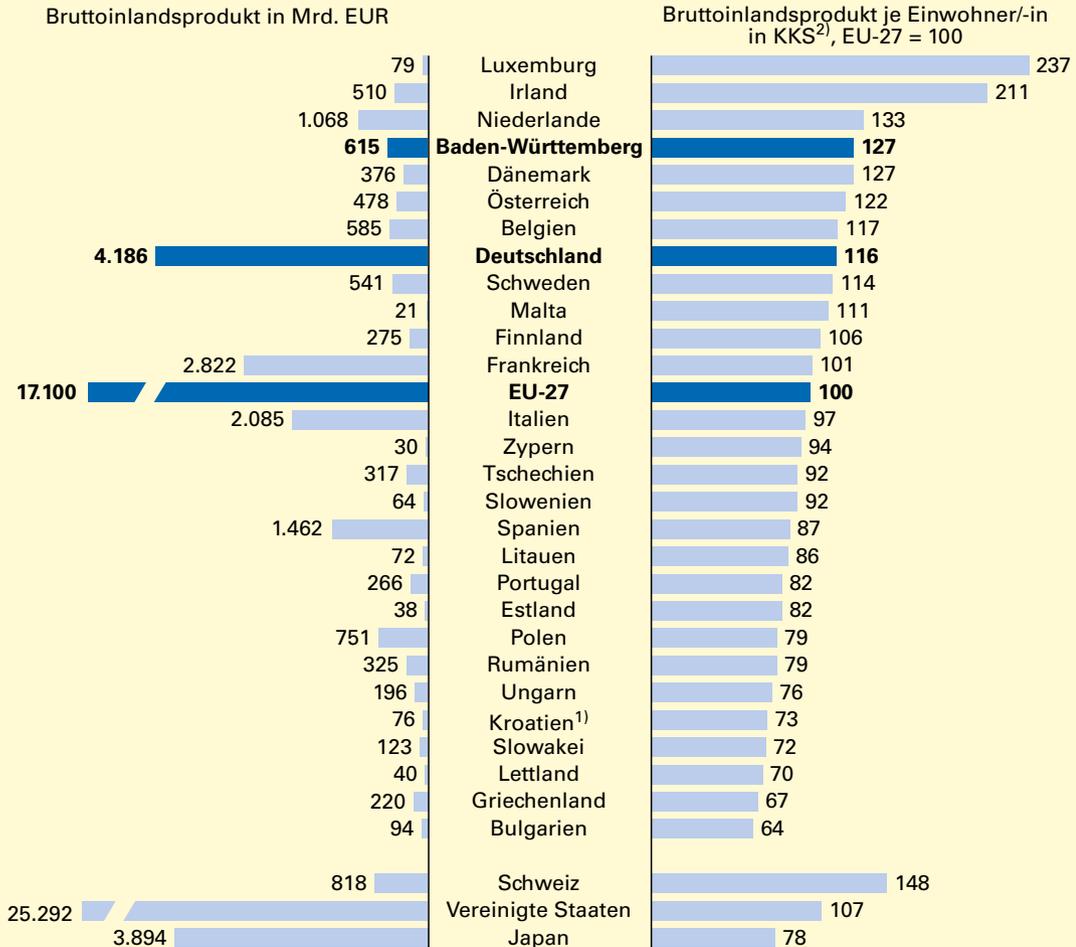
In Baden-Württemberg gingen 2022 rund 52.000 Paare den Bund der Ehe ein. Auf 1.000 Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger kamen somit im Schnitt 4,6 Eheschließungen. Deutschlandweit waren es 4,7. Dabei wurde in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 6,0 Eheschließungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner am häufigsten geheiratet.

Innerhalb der EU wurden 2022 durchschnittlich 4,2 Eheschließungen auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner gezählt. Deutschland liegt damit über dem EU-Durchschnitt und reiht sich auf Platz 10 unter den Mitgliedstaaten ein. Der Südwesten würde zwischen Dänemark und Schweden Platz 13 belegen. Die meisten Paare gaben sich in Zypern (8,9) das „Ja-Wort“, während man in Italien und Slowenien am seltensten vor den Traualtar trat. Das durchschnittli-

che Erstheiratsalter lag bundesweit bei 35 Jahren für Männer und 33 Jahren für Frauen. Im Südwesten war der Bräutigam bei der ersten Heirat durchschnittlich 34 und die Braut 32 Jahre alt. Am spätesten wurde in Spanien geheiratet. Dort heirateten die Männer mit durchschnittlich 37 und die Frauen mit 35 Jahren.

2022 wurde in Lettland nicht nur vergleichsweise oft geheiratet, dort war auch die Zahl der Ehescheidungen EU-weit am höchsten. Auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2,9 Ehescheidungen gegenüber 1,5 hierzulande. Am seltensten wurden die Ehen in Irland gelöst. Dort ließen sich lediglich 0,7 Paare je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner scheiden. In Baden-Württemberg (1,5) und Deutschland (1,6) gingen zwar deutlich mehr Ehen in die Brüche, die Scheidungshäufigkeit lag damit jedoch knapp unter bzw. im EU-Durchschnitt (1,6).

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft



Daten: 2023. – 1) 2022. – 2) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveauunterschiede eliminiert).

Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Wirtschaftskraft im Südwesten 2023 kaufkraftbereinigt 27 % über dem EU-Durchschnitt

Die Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs, gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP), das heißt in jeweiligen Preisen, lag im Jahr 2023 bei 615 Mrd. Euro. Bezogen auf jede Person im Südwesten waren dies im Durchschnitt 54.339 Euro.

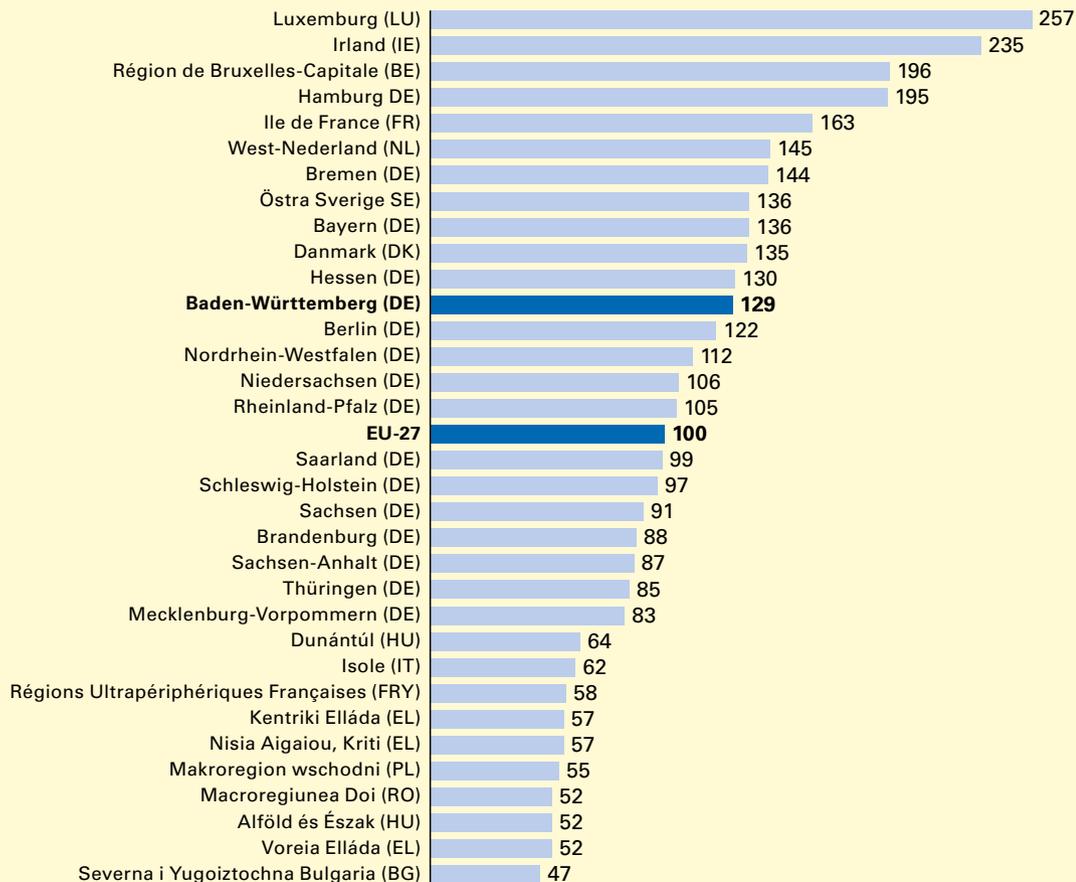
Berücksichtigt man zusätzlich die regionalen Kaufkraftunterschiede, lässt sich die Wirtschaftskraft pro Person zwischen den Ländern vergleichen. 2023 lag das BIP pro Kopf in Baden-Württemberg, gemessen in Kaufkraftstandards (KKS), um 27 % höher als im EU-Durchschnitt und damit auf Platz 4 im europäischen Ranking. Deutschlands um die Kaufkraft bereinigte Wirtschaftskraft pro Person ordnet sich auf Platz 8 im dargestellten Ranking ein.

Insgesamt verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr der Abstand zwischen dem EU-Mitgliedsstaat mit

der höchsten und der niedrigsten Wirtschaftskraft. In Bulgarien entfielen auf jede Person 64 % des durchschnittlichen EU-Werts, gemessen in KKS. Luxemburg war erneut das Land mit der stärksten Wirtschaftskraft und erbrachte das 2,4-fache des EU-Durchschnitts, gefolgt von Irland, wo auf jede Person etwas mehr als das Doppelte des durchschnittlichen EU-Werts entfiel. Insgesamt fiel das BIP pro Kopf gemessen in KKS in Ost- und Südeuropa im EU-Vergleich unterdurchschnittlich aus, während die Zentral- und Nordeuropäischen Länder das Ranking anführen. Zum Vergleich: Die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten lag um 7 % über dem EU-Wert und war damit schwächer ausgeprägt als die Wirtschaftskraft in Deutschland und Baden-Württemberg.

Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen* der Europäischen Union

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in in KKS¹⁾, EU-27 = 100



Daten: 2022. – *) NUTS-Ebene 1, die in Deutschland den Bundesländern entspricht. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveauunterschiede eliminiert).

Datenquelle: Eurostat.

Baden-Württembergs Wirtschaftskraft 2022 auf Platz 13 im Ranking der EU-Regionen

Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf gemessen in Kaufkraftstandards (KKS) lag 2022 im Südwesten um 29 % über dem EU-Durchschnitt. Die baden-württembergische Wirtschaftskraft erreichte damit im Vergleich mit den 92 NUTS 1-Regionen der EU, die mit den deutschen Bundesländern vergleichbar sind, im Ranking den 13. Platz. Der Südwesten platziert sich damit seit 2016 erstmals nicht mehr unter den zehn wirtschaftsstärksten Regionen innerhalb der EU.

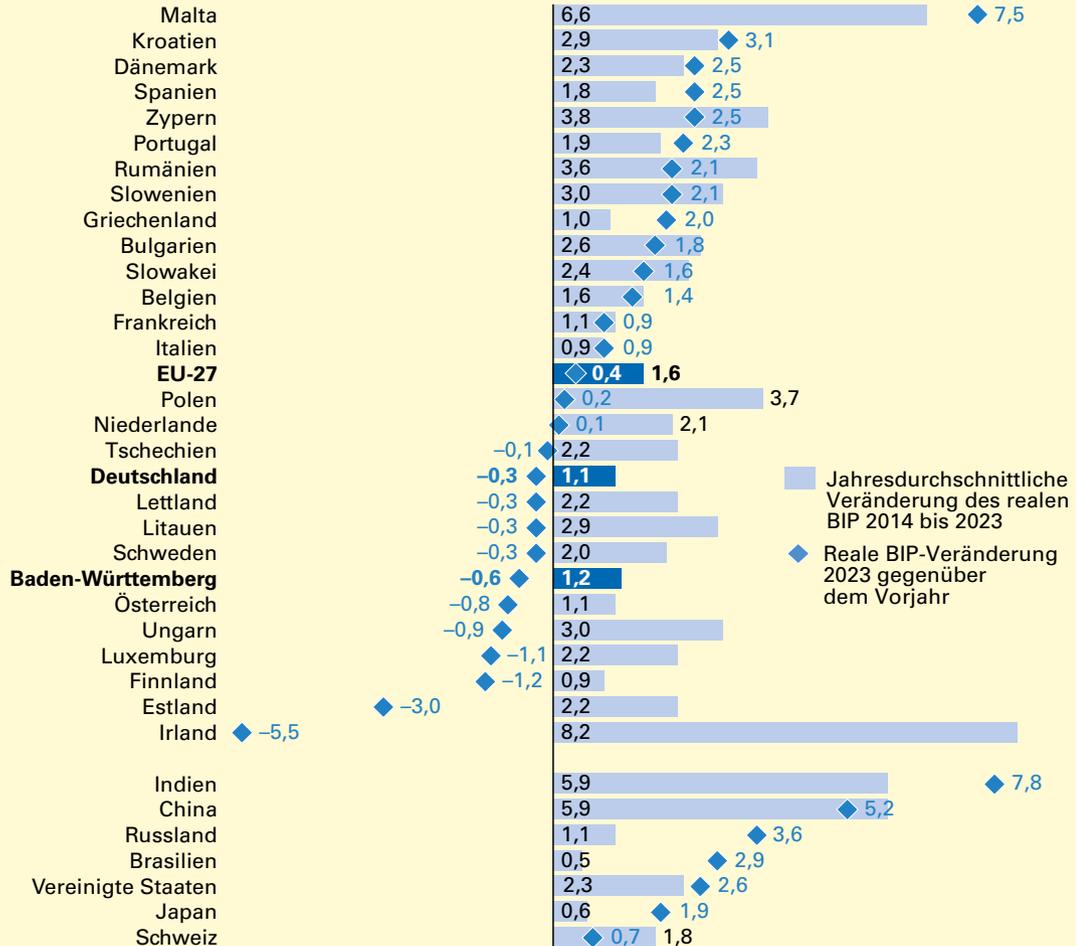
Wie in den Jahren zuvor, führte 2022 das Großherzogtum Luxemburg das Ranking der EU-Regionen an. Irland konnte sich weiterhin auf Platz 2 halten. Die beiden Regionen übertrafen jeweils die durchschnittliche Wirtschaftskraft der EU um mehr als das Doppelte. Deutschlandweit war weiterhin Hamburg führend. Unter den zehn wirtschaftsstärksten

Regionen innerhalb der EU finden sich außerdem die Bundesländer Bremen und Bayern. Die ostdeutschen Bundesländer erbrachten zwischen 83 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 91 % (Sachsen) der durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung gemessen in KKS.

Die zehn wirtschaftsschwächsten Regionen mit maximal 64 % des EU-Durchschnitts beim BIP pro Kopf in KKS konzentrierten sich überwiegend auf Süd- und Südosteuropa. Weniger als die Hälfte der durchschnittlichen europäischen Wirtschaftskraft erbrachte die bulgarische Region „Severna i jugoiztochna Bulgaria“ mit nur 47 % des kaufkraftbereinigten BIP pro Kopf aller EU-Regionen, wobei sich der Rückstand zum EU-Durchschnitt von Jahr zu Jahr verringert hat.

Wirtschaftswachstum

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in %



Datenquellen: Eurostat, IWF, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Baden-Württembergs Wirtschaftsleistung 2023 im EU-Vergleich im unteren Drittel

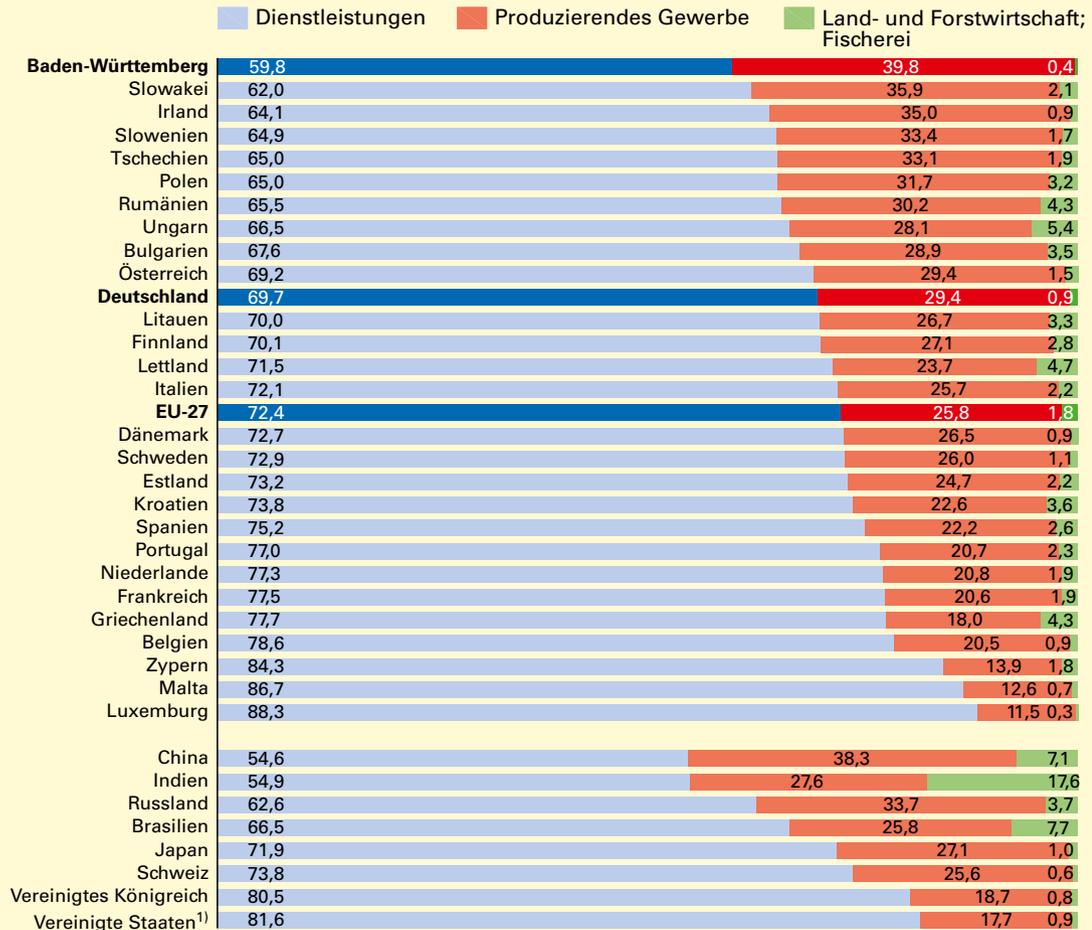
Im Jahr 2023 erreichten vor allem die Länder im Süden und Südosten Europas ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum im EU-Vergleich. Mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 7,5 % gegenüber dem Vorjahr führte Malta das Ranking im Ländervergleich an. Auf Position 2 platzierte sich Kroatien mit 3,1 %, gefolgt von Dänemark, Spanien und Zypern mit jeweils 2,5 % auf dem 3. Rang. Ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum zeigte sich 2023 außerdem in verschiedenen Mitgliedsstaaten aus Osteuropa. Die EU-27 verzeichnete im Durchschnitt einen Zuwachs des realen BIP von 0,4 % zum Vorjahr. In Deutschland und Baden-Württemberg ging die Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr zurück. Der Südwesten befindet sich damit im Länderranking im unteren Drittel. Nach

jahrelangem Rekordwachstum landete Irland 2023 mit einem Einbruch des BIP um 5,5 % gegenüber dem Vorjahr im EU-Ranking auf dem letzten Platz.

In der längerfristigen Betrachtung stieg die durchschnittliche reale Wirtschaftsleistung über die letzten 10 Jahre 2014 bis 2023 hinweg in allen dargestellten Ländern an. Dabei verzeichnete Irland, gefolgt von Malta mit Abstand das höchste Wachstum. In der betrachteten Dekade wuchs dort das reale BIP um 8,2 % bzw. 6,6 %. Im langfristigen Vergleich ordnen sich die osteuropäischen Länder im Ranking vor den südeuropäischen Ländern ein. Die Wirtschaft in Baden-Württemberg und Deutschland wies langfristig ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum im Vergleich zur EU insgesamt auf.

Wirtschaftsstruktur

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt in %



Daten: 2023. – 1) Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt.

Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Bureau of Economic Analysis, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Baden-Württemberg im Ländervergleich mit höchstem Industrieanteil

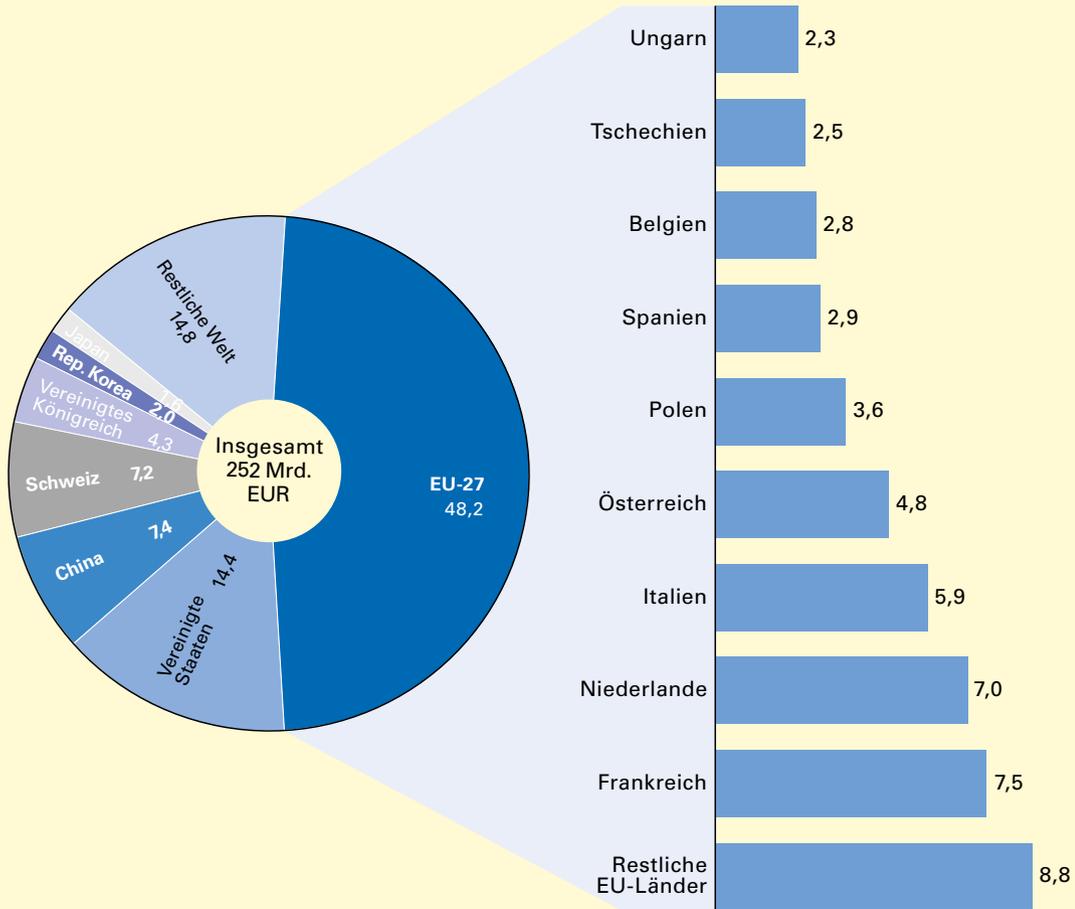
Besonderheiten und Unterschiede der Volkswirtschaften einzelner Regionen lassen sich durch die Zusammensetzung ihrer Wirtschaftsbereiche beschreiben. So haben die Anteile der Sektoren „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Produzierendes Gewerbe“ und „Dienstleistungen“ an der Bruttowertschöpfung (BWS) in den hier ausgewiesenen Ländern unterschiedlich große Bedeutung. Dank der spezialisierten Ausrichtung, insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie der Elektrotechnik zeichnet sich Baden-Württemberg seit Jahren durch einen vergleichsweise hohen Industrieanteil aus: 2023 erbrachte das Produzierende Gewerbe allein 39,8 % der gesamten BWS. Davon entfielen 31,1 % der BWS auf das Verarbeitende Gewerbe. Im dargestellten Ranking hatte der Südwesten damit den höchsten Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes. Mit jeweils über 35 % Anteil

an der BWS erbrachten die Slowakei und Irland nach Baden-Württemberg die höchsten Beiträge zur Wirtschaftsleistung aus dem Industriesektor.

Alle betrachteten Länder erwirtschafteten 2023 über die Hälfte ihrer BWS im Dienstleistungssektor. Besonders stark dienstleistungsorientiert sind Luxemburg, Malta und Zypern mit jeweils über 80 % Anteil. In Baden-Württemberg lag der Anteil 2023 bei 59,8 %. Auf den Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei entfielen in einem Großteil der Länder anteilig weniger als 5 % der BWS. Im Südwesten lag der Anteil 2023 bei 0,4 %. EU-weit erzeugte Ungarn mit 5,4 % den höchsten Beitrag der Wertschöpfung aus diesem Sektor. Im hier dargestellten internationalen Vergleich erbrachte Indien mit 17,6 % den höchsten BWS-Anteil des Sektors Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Exporte Baden-Württembergs

Anteile in % nach Bestimmungsländern



Daten: 2023, vorläufige Werte nach Spezialhandel. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Der Südwesten bleibt exportstärkstes Bundesland

Bundesweit wurden 2023 Waren im Wert von rund 1.590,1 Mrd. Euro über die Landesgrenzen hinweg ins Ausland exportiert. Fast ein Sechstel dieser Exporte (15,8 %) stammten aus dem Südwesten, was einem Wert von 252,0 Mrd. Euro entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies zwar einen Rückgang von über 14,1 Mrd. Euro (-5,3 %), jedoch war Baden-Württemberg damit auch 2023 im mittlerweile zehnten Jahr in Folge das exportstärkste Bundesland.

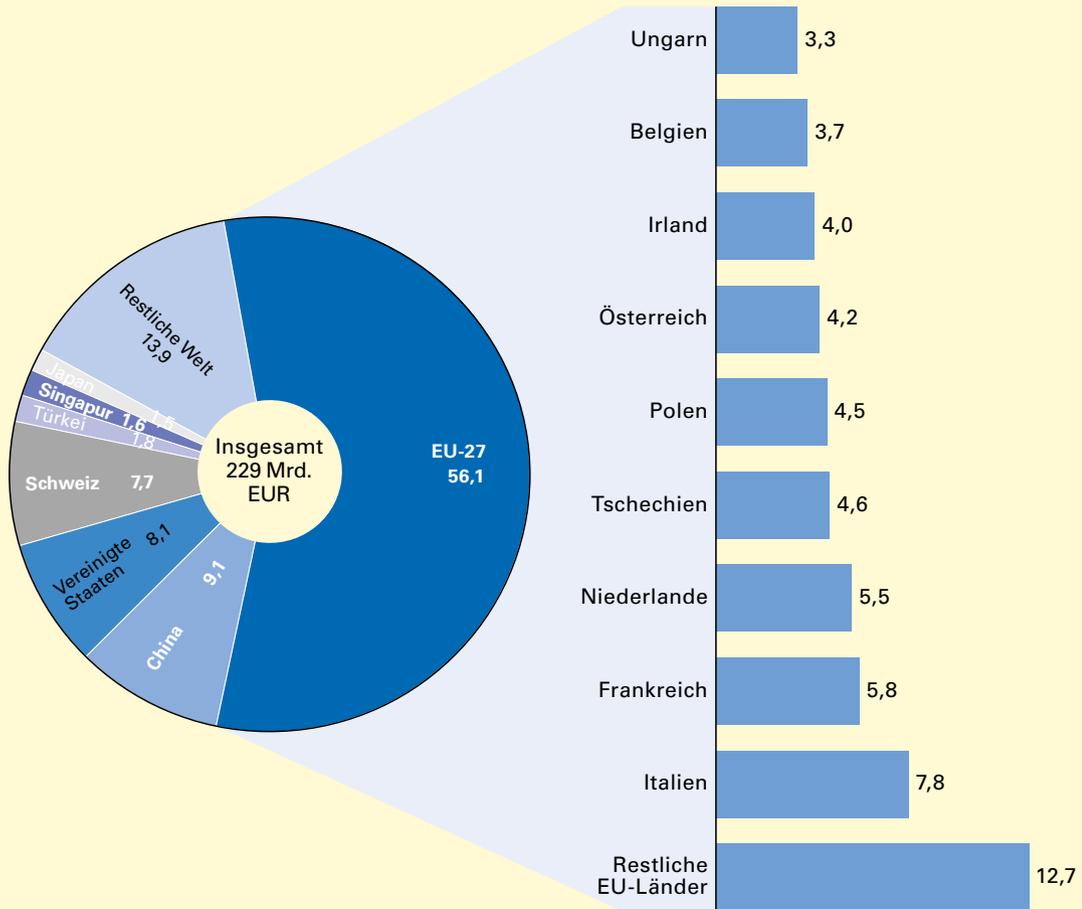
Auf den Plätzen 2 und 3 folgten Nordrhein-Westfalen und Bayern mit Exporten in Höhe von 231,5 Mrd. Euro bzw. 228,8 Mrd. Euro. Mecklenburg-Vorpommern bildete im Bundesländervergleich mit einer Ausfuhr von unter 10 Mrd. Euro das Schlusslicht hinter Berlin mit rund 16,8 Mrd. Euro.

Mit 121,4 Mrd. Euro blieb der Großteil der baden-württembergischen Ausfuhren (48,2 %) in der EU. Folglich war der europäische Staatenbund der bedeutendste Abnahmemarkt, gefolgt von den USA und China mit 36,4 Mrd. Euro (Anteil: 14,4 %) bzw. 18,7 Mrd. Euro (7,4 %). Innerhalb der EU hatte Frankreich mit 19,0 Mrd. Euro (7,5 %) die Spitzenposition inne, vor den Niederlanden mit 17,5 Mrd. Euro (7,0 %).

Baden-Württemberg verzeichnet traditionell drei exportstarke Güterabteilungen. Das höchste Exportvolumen wies 2023 die Abteilung „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ mit 57,0 Mrd. Euro auf. Darauf folgten „Maschinen“ und „Pharmazeutische Erzeugnisse“ mit Ausfuhrwerten von über 50,3 Mrd. Euro bzw. 29,4 Mrd. Euro. Aufaddiert entfiel mehr als die Hälfte (54,2 %) aller Südwest-Ausfuhren auf diese drei Güterabteilungen.

Importe Baden-Württembergs

Anteile in % nach Ursprungsländern



Daten: 2023, vorläufige Werte nach Generalhandel. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Mehrheit der Südwest-Importe kommt aus der EU

Im Jahr 2023 importierte Baden-Württemberg Waren im Wert von 229,0 Mrd. Euro aus dem Ausland, 33,2 Mrd. Euro bzw. 12,7 % weniger als im Vorjahr. Somit fiel der Südwesten im Einfuhr-Ranking der Bundesländer um einen Rang zurück auf Platz 3. Lediglich nach Nordrhein-Westfalen (288,5 Mrd. Euro) und nach Bayern (241,3 Mrd. Euro) wurden 2023 mehr ausländische Waren eingeführt. Die Schlusslichter im Bundesländervergleich bildeten das Saarland (17,6 Mrd. Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (9,2 Mrd. Euro).

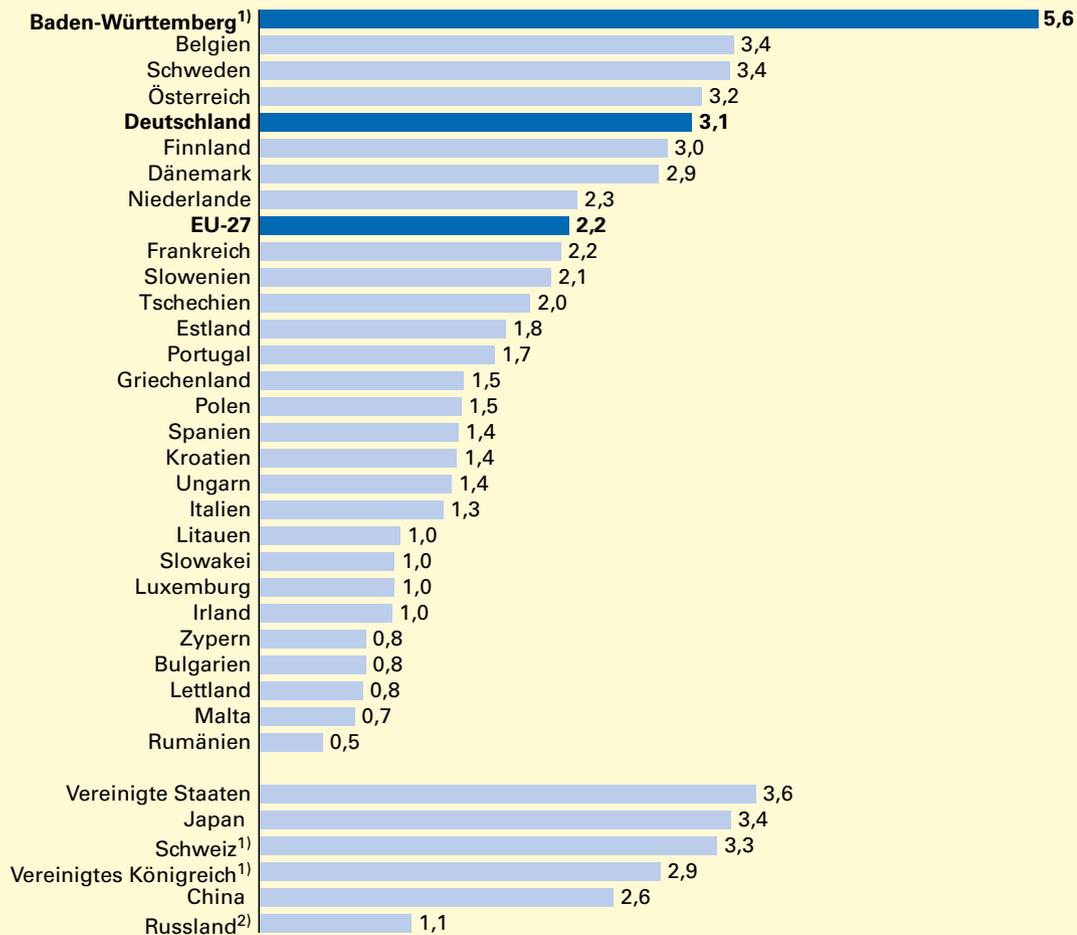
Der EU-Binnenmarkt war 2023 nicht nur beim Export die bedeutendste Zielregion, sondern auch für den Import die wichtigste Bezugsregion Baden-Württembergs. Mit einem Importwert von 128,5 Mrd. Euro stammte die Mehrheit der Einfuhren nach Baden-Württemberg aus der EU (Anteil: 56,1 %).

Dahinter folgten die beiden großen Volkswirtschaften China mit 20,9 Mrd. Euro (9,1 %) und die Vereinigten Staaten mit 18,5 Mrd. Euro (8,1 %). Die Schweiz belegte bei den Einfuhren mit 17,6 Mrd. Euro den vierten Rang. Innerhalb der EU rangierte Italien mit 17,8 Mrd. Euro (7,8 %) an der Spitze der Lieferstaaten, vor Frankreich (13,3 Mrd. Euro; 5,8 %) und den Niederlanden (12,6 Mrd. Euro; 5,5 %).

Die im Jahr 2023 in Baden-Württemberg am stärksten aus dem Ausland nachgefragte Güterabteilung waren „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ (Anteil am Gesamtimport: 14,4 %), gefolgt von „Maschinen“ (11,0 %) und „Chemischen Erzeugnissen“ (9,8 %). Diese drei Abteilungen stellten zusammen mit 35,2 % mehr als ein Drittel des Gesamtwertes aller Südwest-Importe.

FuE-Intensität

FuE-Ausgaben bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt in %



Daten: 2022 bzw. – 1) 2021, 2) 2020.

Datenquellen: Eurostat, MSTI, Statistisches Bundesamt.

Spitzenplatz bei Forschung und Entwicklung

Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) sind für eine Volkswirtschaft von hoher Bedeutung. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten bilden die Ausgangsbasis für neue oder verbesserte Produkte im Industrie- und Dienstleistungssektor. Eine bedeutende Kennzahl zur Beurteilung der FuE-Aktivitäten eines Landes ist die FuE-Intensität. Zur Berechnung dieser Kennzahl werden die FuE-Ausgaben einer Region ins Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt der betrachteten Region gesetzt.

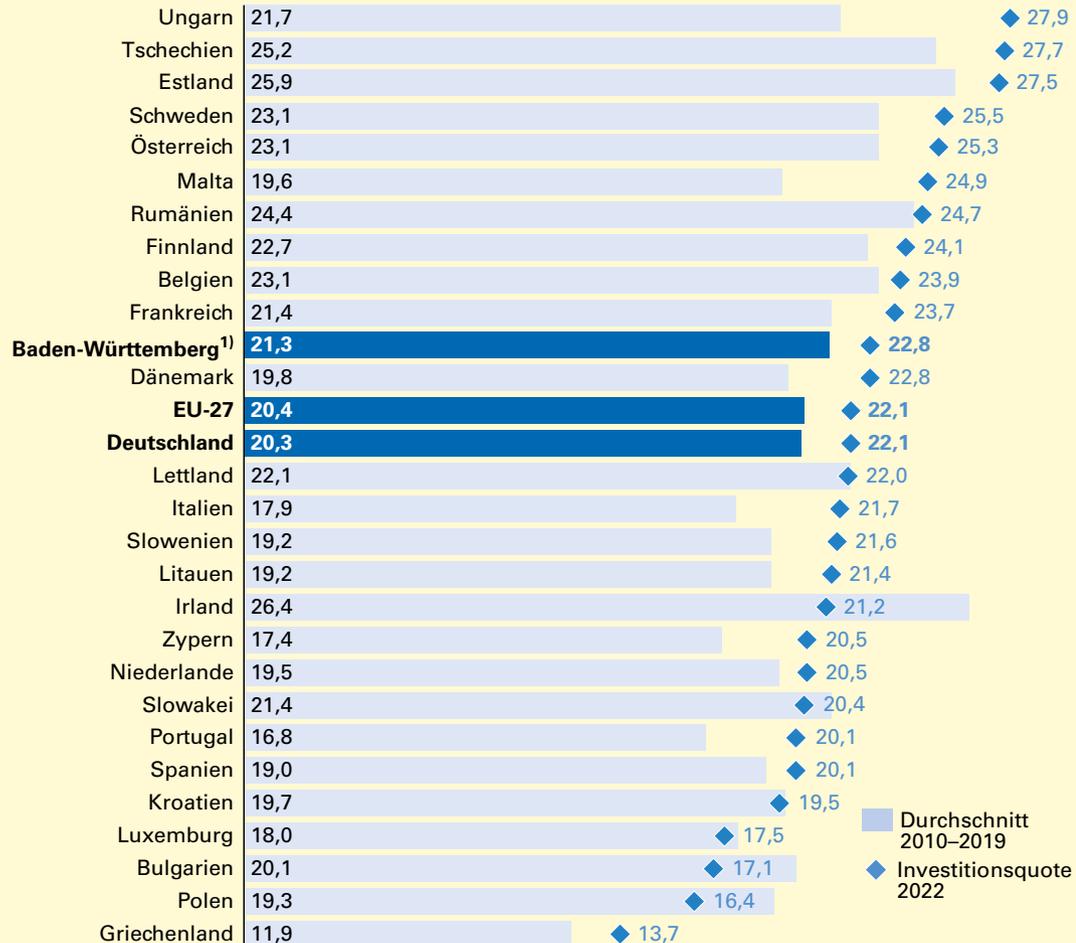
Baden-Württemberg ist demnach eine der führenden Forschungsregionen in Europa. Mit seinen sehr gut ausgebauten Forschungs- und Entwicklungskapazitäten leistet der Südwesten mehr als ein Viertel der gesamtdeutschen Investitionen in Forschung und Entwicklung. Hierzulande wurden, gemäß der verfügbaren Daten, 2021 rund 5,6 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Der Süd-

westen belegt mit dieser hohen FuE-Intensität in der Europäischen Union den Spitzenplatz und auch im internationalen Vergleich liegt Baden-Württemberg mit dieser hohen Kennzahl auf einem Platz im Spitzenfeld.

Im Vergleich der 27 EU-Mitgliedstaaten belegte Belgien 2022 mit einer FuE-Intensität von gut 3,4 % den 1. Platz. Auf dem 2. bis 5. Platz folgten Schweden, ebenfalls mit einer FuE-Intensität von 3,4 %, Österreich (3,2 %), Deutschland (3,1 %) und Finnland (3,0 %). Dänemark lag mit 2,9 % knapp unter der Zielmarke von 3 %. Damit hatten 2022 nur fünf der 27 EU-Länder dieses EU-Ziel erreicht. Betrachtet man die Entwicklung dieser Kenngröße in den 27 EU-Ländern, so zeigte sich in Belgien im Zeitraum 2012 bis 2022 eine deutliche Steigerung dieser Kenngröße (+1,2 Prozentpunkte) hingegen in Irland, Slowenien und Finnland ein beachtlicher Rückgang (-0,6, bzw. je -0,5 Prozentpunkte).

Investitionsquote

in % des Bruttoinlandsprodukts



Datenquelle: AK VGRdL, Eurostat, eigene Berechnungen.

Investitionsquote in Baden-Württemberg über EU-Durchschnitt

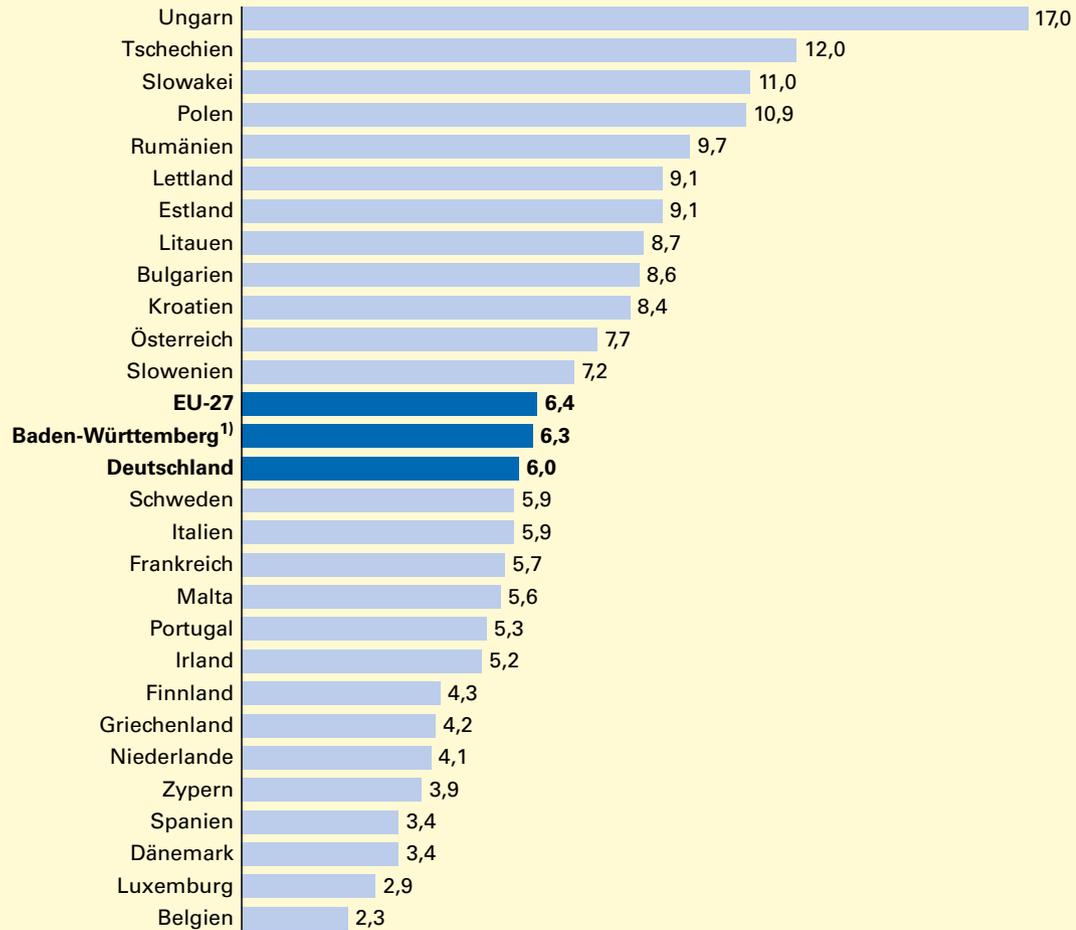
Der Kapitalstock bildet das Grundgerüst einer Wirtschaft. Investitionen ersetzen und erweitern diesen und sichern somit zukünftiges Wirtschaftswachstum. Unter Investitionen versteht man unter anderem den Bau und Erhalt von Straßen, Ausrüstungsinvestitionen wie Maschinen sowie Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Fährt eine Volkswirtschaft ihre Investitionstätigkeit über Jahre hinweg zurück und erneuert ihren Kapitalstock nicht, so hat dies negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Als Mess- und regionale Vergleichsgröße eignet sich die Investitionsquote, das heißt der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in Prozent. EU-weit an der Spitze standen 2022 Ungarn, die Tschechien und Estland mit Investitionsquoten von je 27,8 %, 27,7 % bzw. 27,5 %. Für Ungarn dürfte der hohe Wert unter anderem auf verstärkte Investitio-

nen aus China zurückzuführen sein. Im Vergleich zum Durchschnittswert der Jahre 2010 bis 2019 erhöhte sich die Investitionsquote im Jahr 2022 zudem in Ungarn besonders stark: Das Plus beläuft sich auf 6,2 Prozentpunkte. Baden-Württemberg verfügte 2021 über eine Investitionsquote von 22,8 %, die somit um 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert des Zeitraums 2010 bis 2019 lag. Deutschland insgesamt verzeichnete 2022 eine Investitionsquote von 22,1 % und entsprach damit genau dem EU-27-Durchschnittswert. Das Schlusslicht bei den Investitionen bildete Griechenland. Nur 13,7 % der Wirtschaftsleistung fließen dort in Investitionen. Auf dem vorletzten Platz fand sich Polen mit einer Investitionsquote von 16,4 % wieder.

Inflationsraten

Veränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr in %



Daten: 2023. – 1) Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg, nicht harmonisiert.
Datenquellen: Eurostat, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

EU-Inflation 2023: Hohes Niveau trotz Rückgang

Die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) strebt eine jährliche Preissteigerungsrate von 2 % an, um Preisstabilität in der EU zu gewährleisten. Ein stabiles Preisniveau ist die Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum, hohe Beschäftigung und sozialen Wohlstand. Gemessen wird die Preisentwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten mit dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Die letzten Jahre standen im Zeichen eines globalen Preisdrucks, der mit den Energiepreiserhöhungen infolge des Ukraine-Kriegs seinen Höhepunkt erreichte. So wurde im Jahresdurchschnitt 2022 mit einer EU-weiten Gesamtteuerung von über 9 % ein neuer Höchstwert gemessen. Wenngleich die jährliche Veränderungsrate des HVPI 2023 auf 6,4 % sank, lag sie damit noch immer weit über dem EZB-

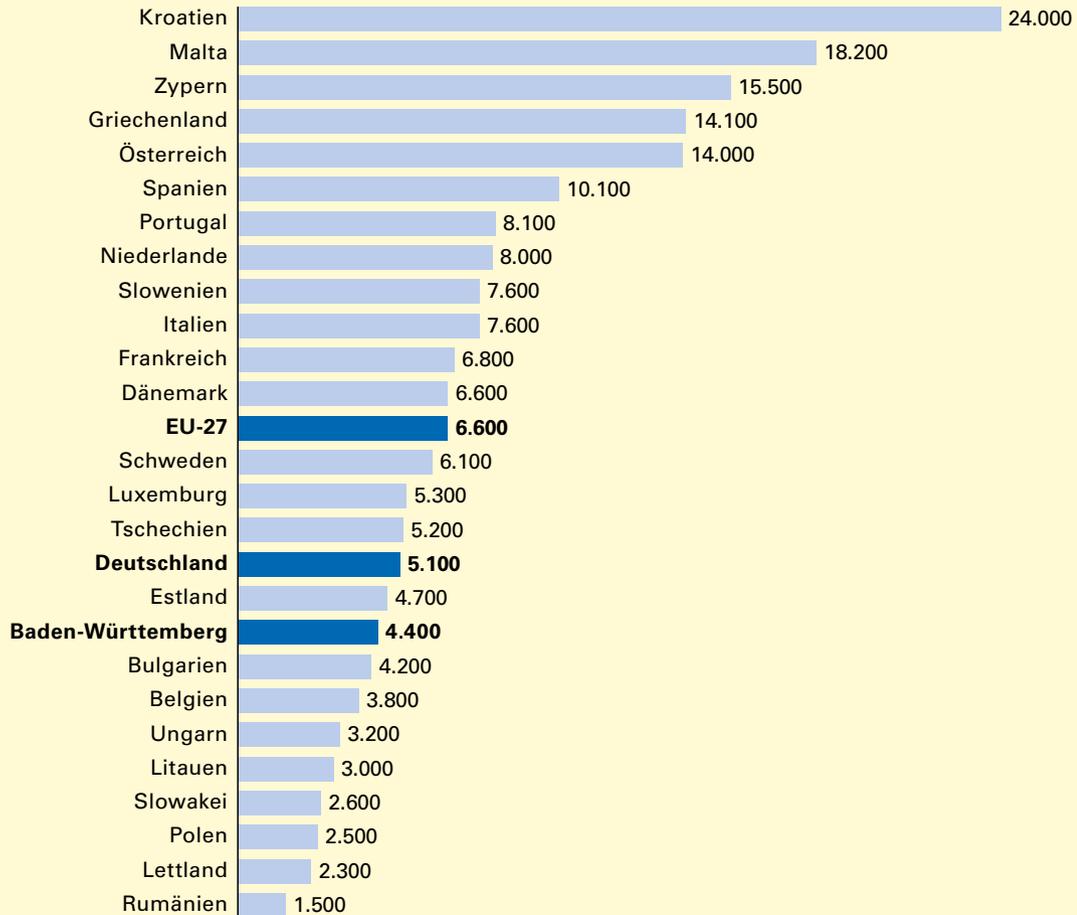
Ziel von 2 %, dem sich 2024 bislang aber wieder angenähert wird.

Innerhalb der EU erhöhten sich die Verbraucherpreise 2023 in Ungarn (17,0 %), Tschechien (12,0 %), Slowakei (11,0 %), Polen (10,9 %) und Rumänien (9,7 %) am stärksten, wogegen die jährlichen Raten in Belgien (2,3 %), Luxemburg (2,9 %), Dänemark und Spanien (jeweils 3,4 %) am geringsten waren. In Deutschland stieg der HVPI 2023 um 6,0 % zum Vorjahr, wobei die Teuerung im Südwesten mit einem Plus von 6,3 % sogar leicht darüber lag.

Über alle EU-Staaten hinweg waren „Nahrungsmittel“ im Jahr 2023 der dominante Preistreiber unter den Warengruppen (12,7 %). Überdurchschnittlich stark erhöhten sich auch die Preise in der Warengruppe „Hotels und Restaurants“ (8,4 %).

Tourismus

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben *) je 1.000 Einwohner/-innen



Daten: 2023. Für Irland und Finnland: keine Angaben. – *) Hotels, Gasthöfe und Pensionen; Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten; Campingplätze.

Datenquelle: Eurostat.

Aufschwung im Tourismus setzte sich 2023 fort

Der Tourismus ist mit seinen nachgelagerten Dienstleistungsbereichen in vielen Ländern ein bedeutender Wirtschaftssektor. Nach den starken Einbrüchen der Übernachtungszahlen in den Pandemie Jahren, konnte im Jahr 2023 in Baden-Württemberg mit mehr als 49,6 Mio. Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben ein neuer Höchststand erreicht werden. Dies war ein Zuwachs von über 10 % gegenüber dem Vorjahr.

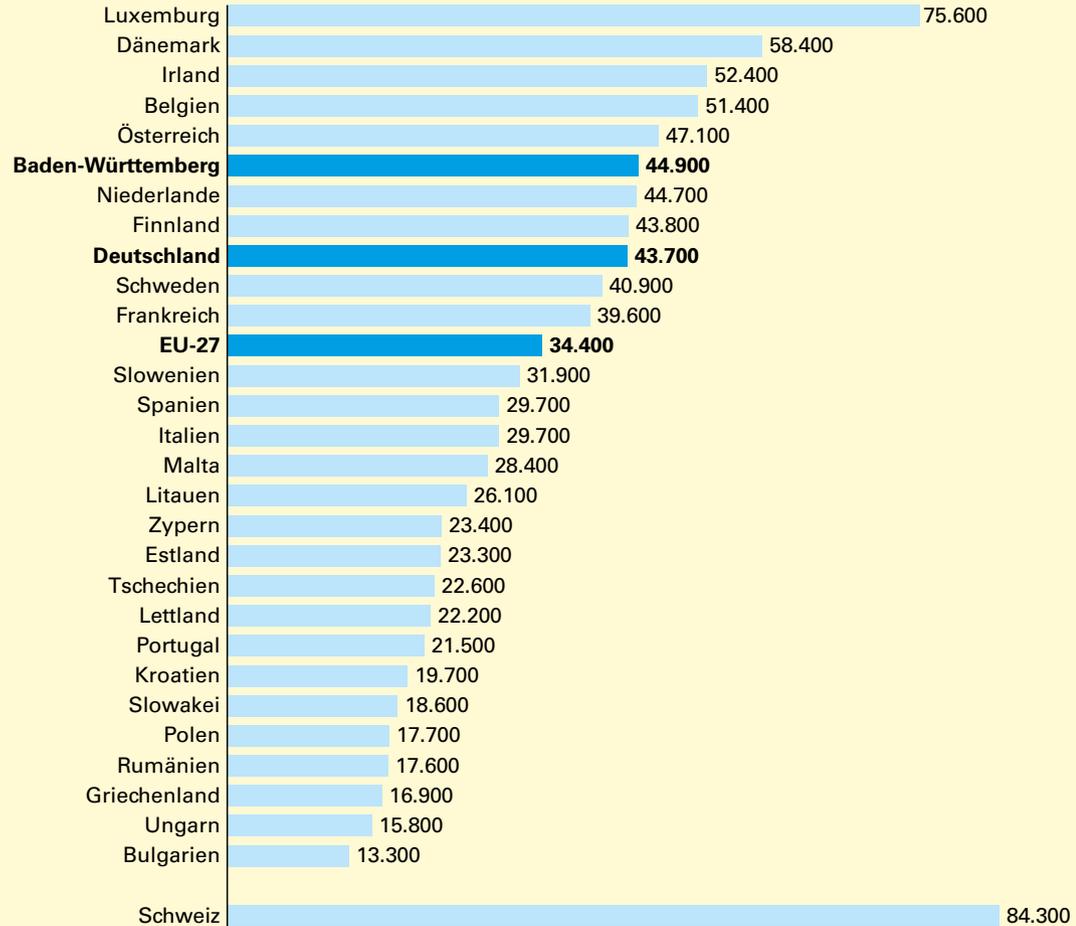
Innerhalb Europas stiegen die Übernachtungszahlen in Beherbergungsbetrieben um über 187,5 Mio. bzw. knapp 7 % gegenüber dem Vorjahr auf 2,9 Mrd. an. Die meisten Übernachtungen von Gästen aus dem In- und Ausland verzeichnete Spanien mit knapp 485,0 Mio., gefolgt von Frankreich (460,3 Mio.), Italien (447,2 Mio.) und Deutschland mit gut 431,4 Mio.

Diese Länder gehörten bereits vor Corona zu den beliebtesten Reisezielen. Spitzenreiter bei den Übernachtungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner war, wie schon seit Jahren, Kroatien mit 24.000, gefolgt von Malta und Zypern (18.200 bzw. 15.500).

Knapp 77 % (38,2 Mio.) aller Gäste in Baden-Württemberg kamen aus dem Inland. Hierbei konnte der Südwesten ein Wachstum von gut 2,8 Mio. Übernachtungen (8 %) verzeichnen. Die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste dagegen lag mit 11,5 Mio. unter dem Vor-Corona-Niveau. Die meisten ausländischen Besucherinnen und Besucher waren aus der Schweiz gefolgt von den Niederlanden und Frankreich.

Bruttolöhne und -gehälter

je Arbeitnehmer/-in in EUR



Daten: 2023.

Datenquellen: Eurostat, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Hohes Verdienstniveau in Baden-Württemberg

Die in Baden-Württemberg beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten im Jahr 2023 im Durchschnitt rund 44.900 Euro. Die Höhe des Verdienstniveaus ist dabei nicht nur von individuellen Merkmalen der Beschäftigten wie beispielsweise Ausbildung, Alter oder Beschäftigungsumfang abhängig. Auch die Branche spielt eine Rolle. So lagen die Pro-Kopf Bruttolöhne und -gehälter im Produzierenden Gewerbe 2023 bei knapp 56.100 Euro. In den Dienstleistungsbereichen – bei allerdings vergleichsweise hoher Teilzeit- und marginal Beschäftigung – waren es mit durchschnittlich annähernd 40.000 Euro um einiges weniger.

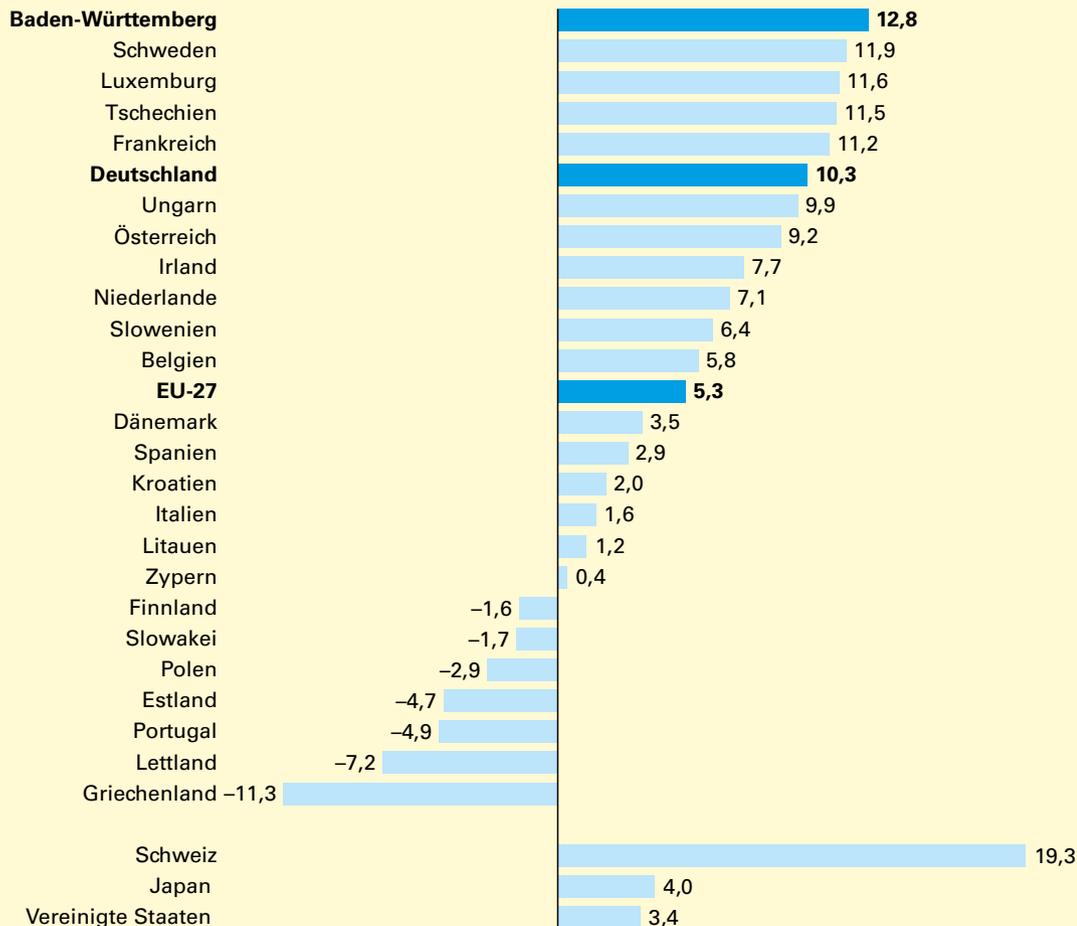
Bundesweit am höchsten waren die gesamtwirtschaftlichen Pro-Kopf Bruttolöhne und -gehälter 2023 in Hamburg (50.200 Euro), gefolgt von Hessen (46.800 Euro), Berlin (45.900 Euro) und Bayern (45.100 Euro). Auf Platz 5 folgte der Südwesten. Die geringsten Verdienste

wurden in Mecklenburg-Vorpommern (35.600 Euro) und Sachsen-Anhalt (35.700 Euro) gezahlt.

Im europäischen Vergleich lag Baden-Württemberg mit rund 10.500 Euro über dem EU-27-Durchschnittswert auf Platz 6. Innerhalb der EU-27 reichte die Spannweite der Pro-Kopf Bruttolöhne und -gehälter 2023 von lediglich 13.300 Euro in Bulgarien bis zu 75.600 Euro in Luxemburg. Unterschiede bestehen allerdings auch in den Lebenshaltungskosten. Noch höher als in Luxemburg waren die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer 2023 im Nachbarland Schweiz mit über 84.000 Euro, wo das Leben jedoch auch als recht teuer gilt.

Sparquote

Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in %



Daten: 2022. Für Bulgarien, Malta und Rumänien keine Angaben.

Datenquellen: Eurostat, OECD, Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Private Haushalte in Baden-Württemberg besonders sparsam

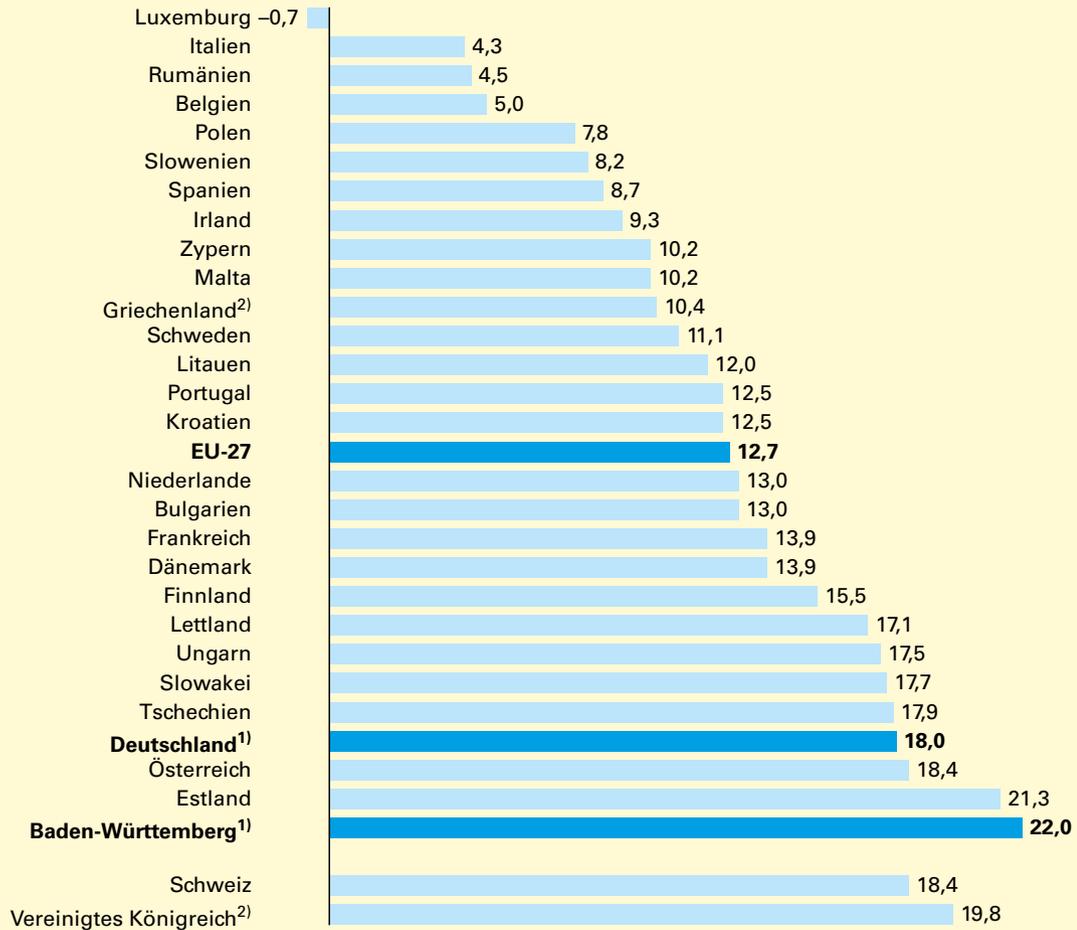
Sparen zur Altersvorsorge, für spätere größere Anschaffungen, für Wohneigentum oder zur Kapitalanlage sind die in Umfragen genannten wichtigsten Sparmotive privater Haushalte.

In Baden-Württemberg sparten die privaten Haushalte im Jahr 2022 je Einwohnerin und Einwohner durchschnittlich rund 3.600 Euro. Die Sparquote belief sich auf 12,8 %. Somit sparten die Haushalte im Land je 100 Euro verfügbarem Einkommen im Durchschnitt 12,80 Euro. Mit einer Sparquote von 12,9 % waren die Menschen in Bayern 2022 im Bundesländervergleich am sparsamsten, gefolgt von Baden-Württemberg und Berlin (12,5 %). Den geringsten Sparanteil verzeichneten die privaten Haushalte in Sachsen-Anhalt mit 6,6 %.

Auch im internationalen Vergleich zeigt sich der Südwesten als besonders sparsam. Nur die Menschen im Nicht-EU-Land Schweiz sparten 2022 mehr als die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger. Einzelne EU-Länder wiesen dagegen eine negative Nettosparquote der privaten Haushalte auf. Im EU-27 Durchschnitt lag die Sparquote in 2022 bei 5,3 %. Insgesamt unterscheidet sich das Sparverhalten innerhalb der EU-27 erheblich. Die Einkommenshöhe ist sicherlich ein Faktor für die Unterschiede bei den Sparquoten. Wer weniger verdient, kann tendenziell weniger sparen. Aber auch andere Variablen, wie etwa die demografische Struktur eines Landes, wirken sich auf den Umfang des Sparens der Bevölkerung aus.

Unbereinigter Gender Pay Gap

Verdienstunterschiede von Frauen und Männern in %



Daten: 2022. – 1) 2023. – 2) 2018.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Großer Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in Baden-Württemberg

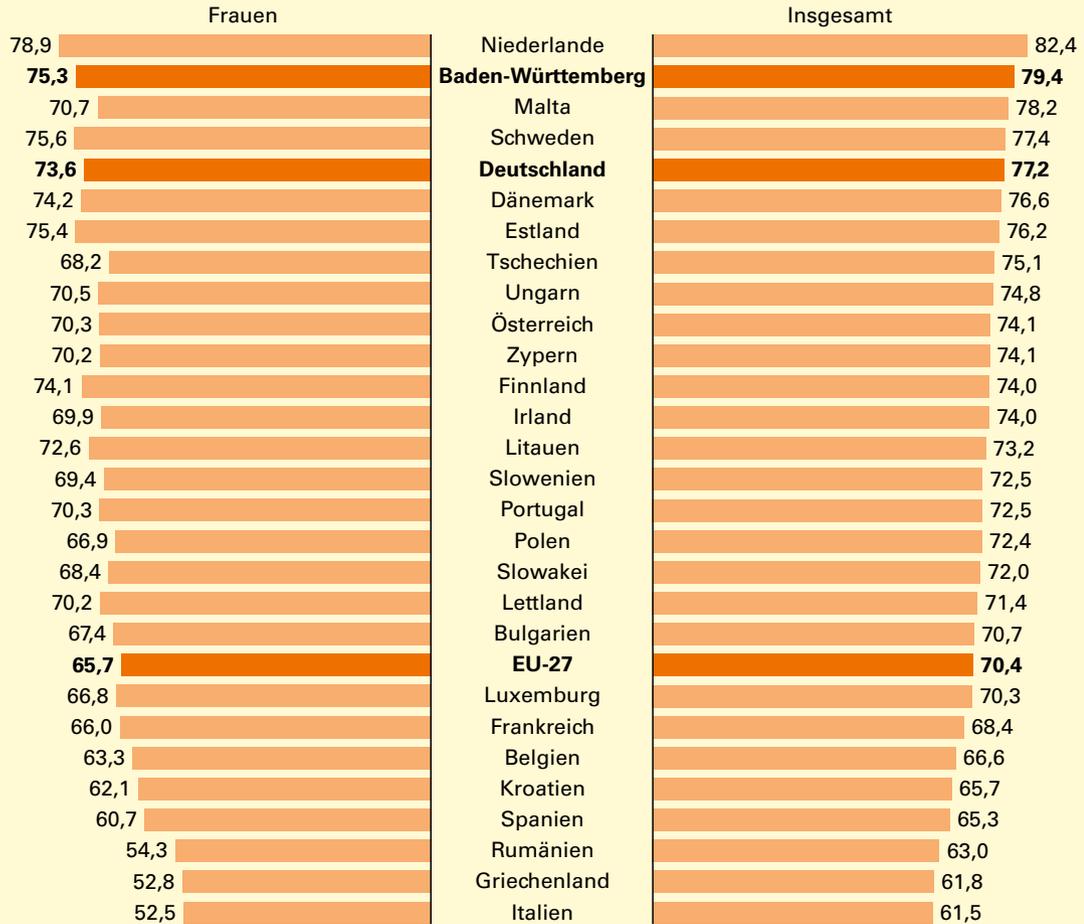
Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern sind seit langem ein politisch relevantes Thema. 2023 verdiente eine Frau in Deutschland durchschnittlich 20,84 Euro pro Stunde, während der Brutostundenverdienst von männlichen Erwerbstätigen bei 25,30 Euro lag. In Baden-Württemberg war der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied – der unbereinigte Gender-Pay-Gap – aufgrund der hierzulande stark industrieprägten Wirtschaftsstruktur mit dem dortigen relativ hohen Verdienstniveau der männerdominierten Arbeitsplätze noch größer. Hierzulande verdienten Frauen im Durchschnitt 22 % weniger als Männer, womit der Südwesten unter allen Bundesländern die höchste Ungleichheit verzeichnete. Hohe Verdienstunterschiede wiesen auch Bayern und Hessen aus. Dort verdienten Frauen durchschnittlich 21 % bzw. 20 % weniger als Männer. Mit lediglich 4 % bzw. 5 % war der

Abstand in Brandenburg und Sachsen-Anhalt am geringsten.

Für die Mitgliedstaaten der EU liegen die Ergebnisse erst für das Jahr 2022 vor. Während das Verdienstgefälle zwischen den EU-Ländern stark variiert, lag der durchschnittliche Gender-Pay-Gap EU-weit bei 12,7 %. Die größten Unterschiede beim Bruttostundenverdienst wiesen Estland (21,3 %), Österreich (18,4 %) und Deutschland (18,0 %) aus. Luxemburg hingegen konnte bereits 2021 als erstes EU-Land die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen. Im Jahr 2022 wies Luxemburg als einziges EU-Mitglied sogar einen negativen Gender-Pay-Gap aus, indem Frauen dort durchschnittlich 0,7 % mehr als Männer verdienten. Das niedrigste Verdienstgefälle zugunsten der Männer gab es innerhalb der EU in Italien (4,3 %) und Rumänien (4,5 %) zu beobachten.

Erwerbstätigenquote

Anteil der erwerbstätigen Personen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahre in %



Daten: 2023.
Datenquelle: Eurostat.

Überdurchschnittlich hohe Erwerbstätigkeit im Südwesten

Die Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Lebenspunkt im Alltag eines Menschen und zugleich Einnahmequelle für den Lebensunterhalt und bedingt darüber hinaus aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung auch den finanziellen Wohlstand einer Gesellschaft.

In der Europäischen Union waren im Jahr 2023 über 199 Mio. Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Gemessen an der EU-Bevölkerung derselben Altersgruppe entspricht dies einer Erwerbstätigenquote von 70,3 %. Im Vergleich der EU-Staaten war die relative Erwerbstätigkeit in den Niederlanden mit einer Erwerbstätigenquote von 82,4 % am höchsten. Baden-Württemberg folgte an zweiter Stelle (79,4 %), während Deutschland in diesem Ranking auf Platz 5 (77,2 %) landete. In Griechenland (61,8 %) und Italien (61,5 %) war

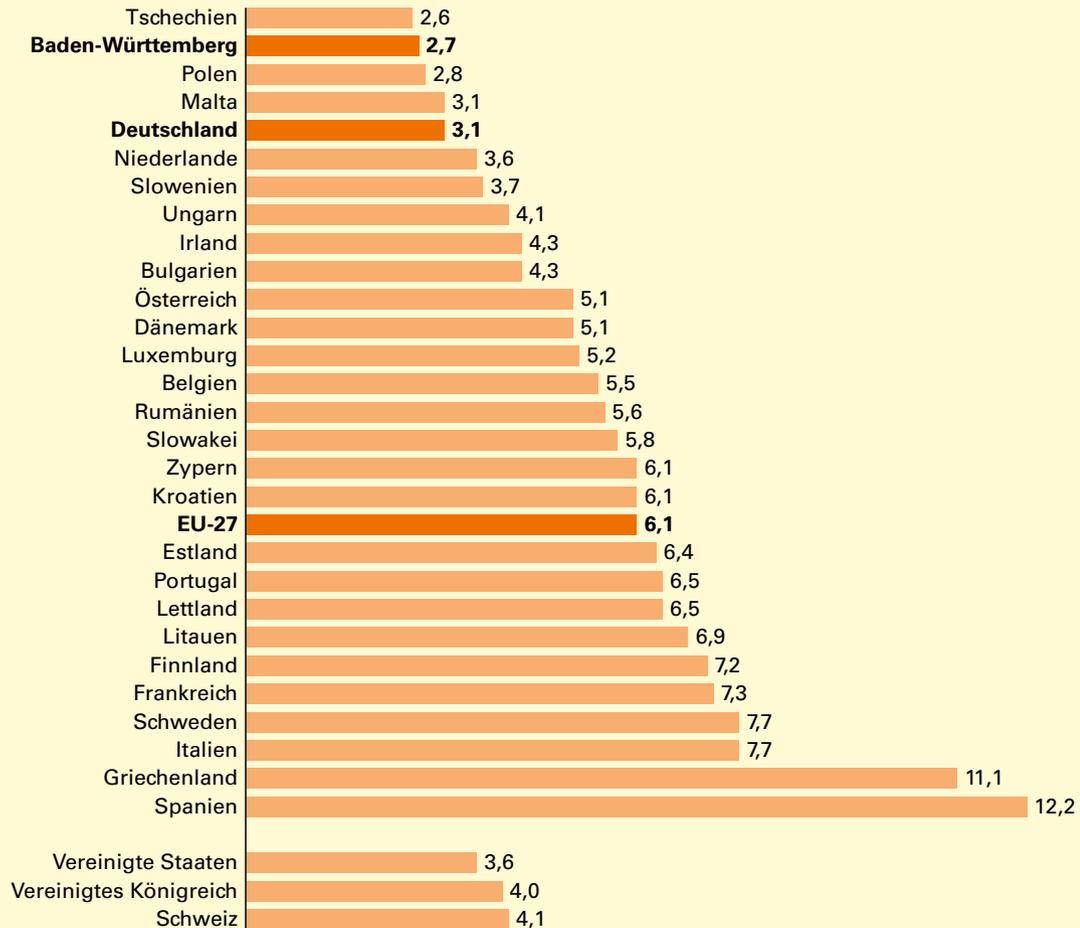
der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung am geringsten.

Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen standen die Niederlande wie auch bei der geschlechterübergreifenden Quote unter allen EU-Mitgliedstaaten auf dem Spitzenplatz. Dort lag der Anteil der berufstätigen Frauen an der weiblichen Gesamtbevölkerung im Jahr 2023 bei 78,9 %. Baden-Württemberg stand hier an vierter Stelle (75,3 %), Deutschland belegte Platz 7 (73,6 %).

Den Bundesländervergleich führte Bayern im Jahr 2023 mit einer Erwerbstätigenquote von 80,5 % an, gefolgt von Baden-Württemberg (79,4 %) und Sachsen (78,9 %). Die Schlusslichter bildeten die Stadtstaaten Berlin (74,0 %) und Bremen (71,8 %).

Erwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Daten: 2023.

Datenquellen: Eurostat, OECD (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich).

Baden-Württemberg in der EU sowie bundesweit mit zweitniedrigster Erwerbslosenquote

Obleich die EU-Politik seit Jahren darauf abzielt, ein sozial integratives Europa mit hochwertigen Jobs zu schaffen, was sich nicht zuletzt in abnehmenden Erwerbslosenquoten widerspiegelt, bleibt der Abbau der Arbeitslosigkeit weiterhin ein zentrales Vorhaben. Die hier zugrundeliegenden Erwerbslosenzahlen stammen aus der EU-Arbeitskräfteerhebung und unterscheiden sich methodisch von den Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit.

2023 gab es in Baden-Württemberg durchschnittlich 164.600 erwerbslose Personen im Alter von 15 bis unter 75 Jahren, 1.700 bzw. 1,0 % mehr als im Vorjahr. Die Erwerbslosenquote, das heißt der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt, verblieb jedoch bei 2,7 %. 10 Jahre zuvor lag die Erwerbslosenzahl im Südwesten noch bei 190.300 (+25.700 Personen). Auch die Erwerbslosenquote

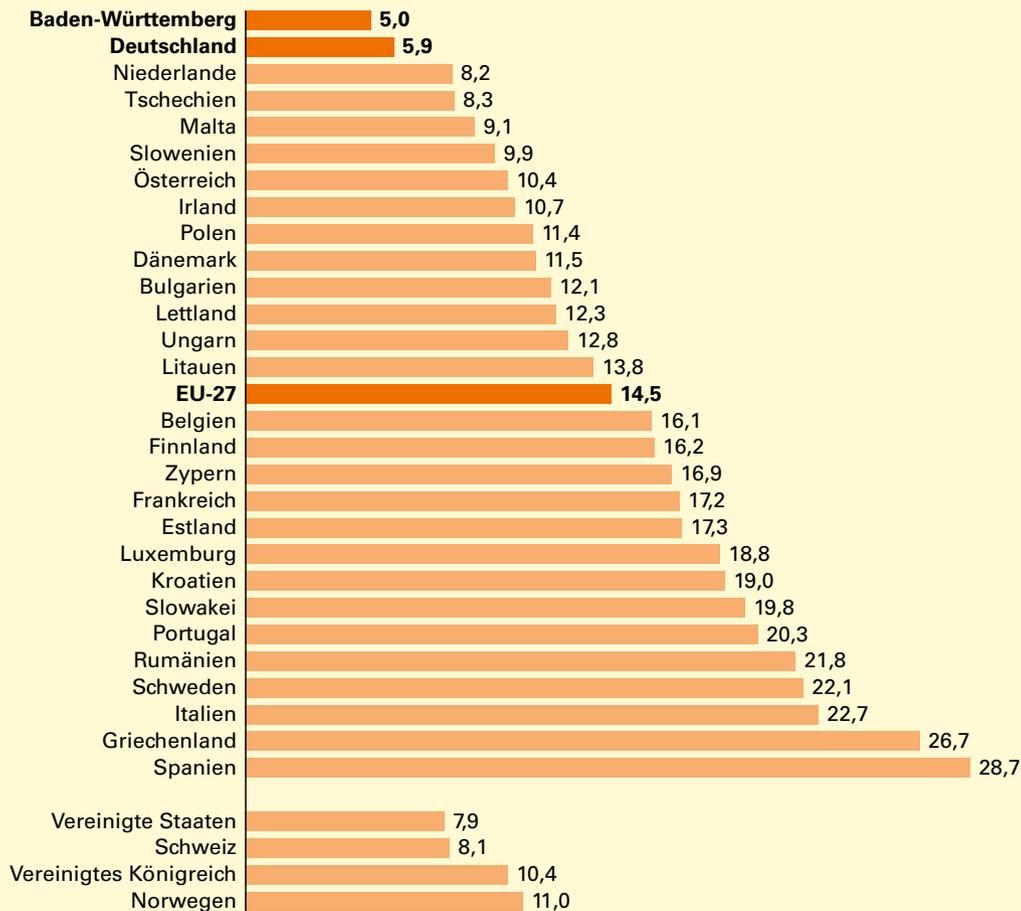
lag 2013 mit 3,4 % noch um 0,7 Prozentpunkte über dem Niveau von 2023.

Unter den 27 EU-Staaten hatte Tschechien 2023 mit 2,6 % noch vor Baden-Württemberg die niedrigste Quote inne, während Spanien mit 12,2 % am anderen Ende des Spektrums stand. EU-weit waren fast 13,2 Mio. Menschen ohne Arbeit, was einer Erwerbslosenquote von 6,1 % entsprach (Deutschland: 3,1 %). Seit 2013 hat sich die EU-Arbeitslosigkeit insgesamt um fast 11 Mio. Personen verringert. Die Quote ist derweil um 5,3 Prozentpunkte gesunken.

Auf Bundesebene verzeichnete der Südwesten ebenfalls die zweitniedrigste Erwerbslosenquote, hinter Bayern mit 2,2 %. Am höchsten war sie in den Stadtstaaten Bremen und Berlin (5,2 % bzw. 4,5 %) sowie in Mecklenburg-Vorpommern (4,3 %).

Jugenderwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren
an den Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in %



Daten: 2023.

Datenquellen: Eurostat, OECD (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich).

Günstige Perspektiven für Jugendliche auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt

2023 verzeichnete der Südwesten die niedrigste Jugenderwerbslosenquote verglichen mit den EU-Mitgliedstaaten. Insgesamt waren 2023 in Baden-Württemberg 33.600 junge Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren erwerbslos, was einer Quote von 5,0 % entspricht. Diese lag damit auch unter dem bundesweiten Durchschnitt von 5,9 %. In der Europäischen Union waren 2023 mehr als 2,8 Mio. junge Menschen erwerbslos, gut 2 % mehr als im Jahr zuvor. Die Jugenderwerbslosenquote ist 2023 in 14 Mitgliedstaaten gegenüber dem Vorjahr gestiegen, im Südwesten blieb sie dagegen nahezu unverändert (-0,1 Prozentpunkte). Im Durchschnitt aller EU-Länder lag die Quote mit 14,5 % fast dreimal so hoch wie hierzulande.

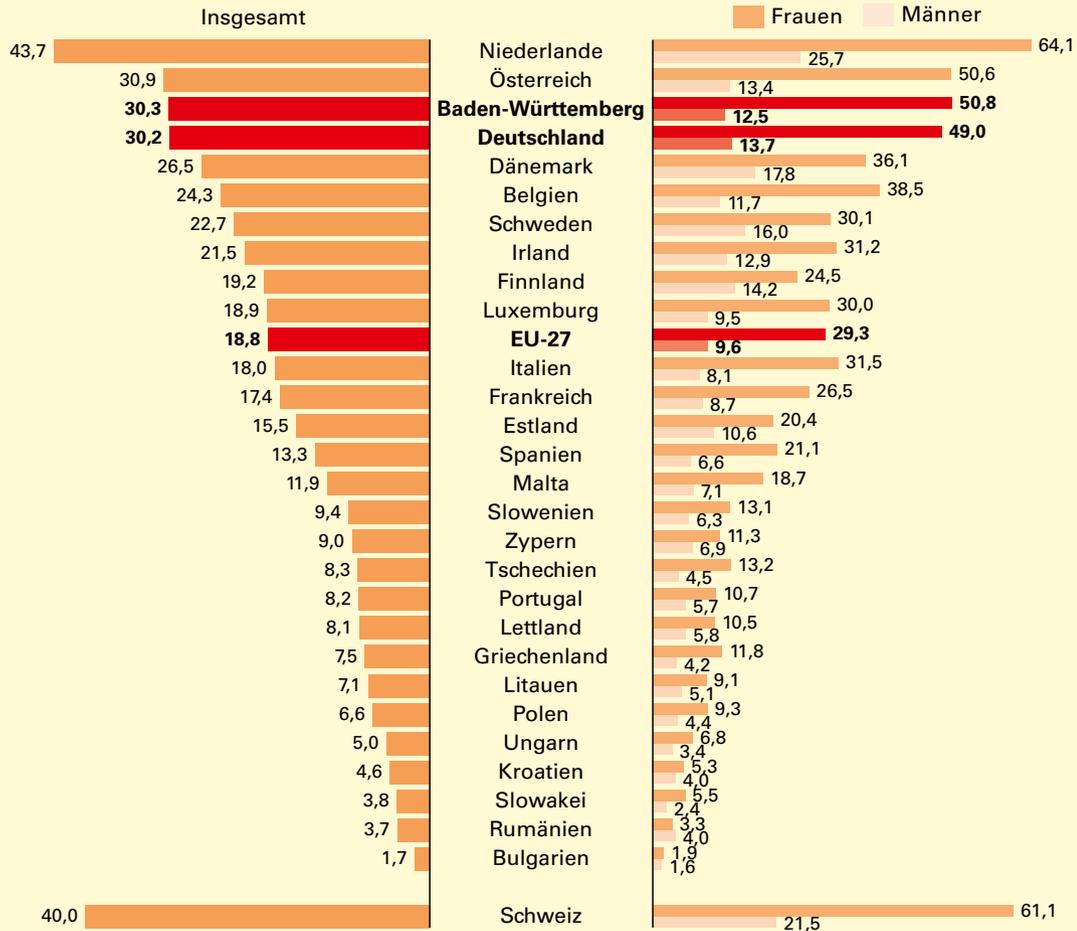
Die Jugenderwerbslosenquote war 2023 in allen Mitgliedstaaten deutlich höher als die Gesamterwerbs-

losenquote, im EU-Durchschnitt lag sie sogar um 8,5 Prozentpunkte darüber. Vor allem im südlichen Europa gestaltete sich der Berufseinstieg für junge Menschen besonders schwierig. Spanien verzeichnete mit 28,7 % die höchste Jugenderwerbslosenquote innerhalb der EU. In Griechenland (26,7 %), Italien (22,7 %) und Schweden (22,1 %) suchten 2023 ebenfalls viele junge Menschen erfolglos nach Arbeit. Auch in Rumänien, Portugal und der Slowakei suchte rund jeder fünfte junge Mensch vergebens einen Arbeitsplatz.

Junge Männer sind etwas häufiger erwerbslos als junge Frauen. So lag die Quote EU-weit um 0,9 Prozentpunkte über jener der Frauen. In insgesamt 19 Mitgliedstaaten waren die jungen Männer häufiger erwerbslos als die jungen Frauen.

Teilzeitquoten der Erwerbstätigen nach Geschlecht

Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeit an allen Erwerbstätigen im Alter von 15 Jahren und älter in %



Daten: 2023.

Datenquellen: Eurostat.

Ausgeprägte Teilzeitquote im Südwesten birgt Arbeitsmarktpotenzial

Von den 6,07 Mio. Erwerbstätigen im Südwesten, die 15 Jahre oder älter waren, sind 2023 rund 1,84 Mio. in Teilzeit beschäftigt gewesen. Die Teilzeitquote, das heißt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen, für die eine Angabe zur Arbeitszeit vorliegt, betrug geschlechterunabhängig 30,3 %. Von den weiblichen Erwerbstätigen in Baden-Württemberg hatte über die Hälfte eine Teilzeitstelle, bei den männlichen hingegen nur jeder Achte. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen gilt als eine der wichtigen Drehschrauben, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

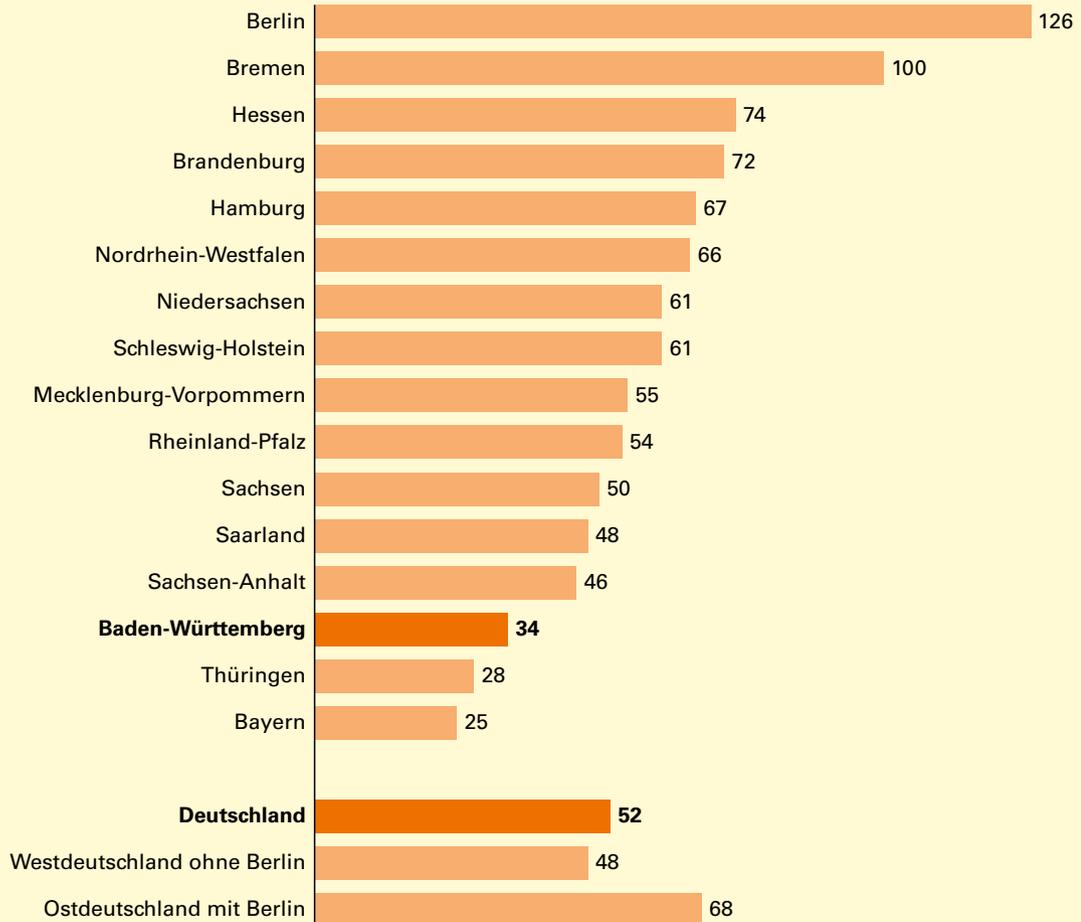
Im EU-Raum wird die Teilzeit ebenfalls von Frauen dominiert, wenn auch gemäßiger als hierzulande. Im EU-Durchschnitt arbeitete ungefähr jede dritte weibliche Erwerbstätige (29,3 %) im Jahr 2023 in Teilzeit, bei den männlichen nur annähernd jeder Zehnte. Zwischen

den einzelnen Mitgliedstaaten divergieren die Teilzeitquoten sehr stark. So arbeiteten in den Niederlanden 64,1 % der Frauen und 25,7 % der Männer in Teilzeit, was in der EU der mit Abstand höchsten Teilzeitquote insgesamt von 43,7 % entsprach. Auf Platz 2 landete Österreich mit 30,9 %, gefolgt von Baden-Württemberg mit 30,3 % (Deutschland: 30,2 %). Die geringsten Teilzeitanteile gab es in Bulgarien (1,7 %), Rumänien (3,7 %) und der Slowakei (3,8 %). Auf Bundesebene reichten die Teilzeitquoten 2023 insgesamt von 34,5 % in Bremen bis 23,7 % in Sachsen-Anhalt, allesamt über dem EU-Durchschnittswert von 18,8 %.

Lag die Spannweite der Teilzeitquoten bei den Frauen über alle Mitgliedstaaten hinweg bei 1,9 % bis 64,1 %, war die der Männer deutlich kleiner (1,6 % bis 25,7 %).

Bewerber-Stellen-Relation

Auf 100 unbesetzte Berufsausbildungsstellen kommen ... unversorgte Bewerberinnen und Bewerber



Daten: Oktober 2023 bis August 2024.
Datenquellen: Bundesagentur für Arbeit.

Auszubildende dringend gesucht

Der Arbeitskräftemangel betrifft auch den Ausbildungsmarkt. Während die Chancen für Suchende, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, günstiger stehen, kämpfen Unternehmen mit enormen Schwierigkeiten, die zur Verfügung stehenden Stellen zu besetzen.

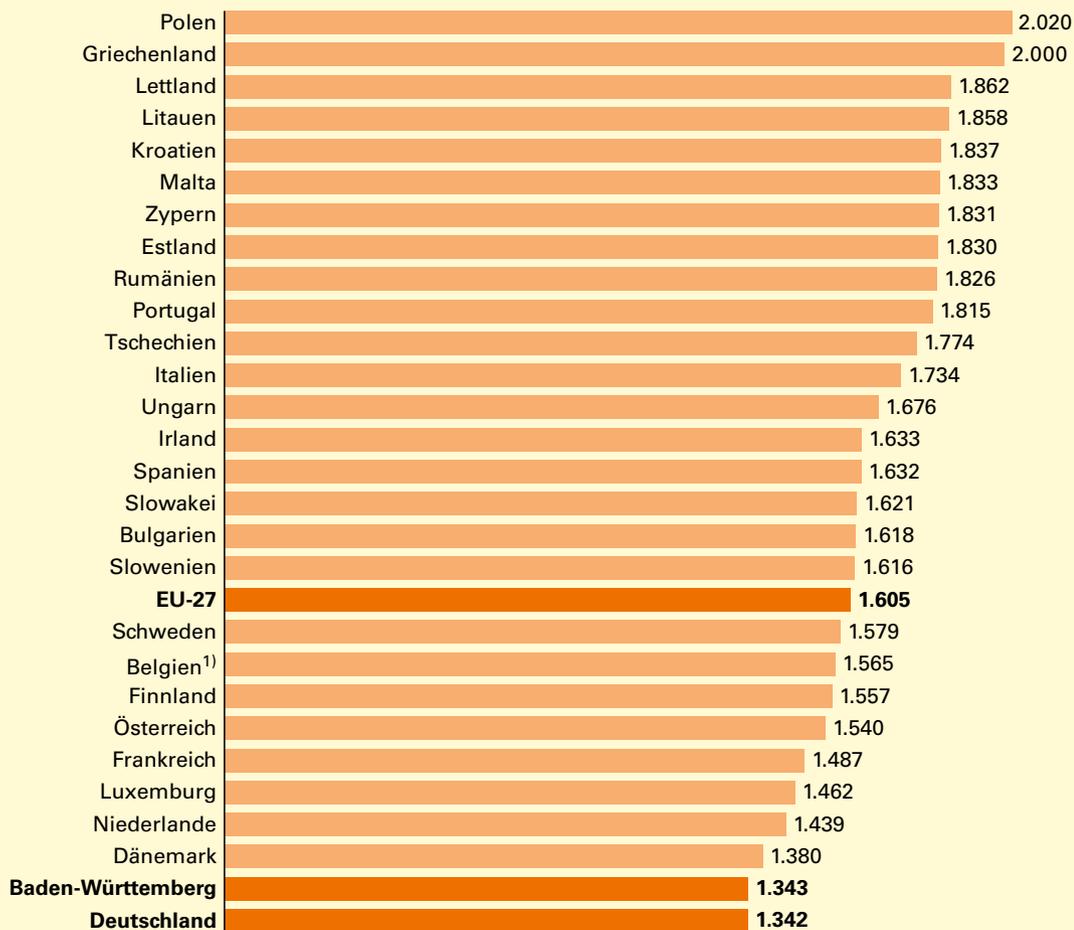
Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die für Herbst 2024 eine Ausbildung in Baden-Württemberg anstreben und sich dafür ab Oktober 2023 bis August dieses Jahres bei der Arbeitsagentur und dem Jobcenter gemeldet haben, ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2.041 bzw. 4,2 % gestiegen. Die Zahl der angebotenen Berufsausbildungsstellen ist dagegen um 2.121 bzw. 2,8 % leicht zurückgegangen. Im Südwesten standen den 26.215 unbesetzten Ausbildungsstellen nur 8.970

unversorgte Bewerbende gegenüber. Damit kamen hier auf 100 unbesetzte Berufsausbildungsstellen lediglich 34 unversorgte Ausbildungssuchende; gegenüber August 2023 stellte sich die Bewerber-Stellen-Relation (29) für die Betriebe nunmehr etwas günstiger dar.

Bundesweit lag die Angebots-Nachfrage-Relation bei 52 Bewerbenden je 100 unbesetzte Stellen. Mit Ausnahme von Berlin, wo auf 100 unbesetzte Berufsausbildungsstellen 126 unversorgte Bewerbende trafen, waren in allen Bundesländern deutlich mehr unbesetzte betriebliche Ausbildungsstellen als Bewerberinnen und Bewerber gemeldet. In Bayern war die Situation mit 25 Bewerbenden auf 100 Stellen aus Unternehmenssicht am problematischsten.

Arbeitsvolumen

Arbeitsstunden je Erwerbstätigen



Daten: 2023. – 1) 2022.

Datenquellen: Bundesagentur für Arbeit.

Pro-Kopf-Arbeitszeit im Südwesten um 16 % unter EU-Durchschnitt

Das durchschnittliche Arbeitspensum je Erwerbstätigen betrug im Jahr 2023 in Baden-Württemberg 1.343 Stunden und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %. Aufgrund der Lage der Feiertage gab es im Südwesten 2023 aber auch 2 Arbeitstage weniger als im Vorjahr.

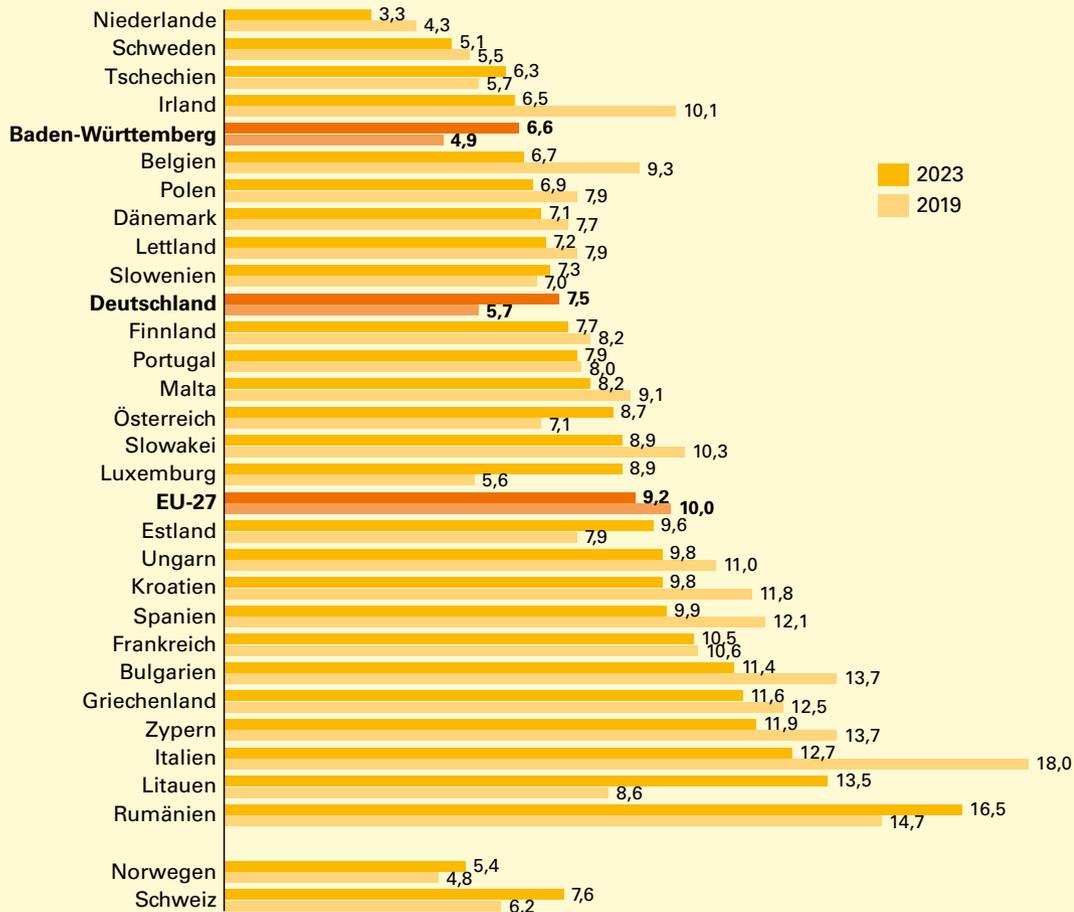
Im EU-Durchschnitt arbeitete eine erwerbstätige Person rund 1.605 Stunden pro Jahr, 262 Stunden bzw. 16,3 % mehr als im Südwesten. Das Niveau der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen fällt in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten recht unterschiedlich aus. Mit 1.342 Stunden war die durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen in Deutschland am kürzesten, gefolgt von Dänemark (1.342), Niederlande (1.439) und Luxemburg (1.462). In Polen lag die Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 2.020 Stunden pro Jahr dagegen um 415 Stunden bzw. 25,8 % über dem EU-Durchschnitt.

Die Gründe, warum die Arbeitszeiten in den einzelnen Mitgliedstaaten so stark divergieren, sind sehr vielschichtig und weniger auf den Fleiß der Erwerbstätigen zurückzuführen. So ist insbesondere die Branchenstruktur in den einzelnen Ländern ein maßgeblicher Faktor, da zum Beispiel im Dienstleistungssektor vor allem Frauen vergleichsweise häufiger in Teilzeit arbeiten. Zudem tragen tarifliche Vereinbarungen sowie die Zahl an Urlaubs- und Feiertagen zu Niveauunterschieden bei den Arbeitsstunden bei.

Für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist nicht alleine die Anzahl der Arbeitsstunden entscheidend, sondern vor allem wie produktiv die Erwerbstätigen während ihrer Arbeitszeit sind. Trotz geringerem Pro-Kopf-Arbeitsvolumen liegt der Südwesten bei der Wirtschaftskraft, dem BIP pro Kopf, im EU-Vergleich auf einem der oberen Ränge.

Junge Erwachsene*), die weder in Aus- oder Weiterbildung noch erwerbstätig sind

Anteil an der altersgleichen Bevölkerung in %



*) im Alter von 18 bis unter 25 Jahren.

Datenquellen: Eurostat.

NEET-Rate: Südwesten bietet günstige Chancen für den Start ins Berufsleben

Das Akronym NEET steht für „Neither in Education nor Employment or Training“ und bezeichnet junge Menschen, die weder arbeiten noch zur Schule gehen oder studieren.

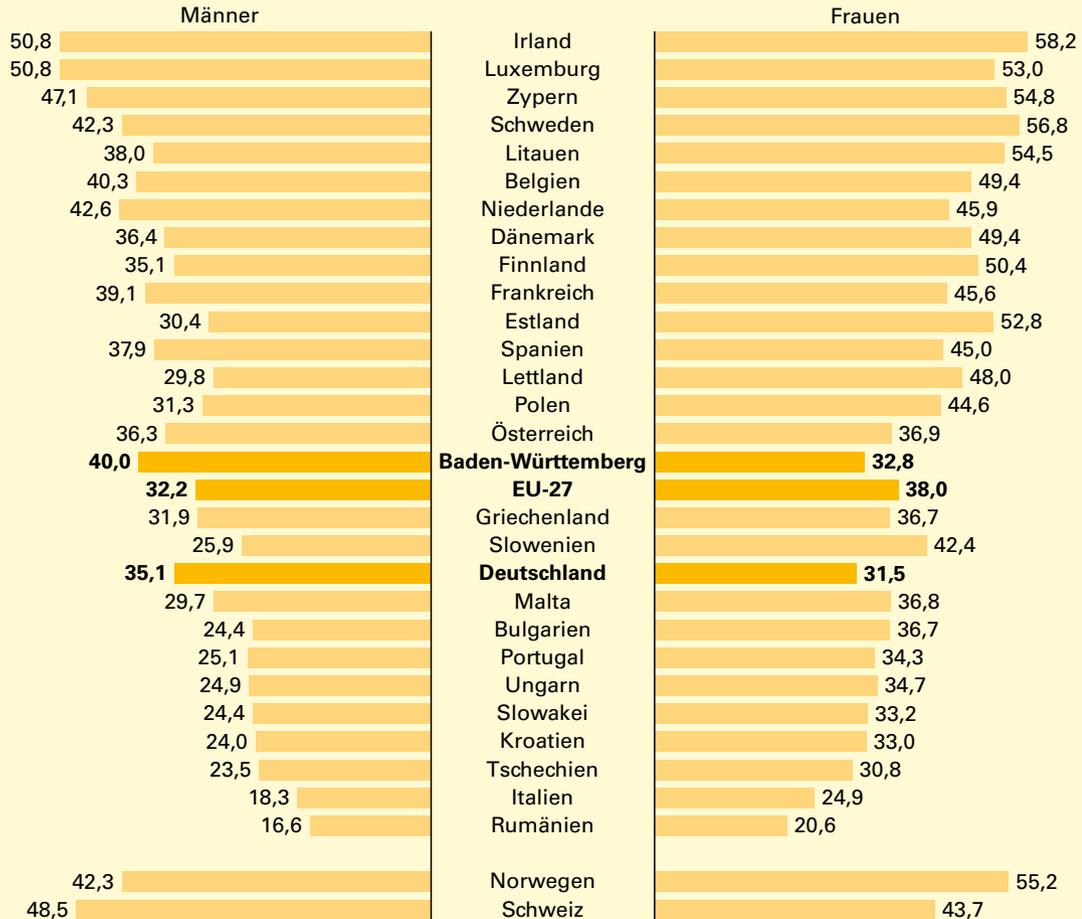
Mit 6,6 % lag die NEET-Rate in Baden-Württemberg bei den 18- bis unter 25-Jährigen im Jahr 2023 um 0,9 Prozentpunkte unter dem bundesweiten Durchschnitt von 7,5 % und auch 2,6 Prozentpunkte niedriger als der EU-Durchschnitt mit 9,2 %. Im Vergleich mit den EU-Mitgliedstaaten belegte der Südwesten damit den fünften Platz. Mit 3,3 % waren die Chancen für einen guten Einstieg ins Erwerbsleben in den Niederlanden am besten, gefolgt von Schweden (5,1 %), Tschechien (6,3 %) und Irland (6,5 %). Mit 16,5 % waren die Aussichten innerhalb der EU in Rumänien am schlechtesten. Auch in Litauen (13,5 %) und in Italien (12,7 %) war die Situation der jungen Menschen schwierig.

Pandemiebedingt waren die NEET-Anteile 2020 in fast allen Mitgliedstaaten angestiegen. 2023 hatten 19 EU-Staaten das Vor-Corona-Niveau bereits wieder erreicht. In Deutschland lag die NEET-Rate noch 1,8 Prozentpunkte über dem Niveau von 2019. In sieben weiteren Mitgliedstaaten und auch in Baden-Württemberg fiel die Rate nach wie vor höher aus.

Im EU-Durchschnitt lag die NEET-Rate der jungen Frauen um 0,3 Prozentpunkte unter jener der jungen Männer. Mit einer NEET-Rate von 3,5 % waren die Perspektiven für junge Frauen in den Niederlanden am günstigsten, gefolgt von Schweden (5,1 %) und Belgien (5,7 %). Bundesweit lag die NEET-Rate der Frauen um 0,5 Prozentpunkte über jener der jungen Männer, in Baden-Württemberg war die Differenz mit 1,2 Prozentpunkten noch größer.

Hochqualifizierte

Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit einem Hochschulabschluss in %



Daten: 2023.
Datenquelle: Eurostat.

Frauen in der EU mit höherer Akademikerquote als ihre männlichen Kollegen

Ein hoher Bildungsgrad in der Bevölkerung gilt als Schlüsselfaktor für Fortschritt, Innovation und schließlich wirtschaftliches Wachstum. Angesichts zunehmender Globalisierung und Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt gilt es, den weiterhin steigenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften in der Gesellschaft zu decken.

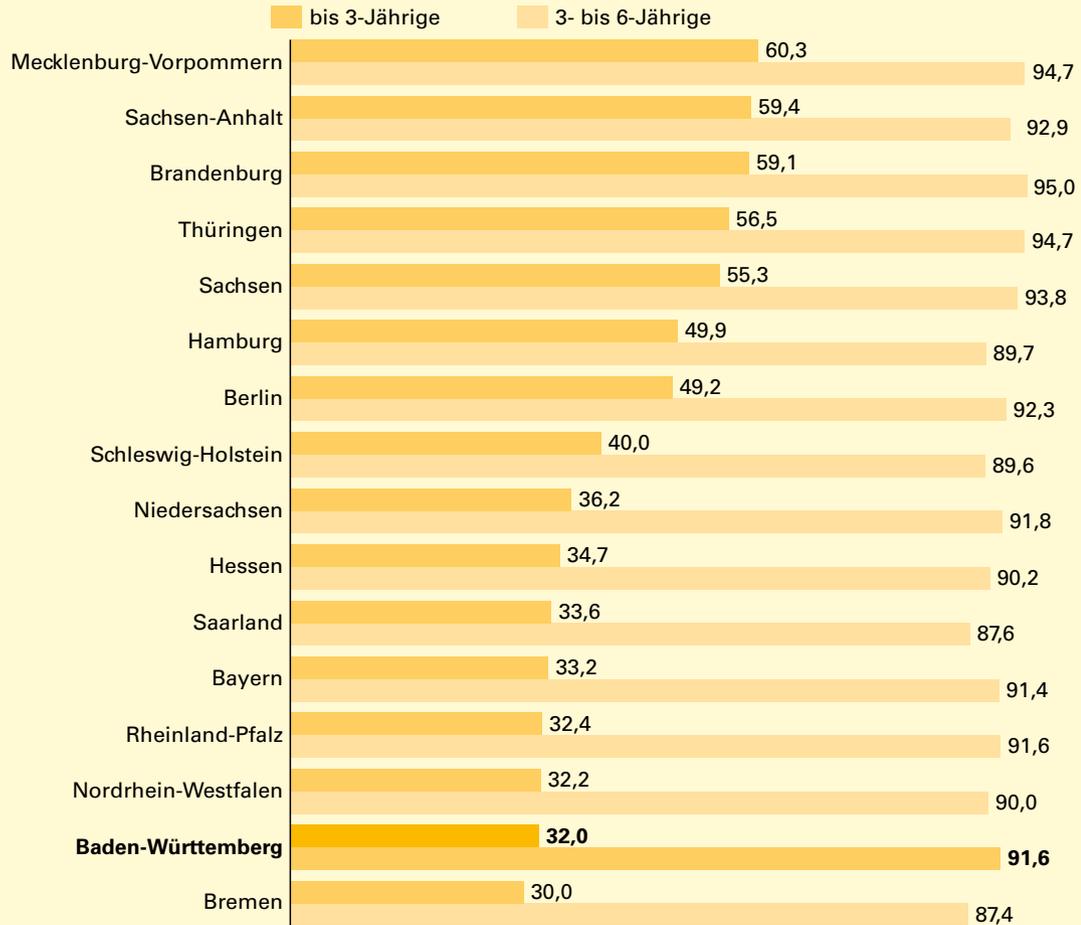
Der Anteil der Menschen mit tertiärem Bildungsabschluss ist in allen EU-Mitgliedstaaten gestiegen. Im Jahr 2023 besaßen 236,3 Mio. Menschen bzw. 35,1 % der EU-Bevölkerung einen akademischen Abschluss. 2013 betrug dieser Anteil nur 27,1 %. Baden-Württemberg war 2023 mit einer Quote von 36,5 % leicht über dem EU-Schnitt anzusiedeln. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die nicht als hochqualifiziert geltende berufliche (duale) Ausbildung in Deutschland eine wichtigere Rolle spielt als in vielen anderen EU-Staaten.

Den EU-weit höchsten Anteil an Hochqualifizierten erreichte Irland mit 54,5 %. In Luxemburg und Zypern lagen die Anteile ebenfalls über 50 %. Prozentual am wenigsten Hochqualifizierte gab es in Rumänien und in Italien (18,6 % bzw. 21,6 %).

Im Durchschnitt der EU lag der Anteil der hochqualifizierten Frauen 2023 um 5,8 Prozentpunkte über dem der männlichen Bevölkerung. Dabei war in Österreich der Vorsprung der Frauen bei der Akademikerquote gegenüber den männlichen Kollegen EU-weit am geringsten (+0,6 Prozentpunkte). Demgegenüber übertraf einzig in Deutschland die Quote der hochqualifizierten Männer die der Frauen um 3,6 Prozentpunkte und in Baden-Württemberg sogar um 7,2 Prozentpunkte. Und auch in der Schweiz lag der Anteil der Männer um 4,8 Prozentpunkte über dem der Frauen.

Betreuungsquote

Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern derselben Altersgruppe in %



Daten: 2024.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Niedrige Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder im Südwesten

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) beinhaltet im Kinder- und Jugendhilfegesetz die rechtliche Grundlage für die Bereitstellung von Angeboten zur Kinderbetreuung und Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen. Demnach haben alle 1- bis 3-jährigen Kinder einen uneingeschränkten Anspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung und ab dem vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schulalter auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung.

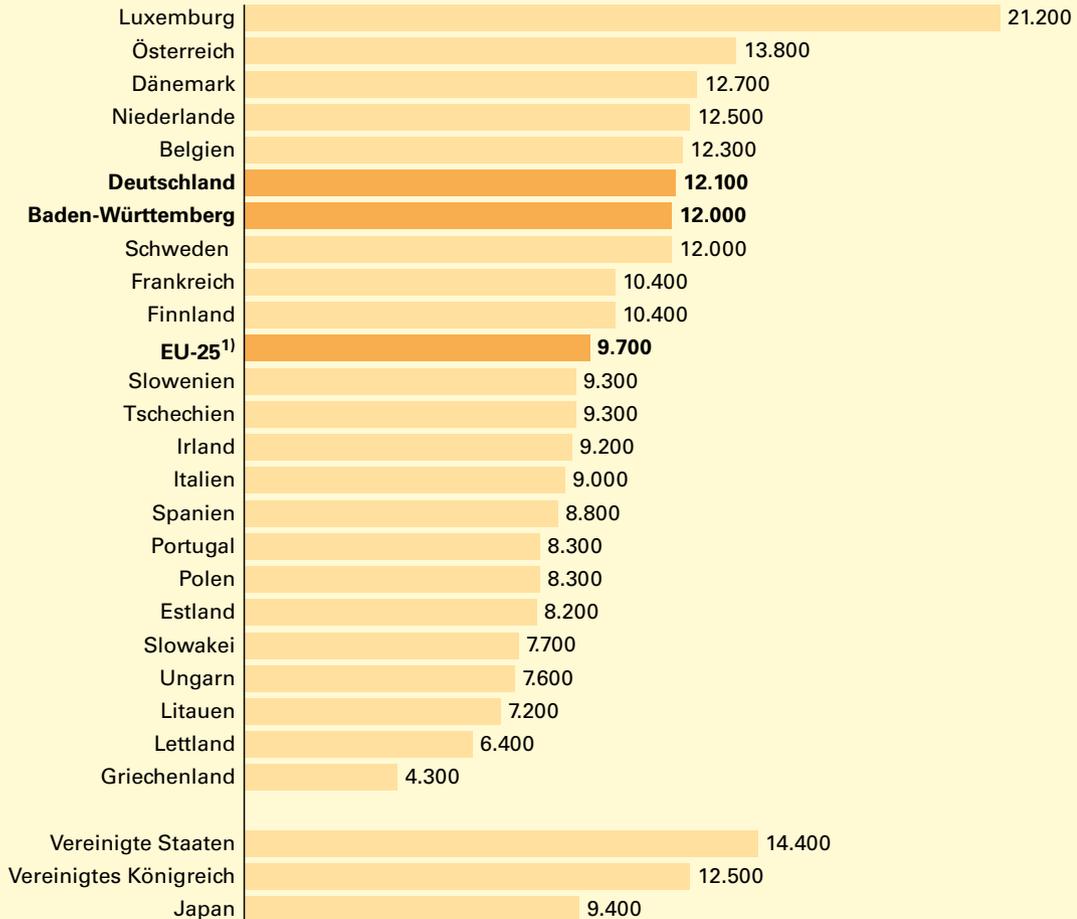
Zum Stichtag 1. März 2024 wurden in Deutschland insgesamt 3,9 Mio. Kinder in rund 61.000 Kindertageseinrichtungen betreut. Die Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren liegt bei 37,4 % und für Kinder von 3 bis unter 6 Jahren bei 91,3 %. Seitdem im Jahr 2013 der Rechtsanspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz für jedes Kind ab Vollendung

des 1. Lebensjahres in Kraft trat, stieg diese Quote bundesweit bei den unter 3-jährigen Kindern um 8,1 Prozentpunkte an. Bei den 3- bis unter 6-jährigen Kindern sank dagegen die Betreuungsquote seit 2013 um 2,3 Prozentpunkte.

In Baden-Württemberg wurden zum 1. März 2024 insgesamt rund 23.000 Kinder in etwa 10.000 Kindertageseinrichtungen betreut, davon in 4.406 Einrichtungen öffentlicher Trägerschaft. Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen liegt somit im Südwesten bei 32,0 %, im Vergleich der Bundesländer der vorletzte Platz, und die der 3- bis unter 6-Jährigen bei 91,6 %, Platz 8 unter den Ländern. Insgesamt zeigt sich bei der Betreuungsquote der Kinder unter 3 Jahren eine Spannweite über 30 Prozentpunkte von 60,3 % in Mecklenburg-Vorpommern bis 30,0 % in Bremen.

Öffentliche Bildungsausgaben

Ausgaben pro Bildungsteilnehmenden in EUR



Daten: 2021. – 1) Ohne Malta und Zypern.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

In Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohe öffentliche Bildungsausgaben

Mit der Agenda 2030 aus dem Jahr 2015 beschlossen die Vereinten Nationen 17 langfristige Ziele für nachhaltige Entwicklung (engl. Sustainable Development Goals – SDG). Ziel 4 fordert die Gewährleistung inklusiver, gleichberechtigter und hochwertiger Bildung sowie die Förderung von Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle.

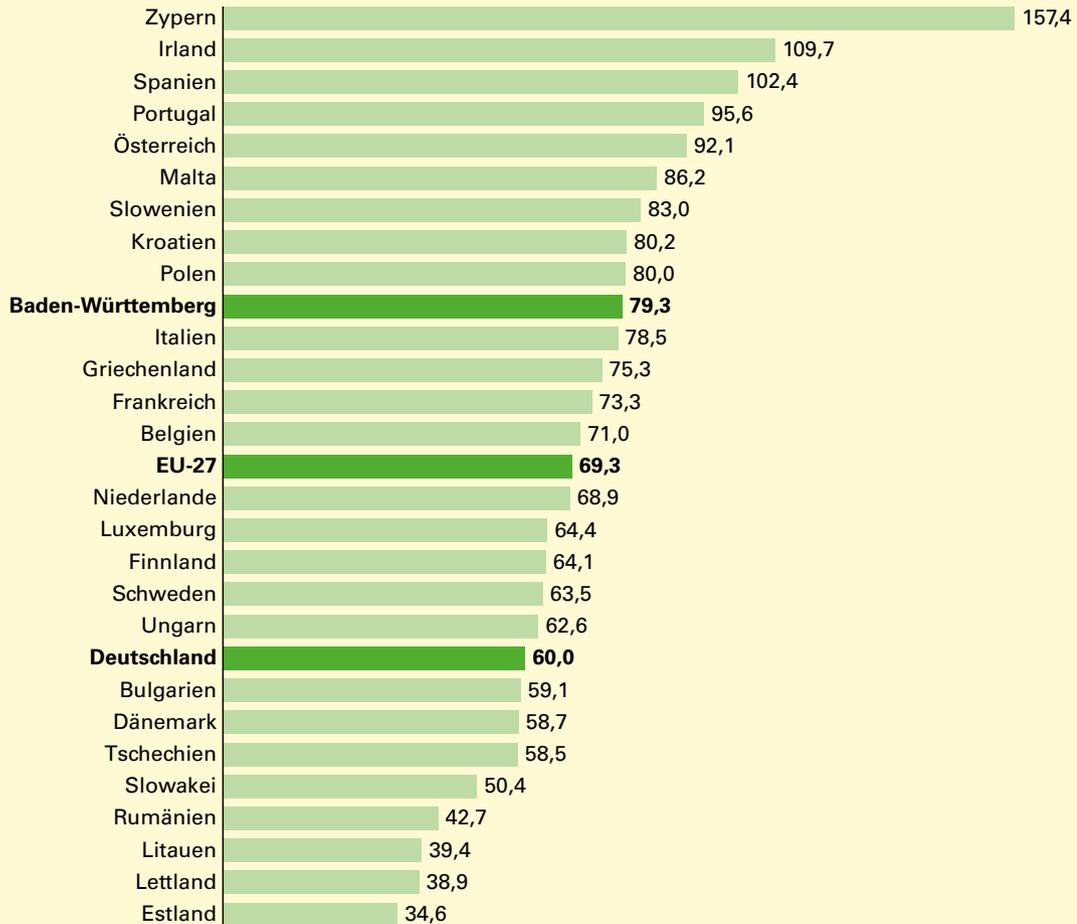
Die öffentlichen Ausgaben für Bildung sind einer von vielen Faktoren, die dabei eine Rolle spielen. In der Europäischen Union wurden im Jahr 2021 pro Bildungsteilnehmenden durchschnittlich 9.700 Euro ausgegeben, das waren 800 Euro bzw. 9,0 % mehr als im Vorjahr. Die höchsten Ausgaben waren in Luxemburg mit 21.200 Euro zu beobachten. Baden-Württemberg landete mit 12.000 Euro im oberen Drittel des internationalen Ländervergleichs, knapp hinter Deutschland. Die

Bundesrepublik gab im Schnitt mit 12.100 Euro noch etwas mehr aus. Griechenland bildete hier das Schlusslicht mit 4.300 Euro. Außerhalb der EU betragen die öffentlichen Ausgaben für Bildung in den USA 14.400 Euro pro Bildungsteilnehmenden, womit diese sich im Vergleich mit den EU-Ländern zwischen Luxemburg und Österreich einreihen, und in Japan 9.400 Euro.

Im Bundesländervergleich 2021 führten die Stadtstaaten Berlin mit 14.100 Euro und Hamburg mit 13.800 Euro pro Bildungsteilnehmenden das Ranking an. Baden-Württemberg landete hier auf dem sechsten Platz. Am wenigsten wurde in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen (jeweils 11.100 Euro) pro Bildungsteilnehmenden ausgegeben.

Treibhausgasemissionen

1990=100



Daten: 2022.

Datenquellen: European Environment Agency (EEA), Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder.

Klimabilanz 2022: Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg etwa auf Vorjahresniveau

Im Gegensatz zu den Jahren 2020 und 2021 war der Treibhausgas-Ausstoß in der EU-27 im Jahr 2022 nur noch wenig von der Covid-19-Pandemie beeinflusst. Die Emissionsentwicklung war 2022 dagegen maßgeblich durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundenen Verwerfungen auf den Energiemärkten geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr 2021 sanken die Treibhausgasemissionen der EU um knapp 2,5 %. Bundesweit nahmen die Emissionen um 1,3 % ab. In Baden-Württemberg bewegten sich die Treibhausgasemissionen mit einem leichten Minus von 0,2 % etwa auf Vorjahresniveau.

Langfristig betrachtet sanken die Emissionen in Baden-Württemberg gegenüber dem Referenzjahr 1990 um 20,7 %. Deutschland, das Land mit dem höchsten Anteil (22 %) an den gesamten Treibhausgasemissionen

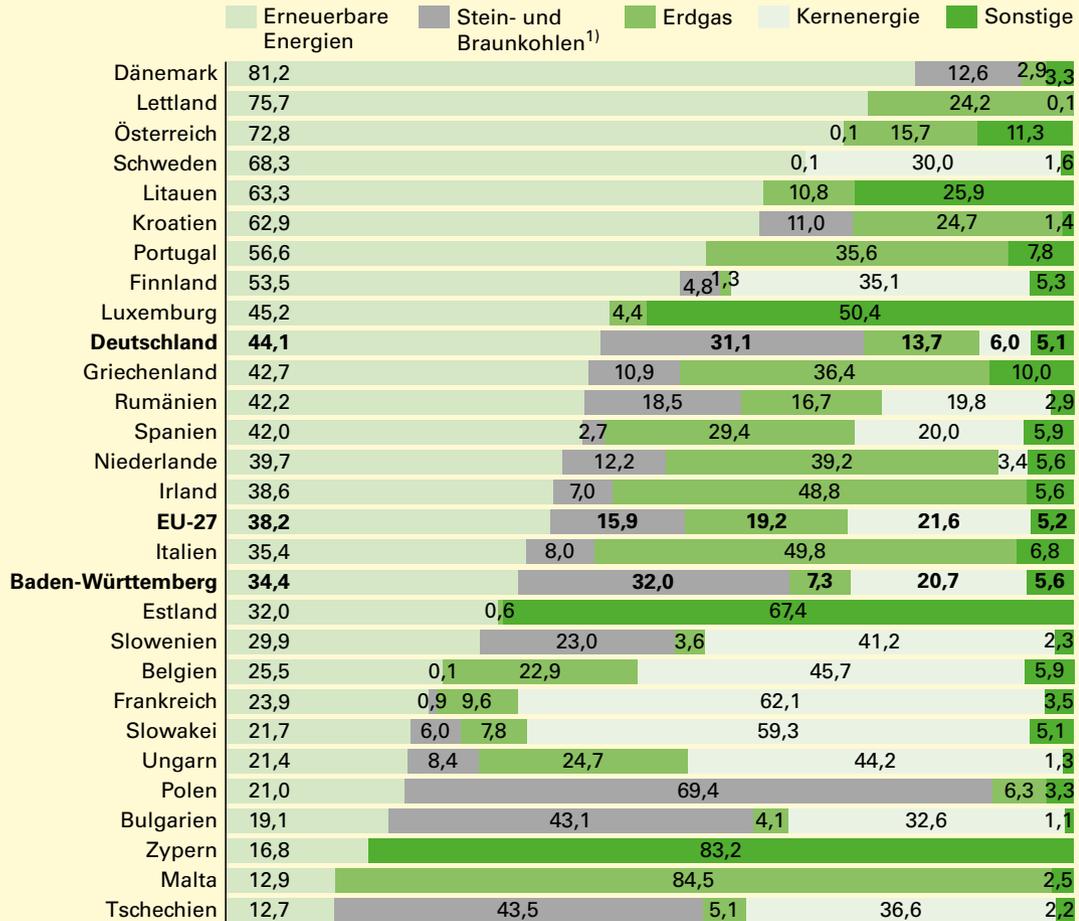
in der EU-27, verringerte seinen Emissionsausstoß im Vergleich zu 1990 bereits um 40 %. EU-weit konnten langfristig 30,7 % der Emissionen reduziert werden.

Den stärksten Rückgang ihrer Emissionen, seit 1990 um mehr als die Hälfte, wiesen Litauen, Lettland, Rumänien und Estland auf. Dagegen lagen die Emissionen in Zypern, Irland und Spanien, noch deutlich über dem Referenzjahr 1990.

Bezieht man die Emissionen auf die jeweilige Bevölkerung, verursacht Luxemburg mit 12,7 t die höchsten Pro-Kopf-Werte, gefolgt von Irland mit 11,8 t. Den niedrigsten Pro-Kopf-Wert erreichten Malta und Schweden mit 4,3 t. Baden-Württemberg liegt mit 6,4 t im unteren Mittelfeld und deutlich unter dem Wert des Bundes von 9 t.

Bruttostromerzeugung nach Energieträgern

Anteil in %



Daten: 2022. – 1) Baden-Württemberg: nur Steinkohle.

Datenquellen: Eurostat, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., eigene Berechnungen.

Erneuerbare Energien wichtigste Energieträger bei der Stromerzeugung in der EU

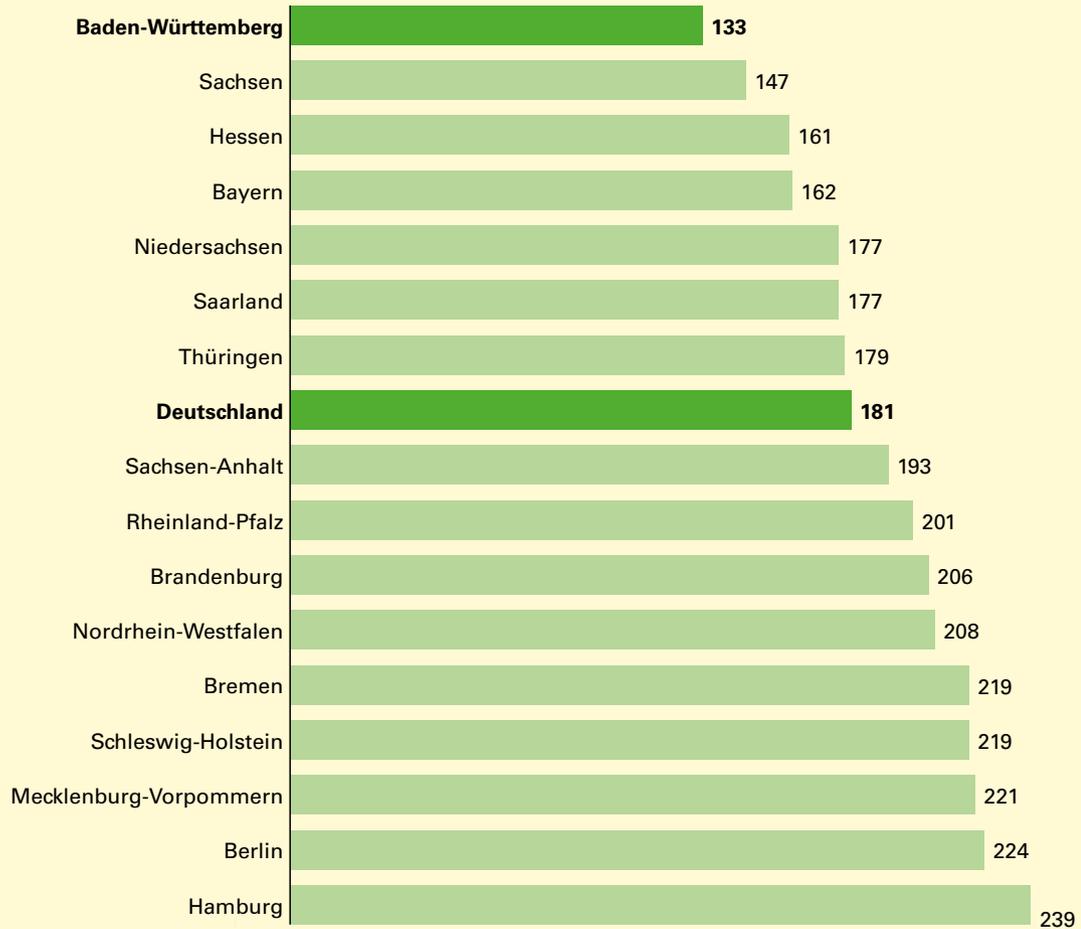
In der EU-27 wurden 2022 insgesamt 2.824 Terawattstunden Strom erzeugt. Am meisten Strom stammte dabei aus erneuerbaren Energien (38 %). Innerhalb der EU bestehen beträchtliche Unterschiede bei der Zusammensetzung der zur Stromerzeugung eingesetzten Energieträger. In den letzten Jahren ist der Beitrag erneuerbarer Energien in allen 27 Mitgliedstaaten gestiegen. In 13 EU-Staaten waren erneuerbare Energien 2022 wichtigste Energieträger im jeweiligen Strommix. Den höchsten Anteil hatten sie in Dänemark (81 %), Lettland (76 %), Österreich (73 %) und Schweden (68 %). Deutschland kam im EU-Vergleich mit 44 % auf Rang 10. Mit einem Anteil von jeweils unter 20 % bildeten Tschechien, Malta, Zypern und Bulgarien die Schlusslichter.

An zweiter Position im europäischen Strommix stand mit 22 % die Kernenergie. Insgesamt 13 der 27

EU-Staaten betrieben 2022 Kernkraftwerke. Nahezu die Hälfte des 2022 in der EU erzeugten Atomstroms kam aus Frankreich (48 %). Hier lag der Kernenergieanteil an der Bruttostromerzeugung bei 62 %, in Deutschland waren es 6 %, in Baden-Württemberg 21 %. Hinter Kernenergie folgte Erdgas an dritter Stelle im EU-Strommix (19 %). Mit Abstand am höchsten war der Erdgasanteil an der Stromerzeugung in Malta (85 %), gefolgt von Italien (50 %) und Irland (49 %). Deutschland rangierte mit knapp 14 % im Mittelfeld. In Polen (69 %), Tschechien und Bulgarien (je 43 %) war hingegen Kohle der wichtigste Energieträger bei der Stromerzeugung. Deutschland folgte mit einem Anteil von rund 31 % auf Rang 4 im Vergleich der EU-Staaten. Europaweit lag der Kohleanteil bei 16 %.

Aufkommen an Haus- und Sperrmüll

in kg pro Einwohner/-in



Daten: 2022.

Datenquelle: Erhebung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung.

Haus- und Sperrmüll auf historischem Tiefstand

Im Jahr 2022 sind in Baden-Württemberg 4,71 Mio. t Haushaltsabfall eingesammelt worden. Das entspricht rechnerisch 418 Kilogramm (kg) pro Einwohnerin und Einwohner. Knapp ein Drittel des baden-württembergischen Aufkommens (32 %), nämlich 1,50 Mio. t, bestand aus Haus- und Sperrmüll. Das entspricht einer Pro-Kopf-Menge von 133 kg und war der niedrigste Wert im Ländervergleich.

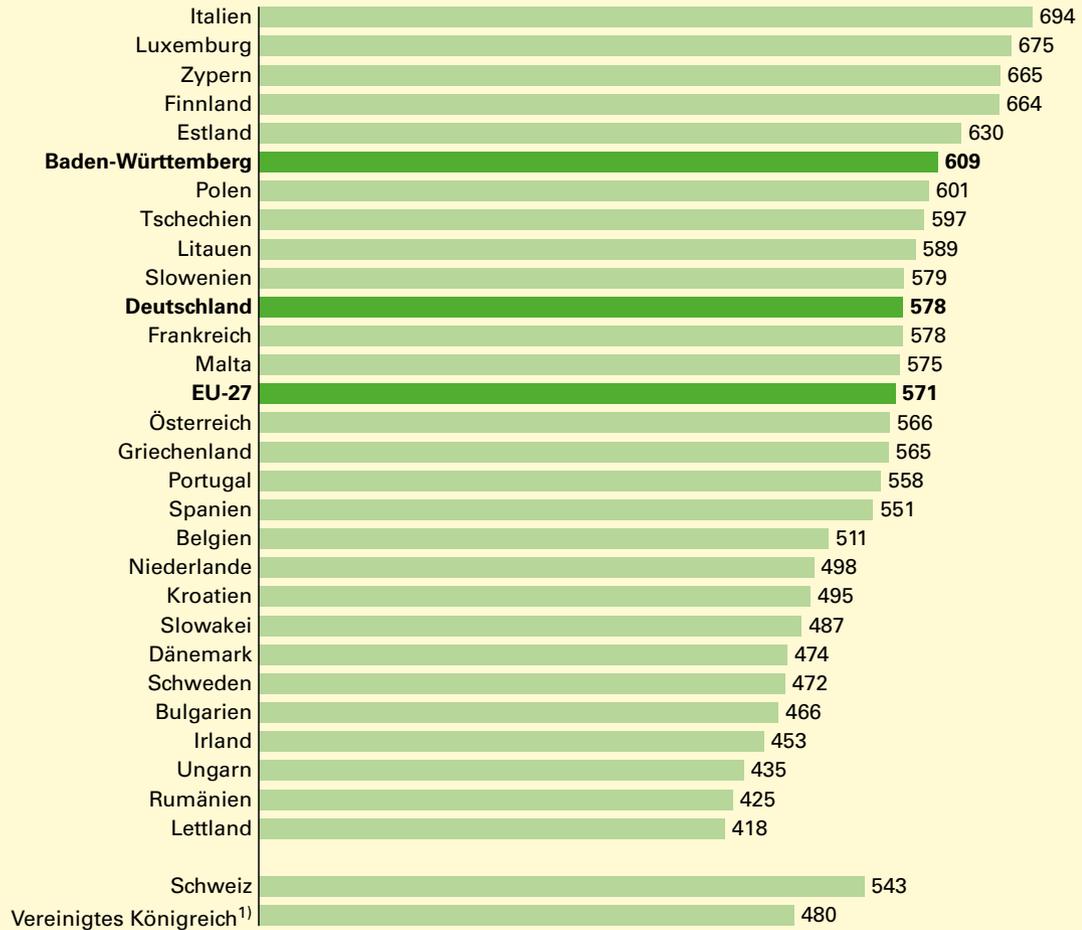
Unter den Ländern zeigen sich große Unterschiede bei der eingesammelten Menge an Haus- und Sperrmüll. Die höchste Menge an Haus- und Sperrmüll pro Person wurde mit 239 kg im Bundesland Hamburg eingesammelt; gefolgt von Berlin (224 kg) und Mecklenburg-Vorpommern (221 kg). Die Mengenunterschiede dürften vor allem auf die

regional unterschiedlichen Organisationsformen der öffentlichen Abfallentsorgung zurückzuführen sein. Je mehr Angebote zur Mülltrennung vor Ort vorhanden sind und je mehr die Bevölkerung diese wahrnimmt, umso weniger Abfälle werden über die Restmülltonne entsorgt.

Das baden-württembergische Aufkommen an Haus- und Sperrmüll war im Jahr 2022 auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn der Statistik im Jahr 2004 (damals: 1,61 Mio. t). Und dies, obwohl die Bevölkerung im selben Zeitraum um mehr als eine halbe Million Einwohnerinnen und Einwohner zugenommen hat. Die höchste Menge an Haus- und Sperrmüll war im Coronajahr 2020 zu verzeichnen. Damals waren es insgesamt 1,62 Mio. t, entsprechend 146 kg pro Kopf.

Pkw-Dichte

Anzahl der Pkw je 1.000 Einwohner/-innen



Daten: 2023. – 1) 2022.

Datenquellen: Eurostat, Kraftfahrtbundesamt (KBA), Arbeitskreis Nachhaltige Entwicklung.

Hohe Pkw-Dichte in Baden-Württemberg

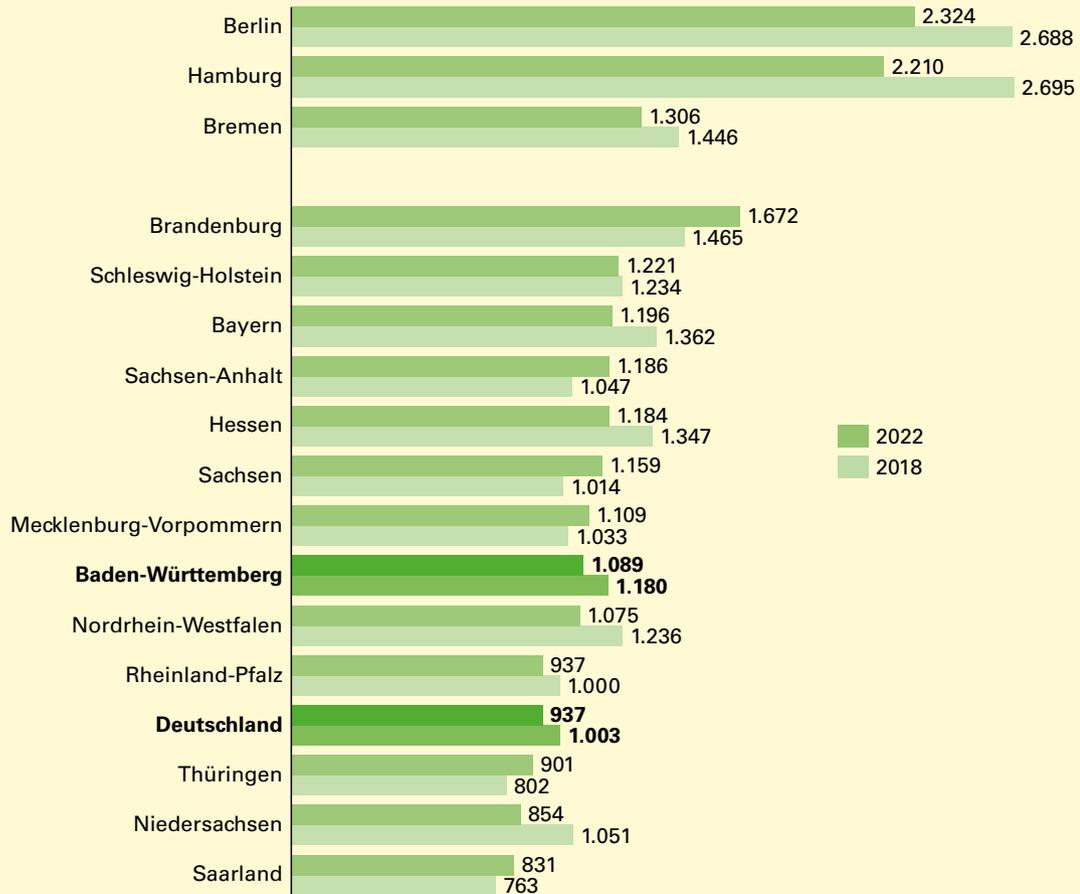
Der Bestand an Personenkraftwagen (Pkw) in Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Im Jahr 2023 waren hierzulande rund 6,9 Mio. Pkw zugelassen. Der Motorisierungsgrad, das heißt die Zahl der zugelassenen Pkw je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, lag damit bei rund 609. Deutschlandweit waren 2023 knapp 49 Mio. Pkw zugelassen. Auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen damit 578 Autos. Die höchste Pkw-Dichte unter den Flächenländern wies das Saarland aus. Dort waren rund 655 Pkw je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner registriert. Auch in Rheinland-Pfalz (628) und in Bayern (620) gab es verhältnismäßig viele Pkw. Unter den Flächenländern ist Sachsen das Land mit dem niedrigsten Wert (534). Die Stadtstaaten hingegen verzeichneten im Vergleich eine sehr niedrige Pkw-Dichte. So zählten Bremen und Hamburg 437 bzw. 430 Pkw

je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Berlin sogar nur 331.

Im EU-Durchschnitt lag der Motorisierungsgrad bei 566 Pkw je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner, allerdings fiel dieser in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union höchst unterschiedlich aus. Die meisten Autos im Verhältnis zur Einwohnerzahl hatte Italien. 2023 waren dort je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 694 Autos im Verkehr. Den zweiten und dritten Platz unter den Mitgliedstaaten belegten Luxemburg (675) und Zypern (665). Baden-Württemberg würde sich mit der Verhältniszahl von 609 im EU-Ranking zwischen Estland (630) und Polen (601) auf dem sechsten Platz einreihen, Deutschland (578) landete auf Platz 10. Den EU-weit geringsten Motorisierungsgrad gab es in Rumänien und Lettland mit 425 bzw. 418 Pkw je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Beförderungsleistung im Liniennahverkehr mit Bussen und Bahnen*)

Personenkilometer (Pkm) je Einwohner/-in und Jahr



*) Große Unternehmen, die zum Zeitpunkt der letzten Totalerhebung mindestens 250.000 Fahrgäste transportiert haben.

Datenquellen: Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung.

Deutlich mehr Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr

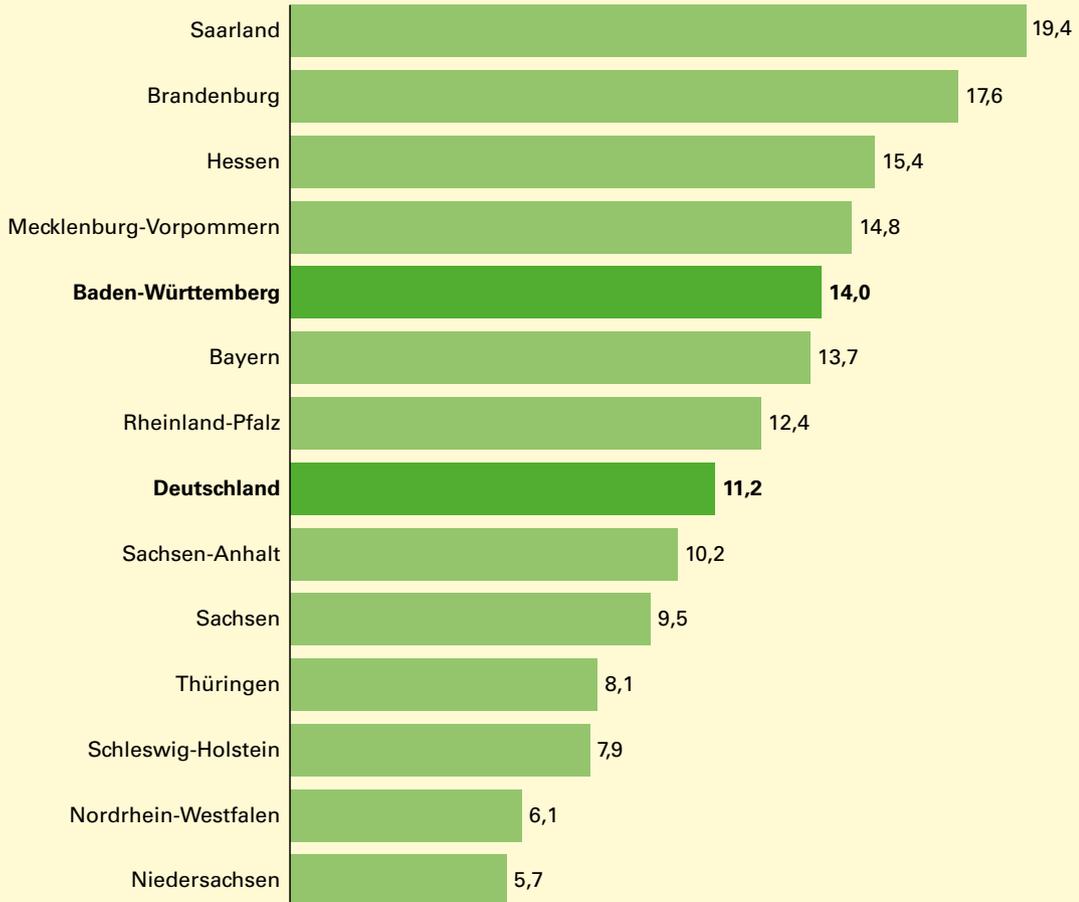
Die Beförderungsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) spiegeln die Nachfrage der Bevölkerung nach Angeboten von Linienbussen und Bahnen des Nahverkehrs wider. Öffentliche Verkehrsmittel leisten einen wesentlichen Beitrag zur Mobilitätsversorgung der Gesellschaft und damit zur Erschließung von Lebens- und Arbeitsräumen. Zudem tragen sie zur Erreichung von Klimaschutzzielen bei, da die Personenbeförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit deutlich weniger Umweltbelastungen verbunden ist, als der motorisierte Individualverkehr.

Die Nutzung des ÖPNV erfuhr im Coronajahr 2020 im gesamten Bundesgebiet einen starken Rückgang, der sich auch im Folgejahr 2021 aufgrund der anhaltenden Corona-Maßnahmen fortsetzte. 2022 stieg die Nutzung des ÖPNV dann wieder stark an. Bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Würt-

tembergs wurden im Jahr 2022 im Durchschnitt pro Kopf 1.089 km mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zurückgelegt. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies einen Anstieg von 41,2 % dar. Damit wurde fast das Niveau von 2018 (1.180 Personenkilometer (Pkm)) wieder erreicht. Die übrigen Bundesländer weisen einen ähnlichen Trend auf. Wie dicht das Angebot im ÖPNV jedoch ist und wie stark es genutzt wird, hängt von der Siedlungsstruktur ab. So lassen sich die Beförderungsleistungen von bis zu 2.324 Personenkilometer je Einwohnerin und Einwohner in den Stadtstaaten nicht mit den Flächenländern vergleichen. Im Ranking der Flächenländer verzeichnete Brandenburg die höchste Beförderungsleistung mit 1.672 Pkm je Einwohnerin und Einwohner. Der Südwesten belegte den achten Platz, während der ÖPNV im Saarland (831 Pkm) am wenigsten genutzt wurden.

Ökologischer Landbau

Anteil der Fläche des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt in %



Daten: 2023.

Datenquelle: Agrarstrukturerhebung.

Ökologischer Landbau in Baden-Württemberg wächst stetig

Der Trend in der Landwirtschaft zur Umstellung auf den ökologischen Landbau hält an. Im Jahr 2023 wirtschafteten im Südwesten 4.780 landwirtschaftliche Betriebe auf 196.000 Hektar Fläche nach ressourcenschonenden und umweltverträglichen Prinzipien. Der Anteil der Ökolandfläche an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche im „Ländle“ wuchs auf 14,0 %. Vor 10 Jahren lag dieser Anteil mit gut 111.000 Hektar Fläche bei nur 7,8 %.

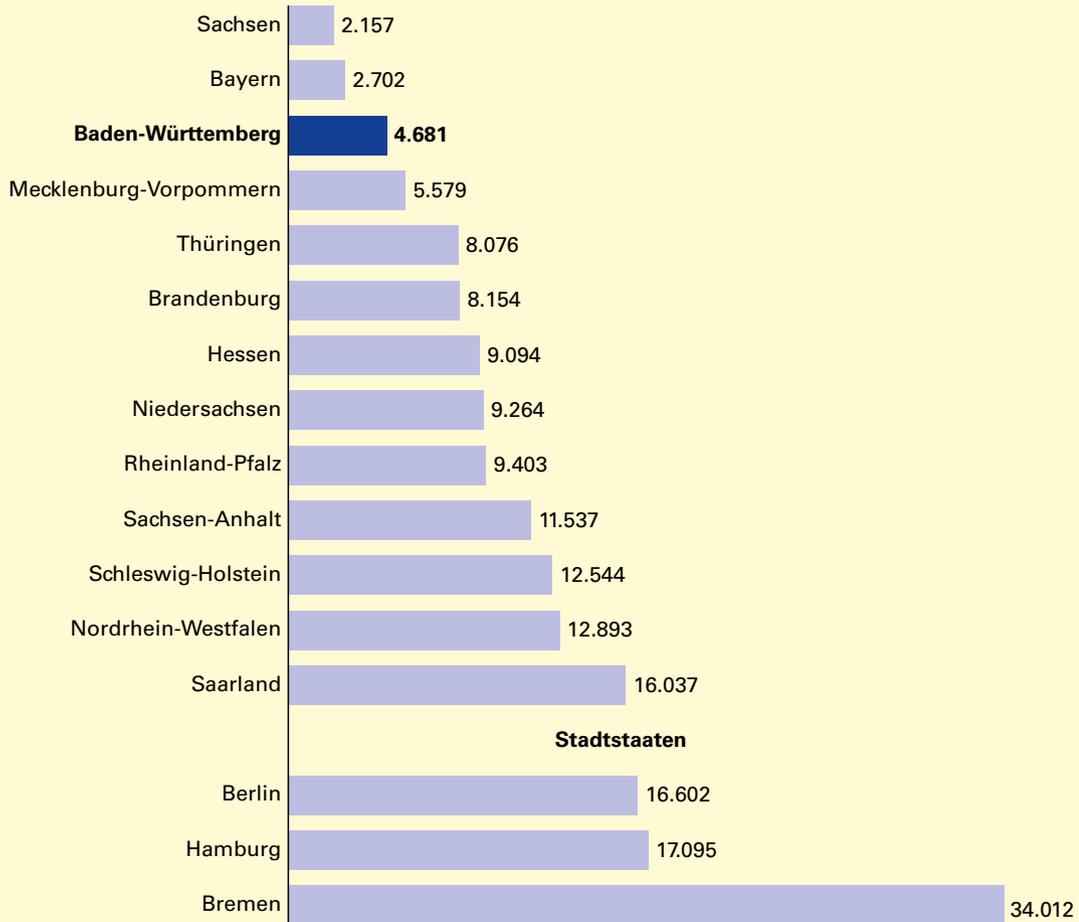
Innerhalb der deutschen Flächenländer hat der ökologische Landbau unterschiedliche Bedeutung. Den größten Anteil an Ökolandfläche verzeichnete 2023 das Saarland mit 19,4 %, gefolgt von Brandenburg und Hessen (17,6 % und 15,4 %). Dagegen wurden in

Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen lediglich 5,7 % beziehungsweise 6,1 % der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet. Im Durchschnitt erreichte dieser Wert in Deutschland 11,2 %.

In Baden-Württemberg orientierten sich knapp 12,8 % der landwirtschaftlichen Betriebe an den Richtlinien der Bio-Anbauverbände. Damit stand der Südwesten im Länderranking 2023 im Mittelfeld. An erster Stelle befand sich mit großem Abstand Mecklenburg-Vorpommern mit 24,8 % der Betriebe. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen dagegen konnte sich nur jeder 16. Betrieb als landwirtschaftlicher Biobetrieb bezeichnen.

Schuldenstand*) nach Bundesländern

in EUR je Einwohner/-in



Daten: 31.12.2023. – *) Schulden des Gesamthaushaltes der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Baden-Württembergs Schuldenabbau verliert an Fahrt

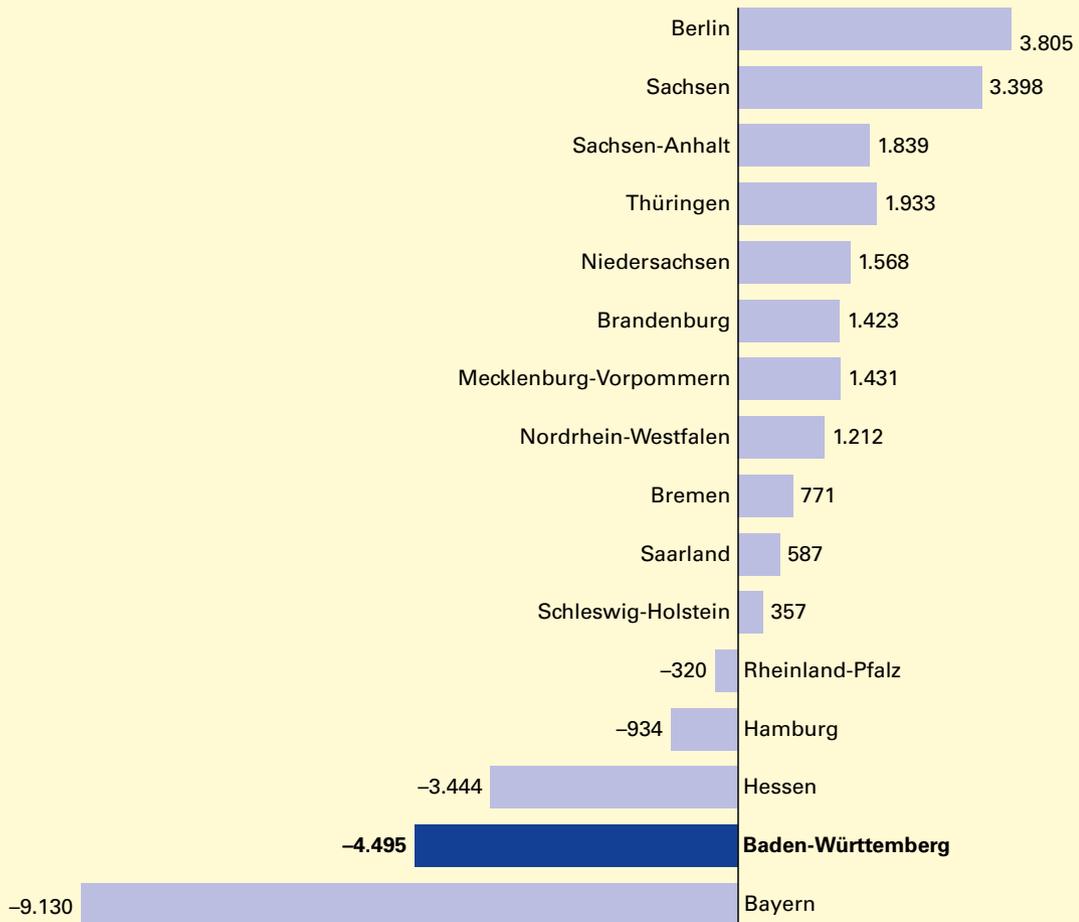
Deutschlands öffentlicher Schuldenstand ist zum Ende des Jahres 2023 insgesamt auf einen neuen Höchstwert von 2.445,1 Mrd. Euro angewachsen, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 28.943 Euro entspricht. Nachdem der Anstieg 2022 binnen Jahresfrist bei 2,0 % gelegen hatte, fiel das nominale Schuldenplus 2023 mit 3,3 % zum Vorjahr wieder stärker aus. Allerdings flossen 2023 durch die Einführung des Deutschlandtickets auch erstmals die Schulden bestimmter öffentlicher ÖPNV-Unternehmen in die Statistik mit ein. Während der Bund die Verbindlichkeiten binnen Jahresfrist um 4,7 % und somit ähnlich stark erhöhte wie 2022, hat sich der Anstieg auf kommunaler Ebene im gleichen Zeitraum mit durchschnittlich 9,8 % fast verdoppelt. Gleichzeitig schrumpfte der Schuldenabbau seitens der Bundesländer von 5,0 % auf 2,1 %.

Dieser verlor 2023 auch in Baden-Württemberg an Dynamik. So reduzierten sich die zusammengefassten Schulden von Land und Gemeinden nur noch um 2,5 % auf 52,9 Mrd. Euro, hauptsächlich, weil sich der Schuldenzuwachs der Südwest-Gemeinden auf 16,3 % verdoppelte (Land: -7,2 %). Bezogen auf die Haushalte von Land und Kommunen hatte Baden-Württemberg mit 4.681 Euro (-3,1 % zum Vorjahr) die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung nach Sachsen und Bayern.

Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung unter den Bundesländern wies 2023 Bremen mit 34.012 Euro auf (+2,2 % zum Vorjahr), gefolgt von den beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Unter den Flächenländern führten das Saarland (16.037 Euro; -2,5 %) und Nordrhein-Westfalen (12.893 Euro; +1,0 %) die Rangfolge an.

Finanzkraftausgleich

Zu- und Abschläge in Mio. EUR



Daten: 2023, vorläufige Werte.

Datenquelle: Bundesministerium der Finanzen.

Finanzkraftausgleich: fünf Länder zahlen ein

Im Jahr 2023 betrug das Volumen der Finanzumverteilung zwischen den Ländern 18,3 Mrd. Euro. Abschläge bei der Umsatzsteuerverteilung waren von den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg und von Rheinland-Pfalz zu entrichten. Der höchste Abschlag fiel weiterhin im Freistaat Bayern an, er betrug 9,1 Mrd. Euro. Bayern trägt damit knapp die Hälfte des Finanzkraftausgleichs, Baden-Württemberg steuert ein Viertel und Hessen noch ein Fünftel zum Umverteilungsmechanismus unter den Ländern bei.

Das bis 2020 traditionelle Nehmerland Rheinland-Pfalz wechselte ab dem Finanzausgleich 2021 auf die Geberseite. Hierzu trugen auch fiskalische Mehreinnahmen aus der Entwicklung des COVID-19-Impfstoffs eines dort sesshaften Unterneh-

mens bei. Wie im vorangegangenen Jahr erhielten 11 Bundesländer jeweils Zuschläge aus dieser Umverteilung. Berlin profitiert seit Jahren in besonderem Maße von den Ausgleichszahlungen. Im Jahr 2023 flossen 3,8 Mrd. Euro bzw. knapp 21 % des gesamten finanziellen Ausgleichsvolumens in die Bundeshauptstadt. Unterstützung von jeweils über 1 Mrd. Euro erhielten neben Berlin auch Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, das seit 2022 neu in dieser Gruppe vertreten ist.

Ziel des Finanzkraftausgleichs ist es, wirtschaftliche Unterschiede der einzelnen Bundesländer zu nivellieren und es allen Bundesländern zu ermöglichen, ihre jeweiligen staatlichen Aufgaben zu erfüllen.

Glossar

ALTENQUOTIENT

65-Jährige und Ältere bezogen auf 100 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

Als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiterin bzw. Arbeiter, Angestellte bzw. Angestellter, Beamtin bzw. Beamter, Richterin bzw. Richter, Berufssoldatin bzw. Berufssoldat, Soldatin bzw. Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende bzw. Wehr- oder Zivildienstleistender/Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildende bzw. Auszubildender, Praktikantin bzw. Praktikant oder Volontärin bzw. Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie marginal Beschäftigte.

ARMUT ODER SOZIALE AUSGRENZUNG

Armut oder soziale Ausgrenzung sind nach EU-Definition gegeben, wenn auf eine Person mindestens eines der drei Kriterien „Armutgefährdung“, „erhebliche materielle und soziale Entbehrung“ oder

„Zugehörigkeit zu einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit“ zutrifft.

Als armutsgefährdet gilt, wer inklusive staatlicher Sozialleistungen mit weniger als 60 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Erhebliche materielle und soziale Entbehrung liegt vor, wenn Personen oder Haushalte Schwierigkeiten haben, für Ausgaben aufzukommen, die für mindestens sieben der folgenden 13 Kriterien gelten: Miete/Versorgungsleistungen, Heizung, Urlaub, jeden 2. Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr, unerwartete größere Ausgaben, ein Auto, Möbel, neue Kleidung, Schuhe im guten Zustand, wöchentlich einen geringen Geldbetrag für sich selbst aufzuwenden, regelmäßige Freizeitaktivitäten, einmal im Monat auszugehen, Internet.

AUSBILDUNGSMARKTSTATISTIK

Die Ausbildungsmarktstatistik berichtet über Bewerberinnen und Bewerber, die einen anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) wünschen, und über Berufsausbildungsstellen für nach dem BBiG anerkannte Ausbildungsberufe. Das Berichtsjahr ist der Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres. Unversorgte Bewerberinnen und Bewerber sind Ausbildungsuchende, für die weder die

Einmündung in eine Berufsausbildung, noch ein weiterer Schulbesuch, eine Teilnahme an einer Fördermaßnahme oder eine Alternative zur Ausbildung bekannt ist und für die Vermittlungsbemühungen weiter laufen.

BEFÖRDERUNGSLEISTUNG IM ÖPNV (PERSONENKILOMETER JE EINWOHNER/-IN UND JAHR)

Der Indikator umfasst den Liniennahverkehr innerhalb eines Bundeslandes mit Eisenbahnen (inkl. S-Bahnen), Straßenbahnen und Omnibussen durch Verkehrsunternehmen. Die Beförderungsleistung in Personenkilometern ergibt sich aus der Multiplikation der Zahl der Fahrgäste im ÖPNV mit deren durchschnittlicher Reiseweite in Kilometern. Der Indikator ist auf Einwohner/-innen normiert.

BETREUUNGSQUOTE:

Die Betreuungsquote weist aus, welcher Anteil aller Kinder einer bestimmten Altersgruppe ein Angebot der Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen oder öffentlich geförderte Kindertagespflege) in Anspruch nimmt. Datenquellen sind die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik zum Stichtag 1. März sowie die amtliche Bevölkerungsstatistik zum Stichtag 31. Dezember des Vorjahres.

BEVÖLKERUNGSZAHL

Bei den dargestellten Bevölkerungszahlen handelt es sich um Ergebnisse auf Basis des Zensus 2011. Die aktualisierten Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2022 waren zur Veröffentlichung der Standortbroschüre noch nicht verfügbar.

BRUTTOLÖHNE UND -GEHÄLTER

Die Bruttolöhne und -gehälter enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Abzug derer Lohnsteuer und Sozialbeiträge sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Erneuerbare Energieträger sind natürliche Energievorkommen, die auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende Energieströme zurückzuführen sind. Dazu gehören zum Beispiel Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie, Biomasse in Form von Gasen und nachwachsenden Rohstoffen, Abfall biologischen Ursprungs, Geothermie und Umgebungswärme.

ERWERBSLOSE, ERWERBSLOSENQUOTE

Erwerbslos ist, wer nicht erwerbstätig ist, jedoch aktiv nach einer Erwerbstätigkeit sucht und eine solche im Erfolgsfall kurzfristig aufnehmen könnte. Die Erwerbslosenquote errechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen).

Die Erwerbslosenzahlen nach dem ILO-Erwerbsstatuskonzept (International Labour Organization – ILO), die auf Ergebnissen der EU-Arbeitskräfteerhebung beruhen, unterscheiden sich im Detail von den Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit. So werden die Begriffsmerkmale unterschiedlich definiert und mit verschiedenen Methoden erhoben. Während die Arbeitslosenzahlen aus den Geschäftsdaten der Arbeitsagenturen und Jobcentern gewonnen werden, basieren die Erwerbslosenzahlen auf Stichprobenbefragungen der Bevölkerung. Ein weiterer Unterschied ist unter anderem die Altersabgrenzung. In der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit gelten Personen als arbeitslos, die nicht jünger als 15 Jahre sind und das Alter der flexiblen Altersgrenze noch nicht abgeschlossen haben. Die ILO-Erwerbsstatistik hingegen schränkt das mögliche Alter von Erwerbslosen auf 15 bis zu 74 Jahren ein.

EU-ARBEITSKRÄFTEERHEBUNG

Die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE) wird in den 27 Mitgliedstaaten der EU gemäß Verordnung des Rates (EEG) Nr. 577/98 vom 9. März 1998 durchgeführt.

Die AKE ist eine umfassende Haushaltsstichprobenerhebung, die vierteljährliche Ergebnisse zur Beteiligung der Personen ab 15 Jahren am Arbeitsmarkt sowie zu Personen, die nicht zu den Arbeitskräften zählen, liefert.

GESAMTQUOTIENT, AUCH ALTERSABHÄNGIGKEITS- ODER ABHÄNGIGENQUOTIENT

beschreibt das Verhältnis der Erwerbstätigen/-fähigen (mittlere Altersgruppe) zur jungen Bevölkerung, die noch nicht und zur älteren Bevölkerung, die nicht mehr arbeitet.

GESUNDHEITSPERSONAL

Als Gesundheitspersonal werden alle Beschäftigte in den Einrichtungen des Gesundheitswesens bezeichnet, unabhängig davon, welchen Beruf sie ausüben. Die Gesundheitspersonalrechnung ermittelt die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse.

HOCHQUALIFIZIERTE

Der Bildungsstand basiert auf der international vergleichbaren Klassifikation für das Bildungswesen „International Standard Classification of Education“ (ISCED). Der höchste erreichte Bildungsstand wird danach aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss kombiniert. Grundsätzlich wird zwischen folgenden drei Kategorien für den Bildungsstand unterschieden: „hoch“, „mittel“ und „niedrig“. Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder einen Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse und/oder das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife gehören zur Kategorie „mittlerer Bildungsstand“. Personen mit ausschließlich einem Abschluss an einer Haupt-/Realschule oder Polytechnischen Oberschule und ohne beruflichen Abschluss beziehungsweise Personen ohne Bildungsabschluss fallen in die Kategorie „niedriger Bildungsstand“.

Die Zuordnung nach ISCED 2011 unterteilt nach Primär-, Sekundär-, und Tertiärbereichen. Der Primärbereich umfasst in Deutschland Grund- und Gesamtschulen, der Sekundärbereich die allgemein- und berufsbildenden Abschlüsse und der Tertiärbereich die Studiengänge an Hochschulen und Berufsakademien sowie Bildungsgänge an Fachschulen und Fachakademien.

INVESTITIONEN, INVESTITIONSQUOTE:

Bruttoanlageinvestitionen entsprechen dem von inländischen Wirtschaftseinheiten erworbenen Wert der Anlagen, die länger als ein Jahr im Produktionsprozess eingesetzt werden. Diese umfassen Ausrüstungen (Maschinen und Geräte einschließlich militärischer Waffensysteme), Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten) und sonstigen Anlagen (größtenteils bestehend aus Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken). Die Investitionsquote errechnet sich aus den Bruttoanlageninvestitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

JUGENDQUOTIENT

Unter 15-Jährige bezogen auf 100 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

KRANKENHÄUSER:

hier ausschließlich den Bundeswehrkrankenhäusern.

NEET-RATE

Die Abkürzung NEET steht für „Neither in Education nor Employment or Training“ und bezeichnet junge Erwachsene, die weder in Aus- oder Weiterbildung noch erwerbstätig sind. Die NEET-Rate ist definiert als der Anteil junger Menschen in

einer bestimmten Altersklasse, der sich weder in Aus- oder Weiterbildung befindet noch einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der altersgleichen Bevölkerung.

Die NEET-Rate ist nicht gleichzusetzen mit der Jugenderwerbslosenquote, da neben den Erwerbslosen auch Personen ohne Beschäftigung enthalten sind, die nicht aktiv nach Arbeit suchen oder nicht kurzfristig für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen und damit nicht als erwerbslos gezählt werden. Während sich die Erwerbslosenquote aus der Zahl der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) ergibt, bezieht sich die NEET-Rate auf die gesamte Bevölkerung (Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen).

ÖFFENTLICHE VERSCHULDUNG

Der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts auf Landesebene umfasst die Schulden der Kernhaushalte des Landes und der Gemeinden/ Gemeindeverbände sowie deren Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich. Die „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ umfassen Wertpapiersschulden, Kredite und Kassenkredite. Zu den „Extrahaushalten“ zählen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zum Sektor „Staat“ gehören.

Hauptmerkmale für eine Zuordnung zum Sektor „Staat“ sind die öffentliche Kontrolle und die Nichtmarktproduktion.

Seit dem Berichtsjahr 2023 werden die Schulden aller öffentlich bestimmten Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in die Berechnung des öffentlichen Schuldenstandes einbezogen, da diese zur Finanzierung des zum 1. Mai 2023 eingeführten Deutschlandtickets Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Ländern erhalten. Somit gelten sie ausnahmslos als Extrahaushalte.

PFLEGEVOLLKRAFT

Umrechnung aller Arbeitszeitmodelle des Pflegepersonals auf die volle tarifliche Arbeitszeit.

SPAREN, SPARQUOTE

Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) umfasst den nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Sparquote errechnet sich aus dem Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

SPEZIALHANDEL/GENERALHANDEL

Die Ausfuhr Baden-Württembergs wird als Spezialhandel dargestellt und enthält im Wesentlichen Waren, die aus der Erzeugung, der Bearbeitung und Verarbeitung des Landes stammen und ausgeführt worden sind.

Die Importe Baden-Württembergs hingegen werden als Generalhandel ausgewiesen und umfassen alle eingehenden Waren, somit auch solche Waren, die nicht im Südwesten verbleiben, sondern in andere Bundesländer oder ausländische Staaten befördert werden. Eine Saldierung der Aus- und Einfuhren ist aus diesem Grund nicht sinnvoll.

Als Bestimmungsland einer Exportware wird das Verbrauchsland angegeben, d. h. das Land, in dem die Ware ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden soll. Ist das Bestimmungsland nicht bekannt, so gilt das letzte Land, in das die Waren verbracht werden sollen, als Bestimmungsland.

Demgegenüber wird im Eingang als Ursprungsland das Herstellungsland angegeben, d. h. das Land, in dem die Ware in der Beschaffenheit, in der sie eintrifft, erzeugt oder hergestellt wurde. Ist das Ursprungsland nicht bekannt, so tritt an dessen Stelle das Versendungsland, aus dem die Waren in das Erhebungsgebiet verbracht worden sind.

TEILZEITQUOTEN

In der Arbeitskräfteerhebung wird Teilzeit nicht nach einer festen Stundengrenze definiert. Vielmehr handelt es sich laut Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) um Teilzeit, wenn jemand weniger Stunden als Vollzeitkräfte im gleichen Betrieb beziehungsweise in der gleichen Branche arbeitet. Sie wird anhand der Selbsteinstufung der Befragten erhoben.

Die hier ausgewiesenen Teilzeitquoten geben die prozentualen Anteile der in Teilzeit arbeitenden Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen mit Angabe zur Arbeitszeit an.

UNBEREINIGTER GENDER PAY GAP

Der unbereinigte Gender Pay Gap ist definiert als Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten männlicher und weiblicher Beschäftigter im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst männlicher Beschäftigter. Aussagen zum Unterschied in den Verdiensten von weiblichen und männlichen Beschäftigten mit gleichem Beruf, vergleichbarer Tätigkeit und äquivalentem Bildungsabschluss sind damit nicht möglich. Der Gender Pay Gap wird auf Basis der nationalen Verdienststrukturerhebungen ermittelt. Bei dieser Datengrundlage handelt es sich um eine in vierjährigen Abständen durchgeführte

Erhebung. Die Daten für die Jahre zwischen den Erhebungen werden jeweils mit nationalen Quellen fortgeschrieben. Für Deutschland wird hierzu die Vierteljährliche Verdiensterhebung genutzt.

VOLLZEITÄQUIVALENTE

Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein VZÄ entspricht dabei einem Vollzeitbeschäftigten.

Abkürzungen

Millionen	Mio.
Milliarden	Mrd.
Prozent	%
Quadratkilometer	km ²
Tonnen	t
Kilometer	km
Euro	EUR

Quellenverzeichnis/Linkliste

Agrarstrukturerhebung

<https://www.statistik-bw.de/Landwirtschaft/Agrarstruktur/>

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

<https://ag-energiebilanzen.de/>

Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“

<https://www.statistikportal.de/de/ggrdl>

Arbeitskreis „Nachhaltige Entwicklung“

<https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/kontakt>

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL)

www.statistikportal.de/de/vgrdl

Bundesagentur für Arbeit

statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Statistiken-Nav.html

Bundesministerium der Finanzen

www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Publikationen/publikationen.html

Bureau of Economic Analysis (BEA)

www.bea.gov/data

Central Intelligence Agency (CIA)/World Factbook

<https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Datenreport 2023 der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung

<https://www.dsw.org/datenreport/>

Euopäisches Parlament

<https://results.elections.europa.eu/de/wahlergebnisse/2024-2029/>

European Environment Agency (EEA)

<https://www.eea.europa.eu/en>

EUROSTAT

ec.europa.eu/eurostat/de/data/database

Kraftfahrtbundesamt (KBA)

https://www.kba.de/DE/Home/home_node.html

OECD

data.oecd.org

Statistisches Bundesamt

www.destatis.de/DE/Home/_inhalt.html

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (UGRdL)

<https://www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/umweltoekonomische-gesamtrechnungen-der-laender>

Weltbank

databank.worldbank.org/home.aspx

World Economic Outlook Database

<https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2024/April>



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Raiffeisenplatz 5
70736 Fellbach

Telefon 0711/ 641- 0 Zentrale
Telefax 0711/ 641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Zentraler Auskunftsdienst
Telefon 0711/ 641- 28 33
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Pressestelle
Telefon 0711/ 641- 24 51
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb
Telefon 0711/ 641- 28 66
vertrieb@stala.bwl.de

Bibliothek
Telefon 0711/ 641- 21 33
bibliothek@stala.bwl.de

Kontaktzeiten
Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr

statistik-bw.de